

Einwohnerratssitzung 2017/2018
Protokoll Nr. 6

Sitzungsdatum **Donnerstag, 8. März 2018**
Sitzungszeit 13:30 Uhr bis 19:15 Uhr
Ort Gallusheim, Gemeindehausstrasse 9, Kriens

Protokoll	Präsidialdienste	
Direktwahl	041 329 63 09	8. März 2018

Anwesend

Präsident

Rolf Schmid

Einwohnerrat

28 Mitglieder

Roger Erni (bis 19:05 Uhr)

Yvette Estermann (bis 18:25 Uhr)

Alfons Graf (bis 17:30 Uhr)

Thomas Lammer (bis 16:05 Uhr)

Leo Sigg (bis 16:00 Uhr)

Gemeinderat

5 Mitglieder

Gemeindeschreiber

Guido Solari

Protokoll

Janine Lipp

Entschuldigt

Beat Tanner

Traktanden

- | | | | |
|-----|--|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 272 |
| 2. | <u>Protokoll Nr. 3</u> vom 2. November 2017
<u>Protokoll Nr. 4</u> vom 14. Dezember 2017 | | Seite 272 |
| 3. | <u>Bericht und Antrag</u> : Neuausrichtung der schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen inkl. Neufestsetzung Kontogruppe 219.05 des Budgets 2018 | Nr. 106/18 | Seite 273 |
| | <i>Gleichzeitig werden folgende Vorstösse behandelt (im Bericht und Antrag integriert):</i> | | |
| | - <u>Beantwortung Interpellation Camenisch</u> : Ausschreibung Tagesstrukturen | Nr. 094/17 | |
| | - <u>Beantwortung Interpellation Schwarz</u> : Schul- und familienergänzende Tagesstrukturen | Nr. 102/17 | |
| 4. | <u>Bericht Postulat Heiz</u> : Längere Öffnungszeiten der Verwaltung | Nr. 245/16 | Seite 287 |
| 5. | <u>Bericht Postulat Tanner</u> : Einführung eUmgang in der Gemeinde Kriens | Nr. 046/17 | Seite 289 |
| 6. | <u>Bericht Postulat Ercolani</u> : Fachbegleitungen für Beschaffungen | Nr. 057/17 | Seite 290 |
| 7. | <u>Bericht dringliches Postulat Portmann</u> : Sichere Fuss- und Radwegverbindungen in Kriens | Nr. 075/17 | Seite 294 |
| 8. | <u>Bericht dringliches Postulat Tschümperlin</u> : Anpassung der Geschäftsordnung des Gemeinderates | Nr. 079/17 | Seite 296 |
| 9. | <u>Beantwortung Interpellation Zellweger</u> : Absprachen über Sondervergütungen im Gemeinderat | Nr. 081/17 | Seite 307 |
| 9a. | <u>Dringliche Motion Spörri</u> : 500 Prozent Stadtrat
<i>Begründung</i> | Nr. 107/18 | Seite 313 |
| 9b. | <u>Dringliche Motion Camenisch</u> : Anpassung des Besoldungsreglementes des Gemeinderates vom 28. Januar 1999
<i>Begründung</i> | Nr. 108/18 | Seite 313 |
| 10. | <u>Beantwortung Interpellation Graber</u> : Projektierung Süd-Allee und Rolle von Kriens
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 077/17 | Seite 320 |
| 11. | <u>Beantwortung Interpellation B. Bienz</u> : Natur und Naherholungsraum
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 082/17 | Seite 320 |

- | | | | |
|-----|--|------------|-----------|
| 12. | <u>Postulat Ercolani</u> : Parkinggebühren
<i>Begründung</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 098/17 | Seite 320 |
| 13. | <u>Postulat Portmann</u> : Seniorenfreundliches Kriens
<i>Begründung</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 103/18 | Seite 320 |
| 14. | <u>Fragestunde</u>
<i>(max. 30 Min.)</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | | Seite 320 |
| 15. | <u>Verabschiedung</u> Davide Piras (JCVP) | | Seite 320 |

Neueingangsliste

- | | |
|------------|--|
| Nr. 105/18 | Interpellation Graf: Krawalle im Asylzentrum Grosshof
<i>Eingang: 19.01.2018</i> |
| Nr. 075/17 | Bericht Postulat Portmann: Sichere Fuss- und Radwegverbindungen in Kriens |
| Nr. 082/17 | Beantwortung Interpellation B. Bienz: Natur und Erholungsraum |
| Nr. 106/18 | Bericht und Antrag: Neuausrichtung der schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen inklusive Neufestsetzung Kontogruppe 219.05 des Budgets 2018 |
| Nr. 079/17 | Bericht Postulat Tschümperlin: Anpassung der Geschäftsordnung des Gemeinderats |
| Nr. 081/17 | Beantwortung Interpellation Zellweger: Absprache über Sondervergütungen im Gemeinderat |
| Nr. 057/17 | Bericht Postulat Ercolani: Fachbegleitung für Beschaffungen |
| Nr. 107/18 | Dringliche Motion Spörri: 500 Prozent Stadtrat
<i>Eingang: 05.03.2018</i> |
| Nr. 108/18 | Dringliche Motion Camenisch: Anpassung des Besoldungsreglements des Gemeinderates vom 28. Januar 1999
<i>Eingang: 05.03.2018</i> |

Gemäss Rolf Schmid schrieb Antoine de Saint-Exupéry dereinst in «Die Stadt in der Wüste»: *«Sieh meine Gärten, in denen meine Gärtner im Morgengrauen darangehen, den Frühling zu erschaffen; sie streiten sich nicht um die Blumen, ihre Stempel und Kronen, sie säen die Samenkörner.»* Sie säen die Samenkörner... Die Gärtner gehen daran, den Frühling zu erschaffen. Dem Sprechenden gefällt diese Symbolik in Anbetracht zweier aktueller Geschehnisse. Einerseits ringt die Wärme dieser Tage den Schnee nieder, andererseits herrscht in unseren Reihen aktuell in gewissen politischen Fragen schon stürmisches Aprilwetter. Die Mitglieder des Einwohnerrates und des Gemeinderates stehen als gewählte Volksvertreter in der Pflicht, die Samenkörner zu säen, dafür zu sorgen, dass Blumen in Bälde blühen und Stempel und Kronen sich entfalten können. Alle hier haben eine Verantwortung für den Garten Kriens. Dieser Garten kann nicht blühen, kann sich nicht entfalten, wenn man streitet und auf seiner Meinung beharrt. Der Garten Kriens kann nur blühen, wenn es gelingt, sich einander anzunähern und in sachlicher und respektvoller Art zu debattieren. Der Einwohnerrat und der Gemeinderat stehen in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass der Garten Kriens die Grundlage erhält zu blühen. Und das gelingt nur, wenn es gemeinsam gelingt, die Samenkörner zu säen. So wünscht sich Rolf Schmid für die heutige Ratssitzung, dass man das folgende Zitat von Kodo Sawaki stets vor Augen führt: *«Die Frage ist nicht, wer von euch Recht hat. Ihr seht die Dinge einfach in verschiedenen Rahmen.»*

Der Vorsitzende begrüsst mit diesen Worten alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Stefan Dähler und für den Anzeiger Luzern schreibt Marcel Habegger.

Der Sprechende wirft wiederum einen kurzen Blick in die Geschichtsbücher und schaut auf ein paar besondere Ereignisse vom 8. März:

- Am 8. März 1669 brach der Vulkan Ätna aus. Die Eruption hielt bis zum 11. Juli an und wird heute noch als die historisch grösste angesehen. Die Stadt Catania wurde teilweise, einige Dörfer vollständig von Lavamassen zerstört.
- Am 8. März 1898 wird die Tondichtung Don Quixote von Richard Strauss im Kölner Gürzenich uraufgeführt.
- Am 8. März 1910 wird in Frankreich Élise Deroche als weltweit erster Frau ein Flugzeugführerpatent ausgestellt, nachdem sie die Pilotenprüfung des Aéro Club de France bestanden hat.
- Am 8. März 1917 bricht in Petrograd (St. Petersburg) in Russland mit Streiks und Unruhen die Märzrevolution aus, sie bedeutet das Ende der Zarenherrschaft.
- Ein besonderes Sportereignis bewegt die Welt am 8. März 1971: Der Boxer Joe Frazier verteidigt seinen Weltmeistertitel im Schwergewicht im „Kampf des Jahrhunderts“ zweier ungeschlagener Weltmeister gegen Muhammad Ali im Madison Square Garden, durch einen Sieg nach Punkten.
- Und seit 1921 wird am 8. März der Weltfrauentag gefeiert. Aus diesem Grund schenkt Rolf Schmid den Frauen des Einwohnerrates und Gemeinderates ein kleines Gebäck. Sein Wunsch ist auch, dass Frauen vermehrt den Weg in die Politik finden und ihnen der Weg in die Politik geebnet wird.

Am 21. Januar 2018 feierte das jüngstes Ratsmitglied, Daniel Rösch, seinen 25. Geburtstag. Am 14. Februar 2018 feierte Alfons Graf seinen 65. Geburtstag und ist nun offiziell AHV-Bezüger. Am 23. Februar 2018 feierte Michael Portmann seinen 45. Geburtstag. Am 27. Februar 2018 durfte Bruno Bienz den 60. Geburtstag feiern. Der Sprechende wünscht allen nachträglich alles Gute zum Geburtstag, weiterhin gute Gesundheit und Wohlergehen.

Entschuldigt hat sich Beat Tanner immer noch aus gesundheitlichen Gründen. Folgende Personen verlassen die Sitzung heute früher: Leo Sigg um 16:00 Uhr, Thomas Lammer um ca. 16:15 Uhr, Alfons Graf um 17:30 Uhr, Roger Erni nach Traktandum 9 und Yvette Estermann spätestens um 18:30 Uhr.

Die Pause ist von 16:00 Uhr bis 16:20. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste sind nach Rolf Schmid keine Änderungsanträge eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf. Es sind zwei dringliche Vorstösse eingegangen.

Am 5. März 2018 hat Raphael Spörri die dringliche **Motion Spörri: 500 Prozent Stadtrat (Nr. 107/2018)** eingereicht.

Da der Dringlichkeit nicht opponiert wird, gilt die Motion als dringlich erklärt. Die Motion wird unter dem Traktandum 9a behandelt.

Am 5. März 2018 hat Räto Camenisch die dringliche **Motion Camenisch: Anpassung des Besoldungsreglementes des Gemeinderates vom 28. Januar 1999 (Nr. 108/2018)** eingereicht.

Da der Dringlichkeit nicht opponiert wird, gilt die Motion als dringlich erklärt. Die Motion wird unter dem Traktandum 9b behandelt.

Mitteilungen seitens des Präsidiums

Rolf Schmid führt aus, dass der Einwohnerrat an der Kulinarischen Wanderung 2018 wiederum einen Verpflegungsposten stellen wird, und zwar wahrscheinlich beim Fliegerschuppen. Er bittet schon jetzt um tatkräftige Unterstützung und Reservierung des Sonntags, 2. September 2018.

Wie schon mal erwähnt, findet der traditionelle Ausflug des Einwohnerrates am Samstag, 30. Juni 2018 statt. Weitere Informationen folgen an der nächsten Sitzung.

Paul Trüb, ehemaliger Einwohnerrat von 2014 - 2016 ist nach langer Krankheit vergangenen Monat auf Bali verstorben. Seinen Angehörigen entbietet der Sprechende sein herzlichstes Beileid. Er bittet den Rat und die Anwesenden aufzustehen und mit einer Schweigeminute dem Verstorbenen zu gedenken.

2. Protokoll Nr. 3 vom 2. November 2017 Protokoll Nr. 4 vom 14. Dezember 2017

Gemäss Rolf Schmid sind keine Änderungsanträge eingegangen. Sprachliche Fehler wurden nachträglich korrigiert. Die Protokolle werden somit genehmigt und verdankt.

3. Bericht und Antrag: Neuausrichtung der schul-und familienergänzenden Tagesstrukturen inkl. Neufestsetzung Kontogruppe 219.05 des Budgets 2018 Nr. 106/18

Gleichzeitig werden folgende Vorstösse behandelt (im Bericht und Antrag integriert):

- **Beantwortung Interpellation Camenisch: Ausschreibung Tagesstrukturen**

Nr. 094/17

- **Beantwortung Interpellation Schwarz: Schul- und familienergänzende Tagesstrukturen**

Nr. 102/17

Rolf Schmid begrüsst als Sachverständige Oliver Kehrer und Markus Buholzer.

Laut Erwin Schwarz war in der KBSG das Eintreten auf den B+A unbestritten, die anschließende Diskussion aber lang und kontrovers. Es wurde ausführlich über die pädagogische Ausrichtung und das integrative Konzept der Tagesschule diskutiert. Der Rektor informierte ausführlich über das Modell, welches Kriens mit den neuen Tagesstrukturen anstrebt. Bei der angestrebten Verzahnung von Schule und Tagesstrukturen gingen die Meinungen der einzelnen Fraktionen teilweise weit auseinander. Während die einen eine Trennung von Schule und Freizeit begrüssen würden, waren andere mit dem neuen Konzept einverstanden. Auf Kritik stiess praktisch bei allen die Begründung, warum die Tagesstrukturen in die Schule integriert werden sollten. Dazu steht im B+A, dass man mit den integrierten Tagesschulen schneller auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren kann. Mit der genau gleichen Argumentation wurde vom Gemeinderat die Auslagerung der Heime begründet. Auch dort will man schneller auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren können. Das Insourcing der Tagesschulen bewegt die Kommissionsmitglieder. Interessant zu bemerken ist, dass die Meinungen nicht einem Links-/Rechtsschema folgen, sondern die unterschiedlichen Meinungen quer durch die Parteien gehen. Allgemein wurde bemängelt, dass bei diesem Prozess die politische Meinungsbildung, zusammen mit dem Einwohnerrat, ausgehebelt wurde. Fast alle Parteien sind der Meinung, dass die Kostenneutralität mit den neuen Tagesstrukturen nicht gewährleistet werden kann. Darum wurde eine Beschränkung der neuen Tagesstrukturen auf zwei Jahre diskutiert. Die KBSG war sich einig, dass nach zwei Jahren zumindest dem Parlament ein Bericht über die ersten beiden Jahre vorgelegt werden muss. Ein entsprechender Antrag wurde von der KFG eingereicht, da sie offensichtlich zum gleichen Resultat der Meinungsbildung kam. Schlussendlich und nach langer Diskussion wurde dem Beschlusstext mit einem Stimmenverhältnis von 5:1 Stimmen zugestimmt. Einige Stimmen waren aber absolut ohne Überzeugung und die Zustimmung erfolgte nur unter der Prämisse, dass die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist, zum Beginn des neuen Schuljahres den Eltern und Kindern ein Angebot für Tagesstrukturen anbieten zu müssen.

Gemäss Erich Tschümperlin, Vizepräsident KFG, wurde das Eintreten von keiner Partei bestritten. Der B+A wurde in der KFG intensiv diskutiert und Fragen wurden von der zuständigen Gemeinderätin sowie den Fachexperten beantwortet. Einerseits wurde bemängelt, dass man mit diesem B+A vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Die politische Mitsprache war nicht möglich, da es keinen Planungsbericht gegeben hat. Andererseits wurde der Ausstieg des Gemeinnützigen Frauenvereins (GFV) bedauert. Die meisten Parteien waren sich einig, dass der Einwohnerrat gar keine andere Möglichkeit hat, als dem B+A zuzustimmen, da sonst im Herbst kein Hort-Angebot mehr bestehen würde. Es wurde erwähnt, dass sich der Gemeinderat zu spät mit diesem Geschäft befasst hat und so kein politischer Prozess in dieser wichtigen Frage stattgefunden hat. Zu reden gaben auch die Kosten und die Kostenneutralität, die wiederholt in Aussicht gestellt wurde. Im B+A wird auch erwähnt, dass Doposcuola und einige Mittagstische nicht Teil dieses B+A's sind. Die KFG verlangte deshalb eine Gesamtschau der

Angebote der Gemeinde im Bereich Hort, Tagesmütter, Mittagstische, etc. Diese Gesamtschau braucht es nach Ansicht der KFG auch, damit die gesamten Kosten absehbar werden. Bis jetzt ist nicht klar, was noch alles auf die Gemeinde zukommt. Der Gemeinderat hat versprochen, dass er noch mit einem entsprechenden Geschäft vor den Sommerferien in den Einwohnerrat kommt. Dies wurde von allen Parteien begrüsst. Im Rahmen der Neuausrichtung wurde auch der Antrag gestellt, dass der Gemeinderat einen Wirkungsbericht erstellt, damit man über die Stärken und Schwächen der neuen Strukturen diskutieren kann. Dieser Antrag wurde einstimmig überwiesen und der Sprechende wird ihn an der entsprechenden Stelle stellen. Der modifizierte Beschlusstext wurde schliesslich ohne Gegenstimme gutgeheissen.

Davide Piras, CVP/JCVP-Fraktion, führt aus, dass die Neuausrichtung der Tagestrukturen die Gemeinde und den Einwohnerrat in den letzten Monaten sehr beschäftigt hat. Dementsprechend war die Diskussion in der CVP/JCVP-Fraktion sehr ausführlich. Eins war vorweg klar. Die CVP/JCVP-Fraktion will im Sommer eine funktionierende Tagesstruktur sehen und lässt die Krienser Familien nicht vor geschlossenen Horten im Regen stehen. Ihre Diskussion drehte sich um drei zentrale Punkte:

- Die bisherigen Leistungen vom GFV
- Der unglückliche politische Prozess
- Der B+A mit der pädagogischen Ausrichtung der Horte

Der GFV war stets ein verlässlicher Verein und Partner für die Gemeinde. Nach einer einjährigen Probezeit im 2010 wurde die Leistung im 2011 gleich um vier Jahre und folgend um zwei Jahre bis zu diesem Sommer verlängert. Die Führung der Tagesstrukturen war alles andere als einfach: Die Anfrage von neuen Horten hat zugenommen und diese wurden von der Gemeinde bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt. Die Challenge einer ständigen veränderten Umwelt hat der Verein sehr gut gemeistert. Unter dem Modell „Schule und Verein“ wurden die Tagesstrukturen erfolgreich geführt und auf ein hohes Qualitätsniveau gebracht. Der GFV hat eindrucksvolle, hervorragende Arbeit mit hoher Qualität für die Gemeinde geleistet. Für das Engagement der Horte Mitarbeiter, der Horte-Leitungen, der Geschäftsleitung und Führung möchte sich die CVP/JCVP-Fraktion hier besonders bedanken. Sie haben vielen Krienser Familien eine Vereinbarung zwischen Familie und Beruf ermöglicht. Nun war der politische Prozess bis zum heutigen B+A alles andere als schön. Alle Parteien stehen heute wieder einmal vor einem B+A, auf welchen man nur sehr bescheiden Einfluss nehmen kann. Nicht mal die KBSG konnte strategisch auf dieses Geschäft Einfluss nehmen, was eigentlich ihre Hauptaufgabe ist. Der Sprechende könnte hier nun eine Reihe von Gründen für eine Vergangenheitsbewältigung aufzählen. Die CVP/JCVP-Fraktion war sich einig, dass dies der Sache nicht dient. Ihr ist insbesondere wichtig, dass man in dieser Situation vorwärtsschaut. Das der GFV aus dem Evaluationsprozess und schlussendlich komplett ausstieg, ist für die CVP/JCVP-Fraktion nachvollziehbar. Der Gemeinderat hat einfach zu hoch gepokert. Nun zum eigentlichen Bericht. Die Gemeinde verlässt das Modell von Schule und Verein und stellt das integrative Modell mit verschiedenen Zusammenarbeitsformen „Schule und Betreuung“ z.B. über Themen vor. Die neue einheitliche pädagogische Ausrichtung geht weg vom additiven zum integrativen Modell. Die CVP/JCVP-Fraktion steht der neuen Ausrichtung mehrheitlich positiv gegenüber und vertraut dem Rektor und seinem Team, dass sie alles daran setzen werden die heutige Qualität beizubehalten und sich für das Wohlergehen der Schülerinnen und Schüler einzusetzen. Kritisch gegenüber steht sie jedoch folgenden Punkten: Für sie ist es zentral wichtig, dass es zu keiner Verschulung der Betreuungszeit kommt. Weiter bestehen mehrere Mittagstische in Kriens. Diese Mittagstische müssen innerhalb des ersten Jahres in die Schule integriert werden, damit wirklich alle Leistungen in die Schule integriert werden. Ein grosses Fragezeichen setzt die CVP/JCVP-Fraktion bei der Finanzierung mit den neuen Budgets. Diese wurden teils pro Rata vom Budget vom GFV übernommen. Der Einhaltung der

Budgetzahlen und zugleich der Erhalt der Qualität der Horte ist oberste Priorität. In diesem Sinn unterstützt die CVP/JCVP-Fraktion auch den Antrag der KFG mit der Forderung eines Wirkungsberichts. Was sie überrascht hat war, dass der Gemeinderat nun plötzlich Einsparungen in der Infrastruktur sieht. Falls es möglich ist, sollten immer zuerst Schulräume verwendet werden, bevor teure Annexbauten erstellt werden. Was in diesem Bericht gänzlich fehlt ist, wie man die neue Ausrichtung anpacken will. Stand der KBSG-Sitzung vom 27. Februar 2018 ist, dass alle 37 Mitarbeiter zugesagt haben, die Horte weiter zu betreiben. Nun wird das Management ausgewechselt und das Personal bleibt. Sollte man hier plakativ sagen: "Alter Wein in neuen Schläuchen?" Was hier notwendig ist, ist ein Change-Management-Prozess von A bis Z. Wie und wann gedenkt der Gemeinderat diesen zu starten? Die CVP/JCVP-Fraktion erwartet zumindest, dass die KBSG an jeder Sitzung über die nächsten Schritte und Meilensteine der Integration informiert wird. Eine klare Roadmap bis im Sommer soll dabei aufgezeigt werden. Die CVP/JCVP-Fraktion ist mehrheitlich zufrieden mit dem B+A. Grösster Kritikpunkt bleibt der politische Prozess. Wie auch in der Vergangenheit wird sie wieder diese fertiggestellte und teils salzige Suppe essen müssen. Viele Krienser Familien sind auf die Tagesstrukturen angewiesen und sie wird diese nicht im Stich lassen. Die CVP/JCVP-Fraktion schenkt dem Gemeinderat sein Vertrauen und hofft auf eine gute Neuausrichtung der neuen Krienser Tagesstrukturen.

Die SVP-Fraktion ist laut Yvette Estermann auch für Eintreten, aber wird den B+A grossmehrheitlich ablehnen. Zuerst bedankt sich die Sprechenden bei den KBSG-Mitgliedern und den Fachpersonen für ihre Arbeit. Es wurden intensive und lange Diskussionen geführt. Man konnte sich jedoch nicht einigen. Es wurde sehr viel Kritik geäussert, aber am Schluss war man der Meinung, dass man gar keine andere Wahl hat, als dem B+A zuzustimmen. Das stört die SVP-Fraktion sehr. Die Sprechende bringt eine persönliche Geschichte ein. Viele kennen sicherlich den Film „Zurück in die Zukunft“. Yvette Estermann hat sich in die Vergangenheit zurückversetzt gefühlt. Sie hat dieses System acht Jahre lang als Grundschulkind mitgemacht. Sie hat nur eines gestört, nämlich, dass man versucht darzustellen, dass dies die einzige fortschrittliche Lösung ist. Es wäre ehrlicher gewesen zu sagen, dass alle Ostblock-Staaten dieses System bereits hatten und es einigermaßen funktioniert hat. Aber es ist nun eine andere Zeit und ein anderes Land. Alle leiden mehr oder weniger unter gesellschaftlichem Wandel. Die Gemeinden, Kantone und der Bund haben viele Mehrausgaben. Es wäre ehrlicher zu sagen, dass man durch die Zuwanderung ganz andere Leute bekommen hat. Diese haben teilweise aus sprachlichen Gründen und der Mentalität nicht die Möglichkeit die Kinder zu Hause selbst zu betreuen. Das beschäftigt die SVP-Fraktion, denn dies zieht sich durch alle Geschäfte durch, bei denen es darum geht, was die Gemeinde zusätzlich bezahlen muss. Es kommt einiges auf die Gemeinde zu und dies ist nicht immer erfreulich. Es ist schön, wenn man die multikulturelle Gesellschaft hat, aber es muss auch ehrlich gesagt werden, dass dies mehr kostet. Die neue Lösung wird teurer, aber wie viel es sein wird, ist noch nicht ganz klar. Aktuell sind es Fr. 15'000.00, aber es wird sicher einiges mehr sein. Kritik kam von allen Seiten. Die SVP-Fraktion stört es am Meisten, dass der Ablauf nicht korrekt war. Es ist nicht schön, dass der Einwohnerrat nun etwas ausbaden muss, was jemand anderes versäumt hat. Der Einwohnerrat hat gar keine andere Wahl. Wenn man in einem besonderen Zwang ist oder einen extremen Druck hat, sollte man lieber einen Schritt zurückgehen und sich Zeit nehmen. Es gibt sicher auch negative Sachen, die damit verbunden sind, aber es lohnt sich. Wenn dieser jetzige Zwang Schule macht und der Einwohnerrat wieder einen B+A vorgelegt bekommt, bei dem er keinen Einfluss nehmen kann, darf das nicht sein. Die Lösung scheint endgültig zu sein. Die Sprechende versuchte einen Antrag zu stellen, dass die neue Lösung auf zwei Jahre begrenzt wird und dann kann überlegt werden, ob dies nun etwas ist oder nicht. Dies wurde mit dem Argument abgelehnt, da es für die Angestellten nicht besonders fein ist, wenn sie nur für zwei Jahre angestellt werden. Vom Antrag zum Wirkungsbericht ist die SVP-Fraktion nicht begeistert. Alle haben viele Gründe, weshalb sie dafür oder dagegen sind. Alle wollen eigent-

lich nur das Beste für die Kinder. Die SVP-Fraktion ist jedoch nicht davon überzeugt, dass dies das Beste ist.

Die FDP-Fraktion ist gemäss Erwin Schwarz grundsätzlich gegen diesen B+A. Einige werden ihm primär wegen des Zeitdrucks zustimmen und die anderen lehnen den B+A grossmehrheitlich ab. Was 10 Jahre privatwirtschaftlich mit dem GFV bestens funktioniert hat, wird nun verstaatlicht. Kurz zusammengefasst kann man sagen, es werden sozialistische Tagesstrukturen eingeführt. Die Kinder werden den ganzen Tag pädagogisch betreut, selbst beim Mittagessen haben sie keine Freiräume mehr. Betreuungspersonen werden im Klassenzimmer eingesetzt und umgekehrt ebenfalls. Tagesstrukturen und Schule werden zusammengeführt, Lernen und Betreuung werden zur Einheit. Die FDP-Fraktion zweifelt sehr stark daran, dass das gut ist für die Kinder. Sie ist überzeugt, dass sich Kinder auch ausserhalb der Schule, ohne sozialpädagogische Einmischung der Lehrpersonen, entwickeln sollen. Heute gibt es an jeder Ecke und in jedem Schulhaus schul- und jugendpsychiatrische Dienste, Kinder werden schnell als verhaltensauffällig deklariert. In Erwin Schwarz's Jugend gab es verschiedene Möglichkeiten in der Freizeit Dampf abzulassen, heute werden alle Jugendlichen angepasst. Das Wort gemeinsam kommt X-Mal im B+A vor. Gemeinsam heisst im heutigen Schulsystem in der Regel eine Nivellierung nach unten. Es werden uniforme Menschen erzogen, Kreativität und Eigenständigkeit gehen verloren. Die FDP-Fraktion bedauert sehr, dass Entscheide von solcher Tragweite ohne politischen Prozess mit dem Parlament nun einfach unter Zeitdruck durchgewinkt werden müssen. Wer die Abschnitte 3.4 und 3.5 im B+A sorgfältig durchliest merkt, dass es sich bei den neuen Tagesstrukturen auch um einen Ausbau der Leistungen handelt. Das wird unweigerlich auch zu höheren Kosten führen. Besonders stossend findet sie auch das Fazit, dass die Gemeinde mit integrierten Tagesstrukturen schneller und direkter auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren kann. Genau mit diesem Argument wurden die Heime ausgelagert. Wie bereits erwähnt, wird die FDP-Fraktion trotz dem Zeitdruck den B+A grossmehrheitlich ablehnen. Sie dankt an dieser Stelle dem GFV für seine langjährige und grossartige Arbeit. Es ist traurig, dass am heutigen Welt-Frauentag eine Institution, welche von einer Frauenorganisation geführt würde, verstaatlicht wird.

Raphael Spörri, SP-Fraktion gibt zu, und man hat dies nun schon einige Male gehört, dass der politische Prozess nicht ideal war. Besondere Umstände verlangen besondere Lösungen. Die besonderen Umstände ergaben sich aus der Forderung nach einer Ausschreibung der Hortangebote. Die Linken sehen Ausschreibungen und Privatisierungen nicht gerne. Dabei zeigt sich oft ein Mangel und nicht wirklich eine Qualitätssteigerung. Bereits im Vorfeld entstand die Idee die Strukturen der Horte neu zu überdenken und diese einer aktuellen Überprüfung zu unterziehen. Der Sprechende findet schade, dass Yvette Estermann das Argument an den Haaren herbeigezogen hat, dass es mit der Migration schwieriger wird. Alle diese Umstände überstürzten sich und entgleisten zeitlich, so dass gehandelt werden musste. Es kann also keine Rede von gewollter Verzögerung sein oder gar von einer feindlichen Übernahme. Die Zeit kann man nicht zurückdrehen und es macht auch keinen Sinn hier und jetzt Vergangenheitsbewältigung zu betreiben. Man soll nach vorne schauen und über Fakten diskutieren. Zugegeben man kann geteilter Meinung sein, welches Konzept oder welche Idee für Horte geeignet oder besser ist. Dazu kann der Sachverständige Markus Buholzer vielleicht mehr ausführen. Tatsache ist aber, dass man mit dem vorliegenden Bericht ein Papier in den Händen hält, welches ein geordnetes und zielgerichtetes Weiterführen der Tagesstrukturen gewährleistet und dies notabene in einem engen und schwierigen Umfeld. Da wurde von der Gemeindeverwaltung gute Arbeit geleistet. Der Sprechende verweist gerne auf das Votum der Kommissionen in denen gut beschrieben wurde, wie die Tagesstrukturen in Zukunft aussehen werden. Als Linker ist er froh, wenn man die Horte und Mittagstische in die Schulen integriert und sie so einer Privatisierung entzogen werden können. Es kann keine Rede von Verschulung sein. Da steckt Raphael Spörri lieber ein paar Franken mehr in die Bildung, als dass er

eine funktionierende Sache aus der Hand gibt. Die SP-Fraktion bittet dem B+A zuzustimmen, dem Gemeinderat zu vertrauen, dass sich die Mehrkosten mit der Integration der Mittagstische in moderatem Rahmen halten werden, und so einer qualitativ hochstehenden familienergänzenden Tagesstruktur der Weg in die Zukunft geebnet wird.

Bruno Bienz möchte im Namen der Grüne/GLP-Fraktion als erstes dem GFV für die Aufbauarbeit und den Betrieb der schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen in den letzten 10 Jahren herzlich danken. Trotz dem unschönen Ende wurde eine Top Arbeit geleistet. Auch all den mutigen Start-ups wie Messer und Gabeldingen oder Mittagstisch Obernau und Kuoni-matt möchte sie an dieser Stelle danken. Tolle Freiwilligenarbeit, die mit wenigen finanziellen Mitteln, aber umso mehr Ehrenamt, Enormes erreicht hat. Das Ende dieser Institutionen schmerzt die Grüne/GLP-Fraktion, die für Eigeninitiative, Idealismus, Ehrenamt und mutigen Vordenkern viel Respekt verdient. Sie hält dem Gemeinderat zu Gute, dass er Bestehendes und auch Funktionierendes immer wieder überprüft und hinterfragt. Auch sieht die Grüne/GLP-Fraktion die Thematik, dass alles aus einer Hand sinnvoll und zielführend sein kann. Aus diesem Grund hat sie ja auch die Auslagerung der Heime hinterfragt. Sie kann beim Gemeinderat auch beim besten Willen keine klare Strategie zu einer Auslagerungspolitik erkennen. Je nach Gemeinderat kommt es zu einem Outsourcing oder Insourcing. Auch akzeptiert sie, dass die Schule im Wandel ist und das Kapitel mit der Pädagogik durchdacht und schlüssig ist, auch wenn sie nicht in allen Teilen so denkt. Nicht zufrieden sein kann die Grüne/GLP-Fraktion mit dem Finanzteil und dem politischen Prozess. Eigentlich hätte der vorliegende Bericht verdient, abgelehnt zu werden. Da wird dem Einwohnerrat etwas aufs Auge gedrückt, obwohl die Auswirkungen überhaupt nicht klar sind. Auch die mehrfach versprochene Kostentransparenz und Kostenneutralität ist in keiner Art und Weise gewährleistet. Das Zahlenmaterial ist unseriös und intransparent. Die höheren Kosten werden verwedelt, in der Hoffnung, dass sie mit dem Wechsel des Rechnungsmodells, ja dann schon irgendwie von der Bildfläche verschwinden werden. Kostentransparenz sieht anders aus. Zudem ist eine Mengenausweitung absehbar, obwohl in dieser Zeit der klammen Finanzen, das sicher nicht erwünscht ist. Der Kostendruck wird wieder auf die ganzen Finanzen erhöht. Daher braucht es eine saubere, transparente Finanzpolitik. Die Grüne/GLP-Fraktion hat selber nachgerechnet und Positionen abgeschätzt, die pro Jahr dazukommen werden. Das ist eigentlich unhaltbar. Die einzelnen Kostenstellen hätten transparent ausgewiesen werden sollen. Das liegt jedoch nicht vor. Sie hat defensiv gerechnet und kommt auf rund Fr. 140'000.00 pro Jahr. Auf die Dauer einer vierjährigen Leistungsvereinbarung handelt es sich um mindestens eine halbe Million Franken. Geld, das die Gemeinde schlicht nicht hat. Diese Finanzpolitik irritiert sie, notabene bevor die lang versprochenen schwarzen Zahlen eintreffen. Es wurde leider auch unnötig Geschirr zer-schlagen und ein Partner vor den Kopf gestossen. Mit mehr Zeit und besserer Kommunikation wäre das nicht passiert. Es fehlt zudem eine Gesamtschau über das gesamte Paket „Horte / Betreuung / Doposcuola / Mittagstisch“. Da ist die Grüne/GLP-Fraktion in Erwartung. Auch wurde eine Bestandesgarantie für die Mitarbeitenden versprochen. Das Versprechen kann auch nicht eingehalten werden. Für einen Teil der Belegschaft wurde diese nur für ein Jahr gewährleistet. Danach müssen diese Mitarbeiter happige Kürzungen in Kauf nehmen. Ein Jahr Bestandesgarantie für bescheidene Löhne, von einem Gemeinderat beschlossen, der bei sich selber auf Bestandesgarantie besteht, wie man in einem der nächsten Geschäfte lesen musste. Die Grüne/GLP-Fraktion kann diesem B+A nur sehr widerwillig zustimmen. Denn es gilt das Motto: Friss oder stirb. Dem Antrag der KFG wird sie zustimmen und wird diesen Bereich in den nächsten Jahren kritisch begleiten.

Was Judith Mathis-Wicki stört ist, dass der Einwohnerrat vor Tatsachen gesetzt wird. Natürlich kann gesagt werden, dass dies durch äussere Umstände entstanden ist. Diese äusseren Umstände sind aber auch nicht von heute auf morgen entstanden. Das heisst, es wurde nicht genug früh reagiert und vor allem wurden der Einwohnerrat und die zuständige Kommission

nicht rechtzeitig in die Diskussion einbezogen. Der Einwohnerrat kann heute Ja und Amen zur Eröffnung einer neuen Kontogruppe sagen. Zur entscheidenden Frage der Ausrichtung der Horte hat er nichts zu sagen. Das stört gewaltig und macht ratlos. Ob mit dem neuen Konzept und der neuen pädagogischen Ausrichtung nun alles besser wird, wagt die Sprechende zu bezweifeln. Das würde eigentlich bedeuten, dass bis anhin nicht gute Arbeit geleistet worden ist, was ja auch vom Gemeinderat vehement dementiert wird. Sie kann sich nicht vorstellen, dass sich die sozialpädagogischen Fachleute in den Horten plötzlich von der Schule diktieren lassen, wie sie zu arbeiten haben. Vor allem, dass die Hortleitungen im Organigramm unter die Schulhausleitungen gestellt werden, würde sie sich als Hortleiterin nicht bieten lassen. Es wird nur partnerschaftlich gehen. Man muss sich gewiss sein, es hat niemand so viel Ahnung von systemischer Zusammenarbeit über diverse Player hinweg, wie sozialpädagogische Fachleute. Eine funktionierende systemische Zusammenarbeit ist einer der wichtigsten Gelingensfaktoren in der ganzen sozialen Arbeit. Die Ziele des Konzeptes sind sehr hoch gesteckt, man könnte meinen, mit der Hortbetreuung werden 100 % der Kinder erreicht. Es wird im Moment aber von 20 % gesprochen. Ob dann genau die Kinder erreicht werden, die man nach der neuen Ausrichtung erreichen möchte, ist eine andere Frage. Man kann keine Eltern zwingen, ihre Kinder im Hort betreuen zu lassen. Ein Change-Prozess, wie hier angedacht ist, braucht sehr viel Zeit, dauert Jahre und muss zusätzlich personell eng und intensiv begleitet werden. Dies kostet sehr viel Geld, weil das vorhandene Personal dafür nicht reichen wird. Es wurde aber klar deklariert, dass eine Kostenneutralität absolute Bedingung ist. Was nicht zufriedenstellend ist, wenn schon eine Neuausrichtung gestartet wird, dass die privat geführten Mittagstische Gabeldingen und Obernau nicht ebenfalls auf den Sommer 2018 integriert werden können. Nachdem sich die verantwortlichen Personen scheinbar bereits mehrmals mit Hilferufen bei der Gemeinde gemeldet haben. Judith Mathis-Wicki erwartet vom Gemeinderat und der Schulbehörde absolute Ehrlichkeit und schonungslose Offenheit, wenn es um den Wirkungsbericht geht. Im ganzen Prozess erwartet sie von allen Beteiligten etwas mehr Demut und weniger pädagogische hochstehende Auswüchse. An dieser Stelle bedankt sich die Sprechende herzlich beim GFV und dessen Mitarbeitenden für ihre Arbeit.

Laut Michael Portmann ist heute der Weltfrauentag oder der Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frauen und den Weltfrieden. Erstaunlicherweise ist der Tag um 1908 als erstes in Amerika eingeführt worden. 1910 wurde er an der zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen in die Welt hinausgetragen. Erstes Ziel war das Wahlrecht für Frauen, heute zum Glück für uns eine Selbstverständlichkeit. Dieses Pochen auf Gleichstellung bewirkte unter anderem auch, dass der Anteil bestens ausgebildeter Frauen immer weiter ansteigt. Dies ermöglicht vielen jungen Eltern heute, im Jobsharing Familien- und Erwerbsarbeit gemeinsam zu tragen. Aus eigener Erfahrung als Jobsharer weiss der Sprechende, dass das grösste Problem darin besteht, dass sich die Arbeitszeiten überschneiden und damit Brennpunkte in der Kinderbetreuung entstehen. Die jungen Eltern heute lösen dieses Problem anders als früher, anders als dies die ältere Generation tun würde. Sie nutzen KITA's und Tagesstrukturen. Gemäss einem Bericht des Kantons nutzen in der Stadt Luzern 41 % und in Luzern Land 21 % der Eltern mit Kindern im Vorschulalter regelmässig KITA's, damit sie diese Brennpunkte ausgleichen können. In Kriens heisst 21 %, dass man mehr als 250 Plätze in den Mittagstischen und Horten braucht. Die Nachfrage ist klar höher als das aktuelle Angebot. Man wird also das Angebot weiterentwickeln müssen. Wo aber sind die finanziellen Vorteile, wenn man langfristig mit höherem Aufwand rechnen muss, weil immer mehr Familien die Angebote nutzen? Die Tagesstrukturen bedeuten nicht nur Aufwand, sondern auch Einnahmen. Die Gemeinde darf einkommensabhängige Elternbeiträge und einen Viertel der Kosten als Kantonsbeitrag einfordern. Beides steigt mit zusätzlichem Angebot an. Abgesehen davon wird der Kanton immer wieder wissen wollen, wie sein Geld ausgegeben wird. Für Qualitätskontrolle ist also gesorgt. Die Jobsharing-Eltern sind oft gut ausgebildet und tragen höhere Einkommen als im Durchschnitt nach Hause. Auch sie achten auf ihr Geld und überlegen sich gründlich, wo die Tagesstrukturen ihren Bedürfnissen entgegenkommen. Der

Standort Stadt Luzern bietet hier aktuell bessere Bedingungen, so dass viele seiner Kolleginnen und Kollegen schliesslich doch nach Luzern ziehen. Weniger Aufwand bei Infrastrukturen oder höhere Steuereinnahmen, dass wird zukünftig bei den Tagesstrukturen auch unsere Entscheidung sein. Mütter pochen auch heute zu Recht auf die Gleichstellung, vor allem wenn sie ihre Kinder alleine erziehen müssen oder aus anderen Kulturen stammen. In diesen oft einkommensschwachen Gruppen arbeiten Mütter oft Teilzeit, oft in Randzeiten, wobei die Kinderbetreuung ab und zu die Arbeit auch ganz verhindert. Auch hier helfen gute Tagesstrukturen weiter. Man entlastet damit Mütter auf der zeitintensiven Suche nach Arbeit und vereinfacht ihre Familien- und Erwerbsarbeit. Man entlastet auch die wirtschaftliche Sozialhilfe, weil es mit gut funktionierenden Tagesstrukturen einfacher wird, Mütter ins Erwerbsleben zu integrieren, damit sie ihr Leben selber verdienen können. Ein Verzicht wäre für Michael Portmann und viele Eltern nicht tragbar. Das sind alles Ziele, die zeigen, dass man sich in diese Richtung weiterentwickeln muss und darum nimmt er den Bericht und Antrag an.

Alfons Graf führt aus, dass der GFV diese Aufgabe jahrelang mit Herzblut gemacht hat. Für ihn ist unverständlich, dass diese Aufgabe nicht öffentlich ausgeschrieben wurde. Der Gemeinderat hatte genügend Zeit, aber er hat die Ausschreibung einfach verlauert. Es ist etwas sinnbildlich dafür, was momentan im Gemeinderat abläuft. Die Hausaufgaben hat der Gemeinderat nicht gemacht.

Erich Tschümperlin hat ein Frage und eine Bemerkung. Im B+A steht, dass die Mittagstische noch nicht integriert werden. Da der Sprechende mehrmals von Messer und Gabeldingen kontaktiert wurde, möchte er wissen, auf wann die Eröffnung von Messer und Gabeldingen geplant ist. Diese Leute haben sich sehr engagiert und haben Befragungen gemacht, um herauszufinden, wie viele Kinder kommen möchten. Es ist wichtig, dass die Eigeninitiative abgeholt wird, denn sonst führt es zu Frustration. Es gibt auch einige Frustration hier im Einwohnerrat. Der politische Prozess wird von vielen als schlecht beurteilt. Es kann nicht sein, dass am Schluss die Eltern kein Angebot mehr haben und darunter leiden müssen, weil der Einwohnerrat mit dem politischen Prozess nicht zufrieden ist. Ab dem Sommer 2018 braucht es eine Lösung. Deshalb muss dem B+A zugestimmt werden. Wenn jemand das Gefühl hat, dass es anders laufen soll, kann dieser einen Vorstoss einreichen. Die berufstätigen Eltern dürfen nicht im Regen stehen gelassen werden. Es soll nicht gesagt werden, dass die Politik versagt hat und der Einwohnerrat wütend auf den Gemeinderat ist und deshalb nicht zugestimmt hat. Eine Lösung braucht es und das ist man den Eltern auch schuldig.

Enrico Ercolani wird den B+A ablehnen. Es kann nicht sein, dass eine gut funktionierende, private Organisation verstaatlicht wird. Das geht ihm einfach gegen den Strich. Nun hört er wie viel Unzufriedenheit im Einwohnerrat herrscht. Es darf doch nicht sein, dass man zu etwas ja sagt, wenn man damit gar nicht zufrieden ist. Der GFV arbeitete grossartig. Er ist der Meinung, dass man mit dem Willen und anderen Verhandlungspartnern eine Lösung mit dem GFV finden würde. Schade ist, dass dieses Signal nicht auf dem Tisch liegt. Alle sollen den Mut zusammennehmen und ablehnen, wenn sie mit dieser Lösung nicht zufrieden sind. Es wird so oder so eine Lösung geben. Der Gemeinderat ist dann halt gefordert, aber bringt sicherlich eine auf den Tisch.

Gemäss Räto Camenisch steht man vor einem Dilemma. Weil er wusste, dass es so herauskommt, hat er die Interpellation frühzeitig geschrieben. Mit der Beantwortung der Interpellation ist er jedoch nicht zufrieden. Eine Aussage ist dafür zentral nämlich dass die Grundlage für die Ausschreibung in dieser kurzen Zeit nicht erarbeitet werden konnte. Das ist schlicht und einfach nicht wahr und ist lächerlich. Darauf kommt er noch zurück. Wie ist man in diese Situati-

on gekommen? Die Leistungsvereinbarung mit dem GFV wurde jeweils um vier Jahre verlängert. Bei der letzten verlängerte man diese nur um zwei Jahre, weil der Gemeinderat dies überdenken wollte. Das hat der Einwohnerrat so auch bewilligt. Danach hat der Gemeinderat aber einfach nichts unternommen. Entweder wollte er nicht oder er hat verschlafen. Diese zwei Jahre gehen nun zu Ende. Zwischenzeitlich trat noch das neue Beschaffungsreglement in Kraft. Aufgrund dessen hat ein potentieller Anbieter gemerkt, dass die Gemeinde diese Aufgabe eigentlich ausschreiben muss. Hier handelt es sich um 1.3 Mio. Franken und gemäss Reglement braucht es dafür nur Fr. 125'000.00. Dann entstand eine Unsicherheit. An den Schlössligesprächen wurde darüber informiert. Es wurde gesagt, dass schlimmstenfalls die Gemeinde diese Aufgabe selber stemmen muss. Deshalb hat der Sprechende seinen Vorstoss eingereicht, weil der Gemeinderat aufpassen muss. Es ist keine Kommission involviert und es läuft einfach offen. Muss der Einwohnerrat einfach warten was passiert? Die Aufgabe hätte mit fairen Konditionen ausgeschrieben werden müssen. Räto Camenisch hat sich mit einem anderen Einwohnerratsmitglied bei möglichen Interessierten schlau gemacht, welche ihm bestätigten, dass dies innerhalb von 2-3 Wochen organisiert werden kann. Offensichtlich wollte der Gemeinderat aber nicht. Dann hat sich der GFV auch zurückgezogen und deshalb kam der Gemeinderat in den Würgegriff. Die nun ausgearbeitete Lösung ist eine Sozialisierung. Alle Mitarbeitenden sind dann Kantonsangestellte mit mehr Lohn, ganz anderen Kündigungsbedingungen und sind fester Bestandteil der Gemeindeangestellten. Ferner sind in der Berechnung die Mieten der Horte nicht enthalten. Nach dem neuen Rechnungsmodell HRM2 müssen diese dann auch aufgenommen werden. Der Gemeinderat war im Würgegriff, worauf er diese Lösung ausgearbeitet hat. In der Kommission hat man sich diesbezüglich gewunden und versuchte nochmals mit dem GFV zu sprechen. Dieser hat für eine nochmalige Lösung oder Zwischenlösung keine Hand geboten. Der Würgegriff ging mit dem B+A nun auf den Einwohnerrat über. Sie SVP lässt sich nicht würgen. Die Lösung passt ihr nicht und diese kriegt die Gemeinde nie mehr los. Diese Angebote sind dann ein Teil der Schule und der Einwohnerrat wird nie mehr Einfluss darauf haben. Es wird die Gemeinde immer mehr kosten.

Laut Davide Piras muss man schon aufpassen. Die Unzufriedenheit des Einwohnerrates gegenüber dem Gemeinderat darf nicht zu einer Frustabstimmung und einem Nein führen. Das passiert nun, weil man nicht mehr auf einer sachlichen sondern emotionalen Ebene ist. Die Sache ist, dass Alle funktionierende Tagesstrukturen wollen. Das ist Fakt. Die Ausschreibungszeit ist vorbei. Wer heute nein stimmt, möchte nicht, dass im Sommer eine Tagesstruktur vorhanden ist. Viel schlimmer ist, dass man der Meinung ist, dass immer alles ausgeschrieben werden muss. Es gibt ein Volksschulbildungsgesetz, welches sagt, dass Tagesstrukturen angeboten werden müssen. Nun kommt immer die Ausschreibung aufs Tapet. Man könnte ja alles ausschreiben, wie auch die Volksschule. Es gibt sicher auch private Schulen, die dies auch anbieten. Nun wurde einmal die Möglichkeit erarbeitet, dass die Gemeinde diese Aufgabe selbst in die Hand nimmt. Warum meint man immer, dass wenn man etwas von der öffentlichen Hand wegnimmt, es das Beste für die Kinder und Schüler ist? Wer sagt dies? Was kann bei einer Ausschreibung passieren, wenn eine private Institution kommt? Sicherlich kann eine Gewinnoptimierung erfolgen. Er möchte wissen, ob diese Institution tatsächlich den Preis einhalten kann, zu welchem sie den Zuschlag erhalten hat. Wenn die Aufgabe ingesourct wird, hat die Gemeinde dies in der Hand. Wenn die Qualität nicht gefällt, kann auch der Einwohnerrat Einfluss nehmen. Wenn es einmal outgesourct wird, hat man nichts mehr in der Hand.

Michael Portmann meint, dass anlässlich der KBSG-Sitzungen regelmässig über den Stand informiert wurde und zwar ab diesem Moment als man mit den Verhandlungen mit dem GFV begonnen hat. Informationen waren genug da. Der Gemeinderat hat stets informiert und hat auch nicht damit gerechnet, dass der GFV sich aus diesem Angebot zurückzieht. Der Würge-

griff kam nicht einfach so. Die Informationen hätten von den Mitgliedern in die Fraktionen fließen müssen.

Judith Luthiger-Senn gibt zu, dass der Zeitaufwand seitens Gemeinderat unterschätzt wurde. Im September 2016 sind die Tagesstrukturen aufgrund der Departementsreform ins Bildungs- und Kulturdepartement übergegangen. In der KBSG wurde der Prozess aufgezeigt. Man hat sofort mit dem GFV Kontakt aufgenommen, um zu fragen, ob sie bereit sind in einen Prozess einzusteigen, um die Tagesstrukturen zu überprüfen. Der GFV stimmte zu. Bis der Entscheid für die Kreditbewilligung gefällt wurde, brauchte es auch wieder Zeit. Der Prozess wurde dann mit der Hochschule Luzern durchgeführt. Alle Beteiligten der Tagesstrukturen sassen am Tisch. Die Sprechende hat es nicht für möglich gehalten, dass mit dem GFV keine Lösung gefunden werden kann. Leider hat der GFV im laufenden Prozess alle Vorschläge abgelehnt. Sie waren nicht bereit Kompromisse einzugehen. Als im Sommer die Ausschreibung aktuell wurde, stand man nochmals vor neuen Tatsachen, welche den Prozess nochmals verlangsamt haben. Die KBSG wurde immer informiert und auch an den Schösslgesprächen flossen Informationen. Vom Einwohnerrat wurden diesbezüglich verschiedene Vorstösse eingereicht, welche der Gemeinderat umgehend behandelt hat. Es kann nicht sein, dass dem Gemeinderat vorgeworfen wird, dass er nicht informiert hat. Was vor zehn Jahren richtig war, kann sich ändern. Dank den Pionierinnen des GFV konnten die Horte überhaupt errichtet werden. Dafür bedankt sich der Gemeinderat herzlich. Esther Siegenhalter hat das ganze lanciert, leistete viel Freiwilligenarbeit und arbeitete über 50 % als Geschäftsleiterin des GFV nur für die Tagesstrukturen. Bald gab es Änderungen und es trat ein Volksschulbildungsgesetz in Kraft. Die Tagesstrukturen wurden zu einem Teil von einer obligatorischen Leistung. Dann wurde eine Leistungsvereinbarung erstellt, womit alle Mitarbeitenden entlöhnt wurden. Nur der Vorstand leistete ehrenamtliche Arbeit. Auch wenn der GFV sehr gute Arbeit geleistet hat, ist eine Überprüfung nach 10 Jahren legitim. Dies wird in jedem Unternehmen gemacht. Deshalb war der Vorstand des GFV auch bereit auf den Prozess einzutreten. Was hat sich in den letzten zehn Jahren verändert? Die Gesellschaft und die Menschen haben sich verändert. Mehr Frauen sind berufstätig und deshalb braucht es auch Tagesstrukturen. Es braucht eine Sicherheit für die Kinder. Deshalb ist die Organisation innerhalb der Volksschule auch richtig. Auch in der Arbeitsgruppe der Tagesstrukturen waren alle Beteiligten der Meinung, dass ein Insourcing richtig ist. Der Kanton Luzern sieht in den Pensen der Schulhausleitungen Prozente für die Zusammenarbeit mit Tagesstrukturen vor. Das ist ein fixer Bestandteil einer Schulhausleitung. 95 % des gesamten Kantons Luzern funktionieren bereits so, wie es der Gemeinderat nun vorschlägt. Sind das alles sozialistische Dörfer und Städte? Die Sprechende glaubt nicht, sondern es ist ein funktionierendes und gutes Miteinander. Warum lagert die Gemeinde die Horte ein und die Heime aus? Bei der Heimauslagerung braucht es einen Effizienzgewinn und kurze Entscheidungswege. Mit der Verknüpfung von Betreuung und Schule bekommt man kürzere Entscheidungswege. In der Vergangenheit konnte man bei einer schwierigen Situation nicht direkt auf die Hortleitung zugehen, sondern musste zuerst zur Geschäftsleitung. Diese ist dann zur Hortleitung gegangen. Deshalb wurde dafür ein Weg gesucht. Nun kann die Schulhausleitung direkt mit der Hortleitung an den Tisch sitzen und miteinander ein Problem lösen. Unterschiedliche Organisationen haben auch unterschiedliche Haltungen. Diesbezüglich gibt es viele verschiedene Sichtweisen und der Gemeinderat wurde nicht verstanden. Er sieht nämlich, dass Schule Schule und Freizeit auch Freizeit bleibt. Auch in den Tagesstrukturen haben die Kinder immer noch die gleiche Freizeit. Warum kann man im Hort nicht gleich ein Thema aufnehmen, wenn man sowieso bastelt? Oder warum kann man in der Schule zum Thema Zirkus nicht auch etwas zum Zirkus malen oder gestalten? Im Hort werden im Herbst Blätter gedruckt und sonstige Sachen gemacht. Das ist eine Ergänzung zur Schule und passiert heute schon. Es ist doch eine Chance näher zusammenarbeiten zu können und miteinander auf diesen Weg zu gehen. Es wird ein Prozess von unten nach oben mit den Ideen der Hort- und Schulleitungen entwickelt. Für die Kinder möchte man ja eine optimale Lösung. Die Schule und Betreuung kümmert sich um die genau gleichen Kinder.

Also hat man auch die gleiche Verantwortung. Wenn sich Menschen mit der gleichen Haltung den Kindern widmen, ist dies eine Sicherheit für die Kinder. Der Gemeinderat gibt Recht, dass der politische Weg nicht optimal lief. Es blieb jedoch keine Zeit einen anderen Prozess zu gehen. Die KSBG wurde jedoch immer stets informiert. Warum werden die Mittagstische nicht jetzt auch integriert? Der Gemeinderat hat entschieden, dass er das Fuder nicht überladen möchte. Er möchte dies gesondert anschauen. Es soll zuerst ein Bericht ausgearbeitet werden, bevor er entscheidet, dass die Mittagstische auch übernommen werden. Das BKD hätte die Mittagstische gerne schon diesen Sommer übernommen. Aber da es viel Zeit in Anspruch nimmt, ist es nicht seriös etwas so kurzfristig aufzugleisen. Es wäre auch überhaupt nicht zu stemmen. Dem Einwohnerrat wird ein Bericht unterbreitet. Geplant ist, dass die Übernahme per Sommer 2019 erfolgt. Die Mittagstische werden auch freiwillig angeboten. Der Gemeinderat ist sehr froh darüber und hofft, dass diese Personen es für dieses Jahr noch machen werden. Das Anmeldeverfahren wird nun vereinfacht. Vorher mussten diese an verschiedenen Orten eingereicht werden. Nun reicht eine Anmeldung bei der Gemeinde. Es ist eine Vereinfachung für die Eltern und ein Effizienzgewinn. Die Sprechende kommt zur Frage der Infrastruktur. Es müssen nun keine einzelnen Gebäude aufgestellt werden. Der erste Hort im Meiersmatt kostete rund 1 Mio. Franken. Jetzt erfolgt im Brunnmatt eine Gesamtsanierung, bei der der Hort integriert werden kann, ohne dass ein neues Gebäude erstellt werden muss. So wird auch keine Freifläche belegt. In diesem Bereich gibt es finanzielle Gewinne. Leistungen werden keine ausgebaut. Die Mitarbeitenden der Tagesstrukturen werden weiterbeschäftigt. Der Hort Brunnmatt wurde mit dem letzten Budget bewilligt. Es erfolgen lediglich bedarfsgerechte Ausbauten der Tagesstrukturen, weil diese nötig sind. Immer mehr Frauen sind berufstätig und diese Plätze werden gebraucht. Mit dem Ausbau ist lediglich die Eröffnung neuer Horte gemeint. Im Gabeldingen, Kuonimatt und Obernau besteht die Möglichkeit weitere Horte zu eröffnen. Besondere Umstände erfordern besondere Lösungen. Die Verwaltungsangestellten mussten ackern, damit dieser Prozess geschafft werden kann. Alle Mitarbeitenden der Tagesstrukturen, ausgenommen jemand der in Pension geht, wollten ein Angebot der Gemeinde erhalten. Der Gemeinderat hat die Bestandesgarantie bis im August gegeben. Selbstverständlich besteht die Möglichkeit, dass jemand kündigt, aber alle haben die Möglichkeit weiter zu arbeiten. Judith Luthiger-Senn möchte das Wort an Markus Buholzer geben, damit er etwas zum Prozess „Schule und Betreuung“ mitteilen kann.

Markus Buholzer geht mit der Aussage einig, dass systemisches Arbeiten heute sehr wichtig ist. Seit Jahren versucht man in der Schule systemische Arbeits- & Zusammenarbeitsformen aufzubauen, mit dem einzigen Grund das Umfeld der Kinder zu stärken. In der Schule gibt es viele Situationen, in denen sie nicht gesichert sind. Die Schule hat die Aufgabe sich mit den Playern im sozialen Umfeld zu verbinden, um eine Situation gemeinsam anzugehen. Dies ist in der Schule schon lange Realität. Beim systemischen Arbeiten ist wichtig, dass unter den verschiedenen Playern von gleichen Wertvorstellungen ausgegangen wird. Wenn diese Basis nicht gegeben ist, dann wird die systemische Zusammenarbeit schwierig. Genau dort liegt der Punkt zwischen der Schule und Betreuung. Dort gibt es ein Entwicklungs-, Veränderungs- und Optimierungspotential. Das kann und muss man in dieser Verbindung gut auffangen. Es gab Fragen, zu denen die Player unterschiedliche Ansichten hatten und deshalb ist man zu keiner zufriedenstellenden Lösung gekommen. Aus Sicht der Schule konnten gewisse Situationen nicht genügend gelöst werden. Das geht nicht, wenn der Fokus auf das Kind gelegt werden muss, aber die Ansichten nicht bereinigt werden können. Das ist ein wichtiger Punkt aus Sicht der Schule. Dies ist jedoch auch Bestandteil von sozialpädagogischer Arbeit. Die Schule hat in diesen Bereichen ein doch recht grosses Know-How. Wie man die Verbindung praktisch macht, dafür gibt es ganz viele Möglichkeiten. Es geht auch über Themen, aber das muss nicht sein. Der Sprechende versichert, dass die Betreuung nicht verschult werden soll. Das kann auch gar nicht sein, weil sie ganz andere Sichtweisen auf die Freizeit der Kinder haben. Die freie sportliche Bewegung im nachschulischen Bereich ist extrem wichtig und es ist überhaupt kein Thema, dass dies geändert wird. Es gibt aber natürlich Punkte, bei denen dies gar

nicht verhindert werden kann. Beispielsweise ist heute ein Anspruch an die Schule, dass eine Sprachfrühförderung gemacht wird. Wenn ein Kind in einer Spielsituation ist und die Betreuungsperson merkt, dass das Kind im Sprachbereich ein Defizit hat, darf man in dieser Situation nicht verbieten, eine kleine Intervention zu machen. Das Kind merkt das wahrscheinlich auch nicht. Es kann nicht immer so genau getrennt werden. Aber in diesen Situationen ist dies ja nicht so tragisch. Es gibt ganz viele Möglichkeiten, wo diese Verbindung hergestellt wird. Dieser Punkt muss noch erarbeitet werden. Die Vorstellung, dass die Schule bestimmt, wie die Betreuungsangebote funktionieren müssen, ist weit von der Realität entfernt. Die Schule hat ein völlig anderes Arbeiten. Seit Jahren bearbeiten sie solche Themen kooperativ. Es geht vor allem darum, das verschiedene Know-How gemeinsam nutzbar zu machen und so gemeinsam in eine gute Situation hineinzugehen.

Judith Luthiger-Senn bittet den Einwohnerrat Verantwortung zu übernehmen. Wenn der B+A abgelehnt wird, sagt man ja zur Schliessung der Horte. Die Gemeinde hat einen gesetzlichen Auftrag Tagesstrukturen anzubieten. Der Zug für die Ausschreibung ist abgefahren. Innerhalb von 2-3 Wochen kann nicht ausgeschrieben werden. Eine seriöse Ausschreibung dauert 5-6 Monate. Eine Ausschreibung bedeutet auch eine Unsicherheit fürs Personal. Dies hat sie auch an der Kommissionssitzung mitgeteilt, was leider nicht protokolliert wurde. Ausschreibungen müssen in gewissen Zyklen gemacht werden. Das Personal hat immer eine Unsicherheit. In einem Zeitungsartikel konnte gelesen werden, dass Small Foot die Betreuungsangebote ohne Probleme übernehmen kann. Die Sprechende ist nicht überzeugt, dass dies so einfach funktioniert. Zwei Parallelorganisationen wie Schule und Betreuung zu verbinden, funktioniert nicht, wenn man zwei verschiedene Organisationen mit verschiedenen Philosophien und Haltungen hat. Das Kind soll ins Zentrum gestellt werden. Für die Eltern möchte man eine gute Situation für die Betreuung. Sie bittet nochmals darum Verantwortung zu übernehmen und dem Gemeinderat Vertrauen zu schenken. Man ist auf gutem Weg.

Erich Tschümperlin möchte seine Frage zum Mittagstisch Gabeldingen wiederholen. Wann kommt dieser?

Judith Luthiger-Senn hat bereits ausgeführt, dass man in der Vorbereitung für einen Bericht ist. Spätestens auf den Sommer 2019 will die Gemeinde die Mittagstische übernehmen. Die Finanzen wurden eingestellt und im AFP auch angezeigt. Transparenz ist da, aber es braucht auch den Willen die Finanzen sprechen zu wollen. Das vorhandene Angebot soll vertieft und mit den Frauen weitergearbeitet werden.

Für Erwin Schwarz ist dies einfach ein frustrierendes Geschäft. Judith Luthiger-Senn meinte vorher, dass ihre Aussage in der Kommission leider nicht protokolliert wurde. Das erste Mal als Kommissionspräsident hat er ihr aufgrund der Tragweite das Protokoll zukommen lassen, bevor es versandt wurde. Sie konnte somit Stellung dazu nehmen. Deshalb verträgt der Sprechende die Aussage nicht, dass es nicht protokolliert ist. Als Kommissionspräsident war er von Anfang an involviert und hat viel mit dem GFV geredet. Es war immer Aussage gegen Aussage. Zu 95 % hat Esther Siegenthaler auf dem Balkon den Kopf geschüttelt. Die Gemeinderätin sagte vorher auch etwas ganz wichtiges. 95 % der Gemeinden im Kanton Luzern haben diese Lösung, welche Kriens nun anstrebt. Er geht davon aus, dass der Gemeinderat diese Lösung seit zwei Jahren angestrebt hat und nicht ergebnisoffen war. Deshalb ist es zum Eklat mit dem GFV gekommen. In allen Diskussionen tönte es vom GFV anders als vom Gemeinderat. Jetzt ist der Einwohnerrat im Würgegriff und kann einfach nur noch zustimmen. Das ist sehr frustrierend.

Judith Luthiger-Senn bittet Erwin Schwarz den Bericht mit den Zielsetzungen anzusehen. Darin steht, dass der Prozess ergebnisoffen ist. Es wurde gekämpft eine Lösung zu finden, aber dies ist leider nicht gelungen. Diese Unterstellung lässt sich die Sprechende nicht bieten.

Rolf Schmid wiederholt nochmals sein Zitat vom Anfang: «*Sieh meine Gärten, in denen meine Gärtner im Morgengrauen darangehen, den Frühling zu erschaffen; sie streiten sich nicht um die Blumen, ihre Stempel und Kronen, sie säen die Samenkörner.*» Er stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Antrag KFG zu Seite 24: Beschlusstext

Gemäss Erich Tschümperlin beantragt die KFG den Beschlusstext mit einer zusätzlichen Ziffer wie folgt zu ergänzen:

5. Der Gemeinderat legt dem Einwohnerrat im 2. Quartal im Jahr 2021 einen Wirkungsbericht zu den schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen vor.

Bei der Behandlung des B+A kam die KFG einstimmig zur Überzeugung, dass mit der Einführung neuer Strukturen ein Wirkungsbericht nötig wird. Damit soll aufgezeigt werden, wie sich die neuen Strukturen bewährt haben und ob es noch Korrekturbedarf gibt. Idee war, dass man genug lange wartet, damit man auch Erfahrungen sammeln konnte.

Daniel Rösch führt aus, dass die FDP-Fraktion grundsätzlich mit dem Antrag einverstanden ist. Sie möchte jedoch den Zeitpunkt auf 2. Quartal 2020 ändern. Zudem soll noch folgender Satz ergänzt werden:

5. Der Gemeinderat legt dem Einwohnerrat im 2. Quartal im Jahr 2020 einen Wirkungsbericht zu den schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen vor. Im Wirkungsbericht wird auch detailliert über die veränderte Kostenstruktur informiert.

Ein Wirkungsbericht nach zwei Jahren ist ein besserer Zeithorizont. Zudem verlangt sie Informationen zur Kostenstruktur.

Laut Erich Tschümperlin wurde in der KFG ein Weilchen über den Zeitpunkt diskutiert. Ein solcher Bericht braucht auch eine gewisse Zeit. Das Aufarbeiten dieser Zahlen ist ein erheblicher Aufwand. Wenn der Bericht früher verlangt wird, ist der Intervall zu kurz. Im Wirkungsbericht wird selbstverständlich nicht nur das Pädagogische aufgerollt, sondern er wird auch etwas über die Finanzen enthalten.

Gemäss Judith Luthiger-Senn folgt der Gemeinderat dem Antrag der KFG. Es macht Sinn und er macht dies gerne. Ein solcher Wirkungsbericht ist selbstverständlich, denn ein solcher wird auch bei anderen Projekten erstellt. Die Sprechende ist der Meinung, dass noch nicht alle begriffen haben was es heisst, wenn der B+A abgelehnt wird. Im Budget 2018 wurde der Betrag von 1.06 Mio. Franken für die Leistungsvereinbarung mit dem GFV bewilligt. Bei einem Nein muss dieses Budget dem GFV zur Verfügung gestellt werden. Dieser möchte aber nicht weiterhin mit der Gemeinde arbeiten. Wenn nein gesagt wird, hat die Gemeinde kein Budget und kann auch nichts machen. Der Einwohnerrat soll Verantwortung übernehmen.

Erich Tschümperlin erklärt, dass man es extra offen gelassen hat. Man will alles wissen. Beim Antrag der FDP steht nur drin, dass die Finanzen rapportiert werden müssen. Vom Rest steht nichts drin. Das gibt dann im Wesentlichen einen Finanzbericht. Er weiss nicht, ob dies so gewünscht ist. Deshalb hat die KFG den Antrag offengelassen, damit alles hineinkommt. Selbstverständlich möchte sie auch, dass die Finanzen enthalten sind.

Daniel Rösch versteht die Haltung von Erich Tschümperlin nicht. Der Antrag ist fast genau gleich, ausser das Jahr wurde angepasst und der Satz zu den Finanzen wurde ergänzt. Die FDP-Fraktion besteht darauf, dass ein Wirkungsbericht nach zwei Jahren vorgelegt wird, denn diese Lösung beinhaltet Diskussionsstoff.

Abstimmung Antrag KFG (gemäss Antrag), gegenüber Antrag FDP (2020)
Mit 19:9 Stimmen wird der Antrag der KFG angenommen.

Bienz, Bruno	KFG: gemäss Antrag
Bienz, Viktor	KFG: gemäss Antrag
Binggeli, Michèle	KFG: gemäss Antrag
Büchi, Cla	KFG: gemäss Antrag
Burkhardt-Künzler, Anita	KFG: gemäss Antrag
Camenisch, Räto	FDP: 2. Q. 2020, neue Formulierung
Ercolani, Enrico	FDP: 2. Q. 2020, neue Formulierung
Erni, Roger	FDP: 2. Q. 2020, neue Formulierung
Estermann, Yvette	FDP: 2. Q. 2020, neue Formulierung
Fluder, Hans	FDP: 2. Q. 2020, neue Formulierung
Gisler, Kurt	KFG: gemäss Antrag
Graf, Alfons	FDP: 2. Q. 2020, neue Formulierung
Kobi, Tomas	KFG: gemäss Antrag
Koch, Patrick	KFG: gemäss Antrag
Lammer, Thomas	FDP: 2. Q. 2020, neue Formulierung
Manoharan, Yasikaran	KFG: gemäss Antrag
Mathis-Wicki, Judith	KFG: gemäss Antrag
Niederberger, Raoul	KFG: gemäss Antrag
Nyfeler, Nicole	KFG: gemäss Antrag
Piras, Davide	KFG: gemäss Antrag
Portmann, Michael	KFG: gemäss Antrag
Rösch, Daniel	FDP: 2. Q. 2020, neue Formulierung
Schwarz, Erwin	FDP: 2. Q. 2020, neue Formulierung
Sigg, Leo	KFG: gemäss Antrag
Spörri, Raphael	KFG: gemäss Antrag
Tschümperlin, Erich	KFG: gemäss Antrag
Vonesch, Andreas	KFG: gemäss Antrag
Zellweger, Martin	KFG: gemäss Antrag

Bemerkungsantrag FDP

Daniel Rösch erlaubt sich folgenden Bemerkungsantrag im Namen der FDP-Fraktion einzu-reichen:

Im Budget und in der Rechnung sind zukünftig die Finanzkennzahlen der Horte ersichtlich. Die Finanzkennzahlen umfassen separat aufgelistet mindestens die Fixkosten, die variablen Kos-ten und die Kosten pro Kind.

Die FDP-Fraktion bedauert, dass es keinen ausgereiften politischen Prozess dieses Geschäftes gab. Die Diskussion über die Kosten konnte nur bedingt geführt werden. Im Sinne der Transparenz findet sie es förderlich, wenn ein Überblick zu den Kosten gegeben werden kann. Anscheinend hat man mit HRM2 und dem neuen FHGG kein Anrecht darauf. Darum bringt die

FDP-Fraktion ihr Anliegen als Bemerkungsantrag ein. Vielleicht findet der Gemeinderat die Möglichkeit diese Kosten transparent aufzuzeigen. Mindestens im Wirkungsbericht verlangt sie, dass die Finanzkennzahlen ausführlich aufgeführt werden. Sonst ist ein Vergleich mit den heutigen Kosten des GFV nicht möglich. Somit kann auch nicht nachgewiesen werden, ob die neue Lösung kostenneutral ist, wie es immer seitens Gemeinderat versprochen wurde.

Franco Faé hat bereits an der KFG-Sitzung ausgeführt, dass sich mit HRM2 einiges ändern wird. Grundsätzlich gibt es ein Globalbudget. Inwiefern hier Auskunft von Gesetzes wegen gegeben werden muss, möchte der Sprechende heute nicht kommentieren, da er mit HRM2 noch nicht so weit ist. Die sogenannten Leistungsgruppen werden aufgezeigt. Selbstverständlich erhält die KFG den Wirkungsbericht und die gewünschten Zahlen werden auf den Tisch gelegt.

Judith Luthiger-Senn ergänzt, dass es im Interesse aller ist Transparenz zu haben. Wenn der Gemeinderat die Übernahme kostenneutral machen will, ist dies auch das Ziel. Der Gemeinderat wird dies aufzeigen und ist überzeugt, dass dies gelingt.

Abstimmung Bemerkungsantrag FDP

Mit 21:7 Stimmen wird der Antrag der FDP angenommen.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Estermann, Yvette	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Sigg, Leo	ja
Spörri, Raphael	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Zellweger, Martin	ja

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Von der Neuausrichtung der schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen wird Kenntnis genommen.*

2. Für die Kontogruppe 219.05 wird rückwirkend per 1. Januar 2018 der Voranschlag 2018 gemäss Ausführungen im B+A mit Ausgaben von Fr. 1'807'300.00 und Einnahmen von Fr. 640'000.00 festgesetzt. Auf den gleichen Zeitpunkt wird der Beschluss des Einwohnerrates vom 2. November 2017 zum Voranschlag 2018 der Kontogruppe 219.05 in Wiedererwägung gezogen und aufgehoben.
3. Ziffer 2 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
4. Der Gemeinderat legt dem Einwohnerrat im 2. Quartal im Jahr 2021 einen Wirkungsbericht zu den schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen vor.
5. Folgende Bemerkung wird überwiesen: Im Budget und in der Rechnung sind zukünftig die Finanzkennzahlen der Horte ersichtlich. Die Finanzkennzahlen umfassen separat aufgelistet mindestens die Fixkosten, die variablen Kosten und die Kosten pro Kind.
6. Mitteilung an den Gemeinderat zum Vollzug.

Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 106/18:
Der Beschlusstext wird mit 18:10 Stimmen genehmigt.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Rätö	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Estermann, Yvette	nein
Fluder, Hans	nein
Gisler, Kurt	ja
Graf, Alfons	nein
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Sigg, Leo	ja
Spörri, Raphael	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Zellweger, Martin	nein

4. Bericht Postulat Heiz: Längere Öffnungszeiten der Verwaltung Nr. 245/16

Laut Rolf Schmid ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Martin Zellweger vertritt den Postulanten. Der Sprechende selber kann auch sehr gut hinter diesem Postulat stehen. Er ist es sich gewohnt über die letzten 30 Jahre, eher zu später Stunde von seinem Arbeitsplatz nach Kriens zurückzukehren. Früher hat er sich über die Banken genervt und er hatte nie das Verständnis, dass sie nicht wenigstens einen Tag in der Woche z.B. bis 18:30 Uhr geöffnet waren. Insofern ist der im Bericht gewählte Benchmark zu den Banken für ihn nicht so glücklich gewählt. Aber was soll's, heute macht er E-Banking auch nach 20:00 Uhr. Und andere gehen dann in den Länderpark, statt nach Kriens. Gut, jetzt die beschlossenen durchgängigen und verlängerten Zeiten am Mittwoch bis um 18:00 Uhr haben ihn natürlich schon nicht von den Socken gehauen. Und dafür ist dann am Freitag schon um 15:00 Uhr Wochenende. Er findet persönlich das macht nicht wirklich einen tollen Eindruck wenn am Freitag um 15:00 Uhr zu lesen ist: Wir sind dann am Montag gerne wieder für sie da. Wer nicht in Kriens arbeitet, für den ist auch 18:00 Uhr noch ein früher Zeitpunkt. Man muss ja dann vielleicht schon etwas früher am Schalter sein, um das Geschäft zu erledigen. Wenn man beispielsweise die Einwohnerdienste der Stadt Luzern betrachtet, dann haben diese jeden Mittag durchgängig geöffnet und am Donnerstag bis 18:30 Uhr. Kriens will sich ja jetzt mit den Städten vergleichen, oder? Auf der Webseite einer anderen Stadt, nämlich Winterthur ist eine spannende Grafik zu diesem Thema aufgezeigt. Es zeigt die gemessene Besucherfrequenz am Schalter. Es zeigt sich z.B. dass die Frequenzen vor 10:00 Uhr an allen Tagen ausser am Montag tief sind, hingegen am Donnerstag zwischen 18:00 Uhr und 18:30 Uhr oder am Freitagnachmittag sehr hoch. Also zweimal Dienstag und Donnerstag erst um 09:00 Uhr öffnen und das Thema wäre kostenneutral gelöst, die Backoffice-Arbeiten wären dann auch am Morgen möglich und am Freitag wäre auch nicht schon um 15:00 Uhr Wochenende für die Kunden. Der Sprechende versteht, dass es sich um einen Pilotbetrieb handelt, und dass man die Besucherströme messen will. Dann ist er zuversichtlich, dass sein Vorschlag sicher noch ernsthaft geprüft wird. Also, guter Wille ist erkannt, das Resultat haut Martin Zellweger nicht um. Aber immerhin ein erster Schritt.

Anita Burkhardt-Künzler bedankt sich im Namen der CVP/JCVP-Fraktion beim Gemeinderat für den Bericht zum Postulat. Ihres Erachtens kommt dieses Postulat im Hinblick auf den Neubau der Krienser Stadtverwaltung zum richtigen Zeitpunkt. Die neuen Öffnungszeiten speziell am langen Mittwoch bis 18.00 Uhr entsprechen sicher einem Bedürfnis und sind dementsprechend kundenorientiert. Ob sich dies in der Praxis bewährt, wird wie im Bericht angesprochen das Pilotprojekt zeigen. Sie findet die Idee gut und dankt dem Gemeinderat für seine Offenheit. Sie ist jedoch auch überzeugt, dass längerfristig die zunehmende Digitalisierung, z. B. mit einer Gemeinde App, oder dem eUmzug, wieder zu einer Abnahme der Schalterzeiten führen wird.

Gemäss Daniel Rösch, FDP-Fraktion, steigen die Anforderungen im Arbeitsalltag stetig und ein Besuch auf der Verwaltung kann sich so entsprechend schwierig gestalten. Daher ist es erfreulich, dass die Öffnungszeiten etwas angepasst werden. Vor allem wenn man auch bedenkt, dass konservative Öffnungszeiten im Kanton Luzern weit verbreitet sind. Mit den angepassten Öffnungszeiten kommt man der Bevölkerung sicher etwas entgegen. Es zeigt sich aber auch, dass die konsequente Umsetzung von E-Government unumgänglich ist. Damit wäre zukünftig nicht für alle Anliegen ein Besuch bei der Verwaltung notwendig. Die FDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den Bericht.

Laut Yasikaran Manoharan, SP-Fraktion, fordert der Postulant eine Prüfung, an welchen Tagen eine längere Öffnungszeit der Verwaltung angeboten werden kann. Die Öffnungszeiten sind gewiss in der heutigen Zeit für Arbeitnehmer aufgrund Arbeitszeiten und längeren Arbeitswegen nicht optimal. Demzufolge ist es verständlich, sich über eine Anpassung der Öffnungszeiten Gedanken zu machen. Ob nun aber mit der vorgeschlagenen Lösung, den Mitt-

woch durchgehend von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr offen zu lassen, mehr Bürger davon angesprochen werden, kann die SP-Fraktion schlecht beurteilen. Dafür fehlen die Erfahrungswerte. Daher müssen die neuen Öffnungszeiten für eine bestimmte Zeit getestet werden und Besucherzahlen festgehalten werden. Erst dann kann beurteilt werden, ob die Änderungen auch Sinn machen. Für die SP-Fraktion ist es wichtig, dass die Öffnungszeiten den Krienser Umständen sinnvoll angepasst sind. Als ein Beispiel dafür dient der Verkehr. Zwischen 17:00 - 18:00 Uhr ist bekanntlich die stark frequentierteste Zeit. Wenn man um 17:10 Uhr am Bahnhof Luzern den Bus nimmt und erst um 17:45 Uhr im neuen Gemeindezentrum ist, vor einem noch zwei Kunden anstehen und dann sein Anliegen noch mehr als 10 Minuten beansprucht, wird man dann noch bedient? Der Sprechende denkt, nur mit einer Verlängerung um eine Stunde lässt sich das Anliegen noch nicht lösen. Es stellt sich in dem Zusammenhang auch die Frage, ob alle Dienste der Gemeinde länger offen haben müssen oder nur bestimmte Dienste, die besonders kundenintensiv sind. Eine Überlegung wäre es auch Wert terminbasierte Nutzung der Verwaltung zu stärken und dafür zu werben. Wenn man zum Arzt muss, macht man auch einen Termin ab. So kann man mit der Verwaltung im Voraus einen bestimmten Termin abmachen, in der man auch sicher bedient wird und genügend Zeit eingeplant wird. Dass in Zukunft der Online-Dienst und die telefonische Auskunft ausgebaut und gestärkt werden soll, kann die SP-Fraktion nur befürworten und unterstützt den Gemeinderat in diesem Vorhaben. Sie ist gespannt auf die Resultate, wie die Verlängerung genutzt wird.

Die Grüne/GLP-Fraktion kann laut Bruno Bienz die Ausführungen von Martin Zellweger voll und ganz unterstützen.

Auch der Gemeinderat hatte gemäss Cyrill Wiget Sympathie für dieses Anliegen. Bei einem Dienstleistungsbetrieb ist es wichtig die Kundenwünsche aufmerksam zu überprüfen. Selbstverständlich ist es auch heute schon möglich ausserhalb der Öffnungszeiten einen Termin abzumachen. Mit dem Pilot wird nun ein Versuch gestartet, um herausfinden zu können, wo die Kundenbedürfnisse genau liegen. Selbstverständlich sind Anpassungen möglich. Diese können auch im neuen Zentrum einfach umgesetzt werden, weil es die zentrale Anlaufstelle gibt. Es ist jedoch auch ein Backup nötig, denn die Verwaltung funktioniert nicht nur mit zwei Personen. Schätzungen zu Folge müssen etwa 70 % der Anliegen an diesem Gemeindeschalter erledigt werden. Der Gemeinderat dankt für die Anregungen und nimmt diese gerne mit. Man versucht eine kundenorientierte Verwaltung zu sein, jedoch besteht die Problematik darin, dass die Kosten nicht aus dem Ruder laufen dürfen.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

5. Bericht Postulat Tanner: Einführung eUmzug in der Gemeinde Kriens

Nr. 046/17

Laut Rolf Schmid ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Daniel Rösch vertritt Beat Tanner. Er möchte keine eigentliche Diskussion starten, sondern vor allem dem Gemeinderat ein Lob aussprechen und für die Berichterstattung danken. Die FDP-Fraktion ist erfreut darüber, dass die Gemeinde Kriens beim eUmzug als Pilotgemeinde

agiert. Der eUmzug ist somit ein wichtiger Schritt Richtung E-Government. Sie wünscht sich, dass das E-Government Angebot zukünftig konsequent und wenn möglich ausgebaut wird.

Gemäss Andreas Vonesch, CVP/JCVP-Fraktion ist es unbestritten, dass das Projekt eUmzug sowohl den Meldepflichtigen, wie auch den Einwohnerdiensten viele Vorteile bringt. Insbesondere wird der Aufwand für den Einwohner selber verringert, bringt aber auch eine Entlastung für die Einwohnerdienste. Obwohl das Projekt vom Kanton bis ins Jahr 2019 sistiert wurde, bringen die K5-Gemeinden sowie vier weitere Gemeinden das Projekt vorwärts. Die CVP/JCVP-Fraktion begrüsst dies sehr. Kriens zeigt sich fortschrittlich, kundenfreundlich und zeitgerecht. Dass Kriens als Pilotgemeinde das System testet, zeugt von einem selbstbewussten Auftreten.

Die SVP-Fraktion findet dies laut Räto Camenisch gut und die Antwort ist befriedigend. Der Postulant rennt damit offene Türen ein. Kriens wird am Pilotversuch teilnehmen, was schon fast eine Ehre ist. E-Government wird kommen und dies ist ein kleiner Schritt dazu.

Die SP-Fraktion kann gemäss Yasikaran Manoharan die Einführung des Online-Tools eUmzug unterstützen und es ist im Zuge der Digitalisierung und Stärkung der Online-Dienste sicherlich zeitgemäss. So kann jederzeit eine An- und Abmeldung getätigt werden, ohne dabei auf die Öffnungszeiten der Verwaltung angewiesen zu sein. Wenn der Postulant aber der Meinung ist, man kann mit der Einführung des eUmzug auf der Verwaltungsebene Kosten sparen, liegt er wohl wahrscheinlich falsch. Lediglich der Dienst am Schalter wird weniger genutzt, die Vielzahl an An- und Abmeldungen müssen trotzdem noch von der Verwaltung verarbeitet werden. Zusätzlich kommen noch Kosten für die Betreuung und Verwaltung des Online-Tools hinzu. Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung.

Cyrell Wiget ist froh, dass der Gemeinderat hier auf dem richtigen Weg ist. Eine gesamtheitliche Digitalisierungsstrategie ist eine relativ teure Angelegenheit. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass im Nachgang sehr viele Kosten eingespart werden können. Zum Teil ist es auch eine Verlagerung. Die Umsetzung erfolgt schrittweise, was sinnvollerweise und einfach gemacht werden kann. Mit ein paar anderen Gemeinden wird nun ein Pilotprojekt gestartet, welches von der Stadt Luzern vorfinanziert wird. Erst im Nachgang wird sich die Gemeinde mit einem Kostenteiler beteiligen. Er ist froh, dass der Einwohnerrat die Vorgehensweise des Gemeinderates unterstützt.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

6. Bericht Postulat Ercolani: Fachbegleitungen für Beschaffungen Nr. 057/17

Laut Rolf Schmid ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Wenn Enrico Ercolani die Antwort des Gemeinderates liest und seine Schlüsse daraus zieht, gibt es zwei Möglichkeiten:

1. Der Gemeinderat hat weder begriffen noch verstanden was das Postulat will, obwohl anhand der Begründungen und den beigelegten Beispielen mehr als genug Argumente erläutert wurden, die für die Fachbegleitung sprechen. Für diesen Fall gäbe es allerdings eine Entschuldigung. Der Gemeinderat kann nicht wissen, was im Detail auf den Bauten abläuft.
2. Der Gemeinderat hat verstanden was das Postulat will, ist aber in Zukunft nicht bereit, für weniger Geld qualitativ bessere Arbeiten zu bekommen. Er würde damit aufzeigen, dass kein Sparwille vorhanden ist und dies zu Gunsten von Bequemlichkeit und zu Lasten der Steuerzahler. Daran mag der Sprechende nicht glauben. Denn wäre das so, wäre die Krienser Regierung eine echte Gefahr für ihre Finanzen.

Der Postulant verlangte in seinem Postulat die Fachbegleitung von der Offerte bis zur Abrechnung und versucht nochmals dies anhand von verständlichen Beispielen zu begründen. Das erste Beispiel sind die grossen Preisdifferenzen bei Offerten. Der Gemeinderat weist darauf hin, dass Bauarbeiten nach den Bestimmungen des öffentlichen Beschaffungsrechts ausgeschrieben werden. Dies ist unbestritten, reicht allerdings nicht aus für die Anliegen des Postulanten „Bessere Arbeit und Qualität für weniger Geld“. Ausgeschrieben wird nach NPK. Der NPK lässt keine Qualitätsangaben zu. Wenn man diese einfügen will, braucht es beruflichen Fachverstand. Architekten und Bauführer können unmöglich über 50 Berufsgattungen das notwendige Fachwissen haben. Das bestätigen die Meisten auch immer wieder und sprechen sogar von Überforderung. Deshalb werden die Offerten grossmehrheitlich ohne Qualitätsanforderungen gerechnet. Der Bauherr weiss also nicht, was er bekommt. Das Resultat ist etwa so, wie wenn man in drei verschiedenen Garagen Autos offerieren lässt, ohne Angabe von Marke, Ausstattung etc. Dann bekommt man die Offerten mit sehr grossen Preisunterschieden, urteilt nach dem Preis und hat noch das Gefühl, dass die höheren Angebote übertrieben sind. Deshalb ist es zwingend notwendig, dass Material, Qualitäten und Ausführungsdetails in Offerten festgelegt werden, und nach vorgegebenen Kriterien geprüft werden können. Statt diese klaren Fakten zur Kenntnis zu nehmen und entsprechend zu agieren, werden die Verantwortlichen die sich ihrer Schwächen in diesem Zusammenhang bewusst sind, mit Lobhudeleien bedacht. Im Satz am Schluss der Beantwortung liegt eines der Kernprobleme des Postulates, der wie folgt lautet: *„Es ist in der stetigen Verantwortung der Projektleiter der Gemeinde, dass sie die Risiken einzelner Arbeitsausführungen zeitgerecht erkennen und entsprechend vorsorgliche Massnahmen, wie die Bestellung von Fachexperten, ergreifen“*. Fakt ist, dass die Projektleiter, Architekten und Bauleiter aufgrund ihrer Fachkenntnisse der einzelnen Berufsgattungen, die meisten Risiken gar nicht erkennen können. Die Quintessenz aus der Beantwortung ist folgende: Diese dient weder den Planern und Bauleiter, den Steuerzahlern noch den Bauherren und deren Bauobjekten. Tatsache ist, dass Architekten, Bauführer und Bauherren sehr dankbar sind, wenn sie auf Fachbegleiter zurückgreifen können. Bessere Qualität, weniger Garantiewerke und Kosten sind die angenehmen Nebeneffekte der Fachbegleitung. An diesen Komfort dürfen sowohl Bauherr wie auch Architekt und Bauleitung etwas bezahlen. Denn der Architekt hat weniger Aufwand und Verantwortung und der Bauherr bekommt zu günstigsten Bedingungen Topqualitäten. Leider werden und wurden auch in den zurzeit bestehenden Neu- und Umbauten der Gemeinde Fehler mit finanziellen Konsequenzen gemacht. Viele davon hätten bei entsprechender Fachbegleitung verhindert werden können. Dass Fehler gemacht werden ist menschlich. Allerdings produziert man heute am Bau wesentlich mehr als früher. Dies ist darauf zurück zu führen, dass immer mehr Arbeiter und Betriebsinhaber, ohne entsprechende Ausbildung, am Bau Facharbeiten ausführen. Entsprechend gross sind die Fehlerquoten. Enrico Ercolani will nicht mehr auf weitere Begründungen eingehen. Eine Vielzahl hat er mit der Eingabe des Postulates mitgeliefert und den Einwohnerratsmitgliedern zugesandt. Wichtigste Erkenntnisse aus diesen Begründungen sind:

1. Praktisch bei allen Fachbegleitungen wurden erheblich mehr Kosten eingespart als die Fachbegleitung kostete.
2. Zu hohe Nachtragspreise, nicht dem Vertrag entsprechende Arbeitsausführungen und Materialien etc. wurden aufgedeckt und entsprechend sanktioniert.

Der Sprechende hofft, dass die Einwohnerratsmitglieder die Vorteile der Fachbegleitungen, im Gegensatz zum Gemeinderat, erkennen. Mit dem Bericht ist er nicht zufrieden. Nachdem der Gemeinderat das Postulat als erledigt betrachtet sieht er sich gezwungen, den Weg über eine entsprechende Motion weiter zu gehen. Er dankt für die Aufmerksamkeit.

Kurt Gisler dankt im Namen der CVP/JCVP-Fraktion dem Gemeinderat für die Beantwortung und nimmt diese wie vorliegend entgegen. Sie möchte aber trotzdem noch einige klärende Bemerkungen anbringen. Der Sprechende möchte die Definition einer neutralen und unabhängigen Fachbegleitung nochmals kurz aufrollen. Der Fachbegleiter ist ein Experte der vom jeweiligen Berufsverband vorgeschlagen wird, er ist meist ein selbstständiger Unternehmer der in dieser Berufsgattung unternehmerisch tätig ist, es ist jedoch nicht ein direkter Mitbewerber der eingeladenen oder bewerbenden Unternehmen. Die CVP/JCVP-Fraktion ist der Meinung, dass eine Begleitung der Arbeitsausführung der beauftragten Unternehmung keinen Sinn macht, wenn in der Planungsphase alles sauber, fachmännisch und verständlich im Leistungsverzeichnis enthalten ist. Da liegt der Hund begraben. Hier ist ihrer Meinung nach der kritische Zeitpunkt für viele Fehler und Mehrkosten. Die Ausschreibungen in den jeweiligen Leistungsverzeichnissen sind meist mangelhaft und technisch fragwürdig. Der Sprechende kann vor allem die Leistungsverzeichnisse der Maler- und Gipserarbeiten beurteilen. Diese sind immer wieder wenig präzise, unfachmännisch und mit Positionen ausgestattet, die technisch nicht möglich sind. Aus diesem Grunde sieht die CVP/JCVP-Fraktion durchaus eine Berechtigung für eine Fachbegleitung in der Planungsphase. So kann der technisch versierte Fachbegleiter der die Lösungen praxisorientiert anschaut, die Kostenplaner und Fachplaner auf Fehler und Lücken in den Ausschreibungen aufmerksam machen. So können definitiv Kosten eingespart werden. Aus diesen Gründen bittet die CVP/JCVP-Fraktion den Gemeinderat in Zukunft bei grösseren Objekten die Möglichkeit einen Fachbegleitereinsatz mindestens in der Planungsphase zu überprüfen. Die CVP/JCVP-Fraktion nimmt die Antwort des Gemeinderates so entgegen und dankt dem Postulant für seinen Herzbluteinsatz.

Die Ansicht der SVP-Fraktion ist laut Räto Camenisch deckungsgleich mit dem Postulant. Der Postulant weiss von dieser Sache. Die Personen, die diese Materie verstehen, sehen hier Möglichkeiten und es ist richtig, dass noch ein Vorstoss eingereicht wird. Die SVP-Fraktion sieht diesem mit Freude entgegen.

Cla Büchi, SP-Fraktion, meint, dass vieles was Enrico Ercolani bei verschiedenen Baustellen in Kriens und anderen Orten bemängelt, sicher zutrifft. Er weiss aber auch, dass das durchaus Alltag auf den Schweizer Baustellen ist. Nicht, dass der Sprechende das goutiert oder in Ordnung findet. Im Gegenteil, auch er stört sich an solch fehlerhaften Ausführungen und versucht das bei seinen Projekten zu vermeiden. Aber der Postulant wie der Sprechende wissen, wie solche Geschäftspraktiken zustande kommen. Ein wesentlicher Anteil hat dabei der Preisdruck, weil viele Bauherrschaften, egal ob es öffentliche Körperschaften oder Private sind, Arbeiten an den Günstigsten vergeben. Noch schlimmer ist es, wenn Bauprojekte über General- oder Totalunternehmer abgewickelt werden. Beispiele dazu gibt es noch und noch. Konsequenzen daraus sind bekannt und diese hat Enrico Ercolani auch aufgeführt. Die Unternehmen arbeiten mit ungelerntem Personal, setzen billige Produkte ein, umgehen Arbeitsschritte und setzen enge Fristen, um Kosten zu sparen. Kein Wunder, wird es immer schwieriger, junge Menschen für eine Berufslehre im Bauhandwerk zu gewinnen und auf dem Beruf

zu halten. Wie viele junge Berufsleute entwickeln noch einen Berufsstolz? Wenn, dann ist das in kleineren, spezialisierten Betrieben, die aber immer mehr auch unter Druck kommen, weil ihnen grössere Betriebe zunehmend Konkurrenz machen. Und da ist man beim Thema von Ursache und Wirkung. Welches sind die treibenden Kräfte, die den Markt spielen lassen wollen, den Konkurrenzdruck hoch halten wollen, gegen Regulierungen sind und die Arbeitnehmer und Gewerkschaften an der kurzen Leine halten? Die Forderung nach umfassenden Fachbegleitungen ist doch Symptombekämpfung und verursacht Kosten beim Auftraggeber, weil der Markt nicht mehr funktioniert und sich gegenseitig kaputt macht. So verkommt die Fachbegleitung zu einer Schiedsrichter- oder Polizeifunktion. Da erwartet Cla Büchi von den Verfechtern vom freien Wettbewerb Lösungsbeiträge, die zu einer Verbesserung führen. Und auch die Fachverbände müssten mal über die Bücher gehen und ihre Mitglieder an ihre Sorgfaltspflichten und ihren Berufsstolz erinnern. Der Sprechende ist auch der Meinung, dass es bei komplexen und anspruchsvollen Arbeiten eine Fachbegleitung braucht. Aber da ist ja der Gemeinderat gleicher Meinung. Beim neusten Beispiel Brunnmatt-Schulhaus, das Enrico Ercolani per Mail gesendet hat, geht es um eine gewöhnliche Malerarbeit. Es kann doch nicht sein, dass man für sowas extra eine Fachbegleitung engagiert. Da erwartet Cla Büchi vom Planer die nötige Fachkompetenz, um die Arbeiten richtig auszuschreiben, allenfalls kann er sich ja von einem Verband beraten lassen.

Die Grüne/GLP-Fraktion hat gemäss Tomas Kobi bereits bei der Einreichung des Postulats die Forderung des Postulanten vollumfänglich unterstützt. Gerade im Baugewerbe ist eine fachkundige Begleitung unumgänglich. Der Gemeinderat hatte bereits Mühe dieses Postulat anzunehmen. Dies zeigte sich bereits in der Argumentation. Unter anderem äusserte er sich diesbezüglich, dass der Gemeinderat seinem Personal vertraut und der Ansicht ist, dass man ohne Fachbegleitung auf dem richtigen Weg ist. Die Grüne/GLP-Fraktion ist über den vorliegenden Bericht schon etwas überrascht. Wieso sollten „Generalisten“ das besser können als ausgewiesene Fachleute? Weshalb ist der Gemeinderat gegen eine generelle Verpflichtung einer Fachbegleitung bei Beschaffungen? Würde dies nicht zu einer Entlastung der Verwaltung führen unter anderem auch für den Departementsvorsteher? Inhaltlich bringt der Bericht nichts Neues als schon bei der Überweisung des Postulats. Die darin gemachten Äusserungen widerspiegeln die ablehnende Haltung gegenüber dem Anliegen und zeugen nicht gerade von Wertschätzung. Die Grüne/GLP-Fraktion kann sich mit dem Bericht nicht zufrieden geben, weil es an inhaltlicher Substanz fehlt.

Enrico Ercolani weiss, dass Cla Büchi sehr viel von Bauen versteht. Er hat das Malergewerbe angesprochen. Im Einwohnerrat sitzt ein diplomierter Malermeister, welcher sich 365 Tage im Jahr mit diesem Business befasst. Es gibt kaum ein Gewerbe bei dem mehr betrogen wird, als bei den Malern. Die Ausschreibung im Brunnmatt Schulhaus ist eine absolute Katastrophe. Diese entspricht absolut nicht dem, wozu der Bauleiter und Architekt verpflichtet ist.

Kurt Gisler möchte klarstellen, dass er kein Betrüger ist.

Franco Faé dankt für die zusätzlichen Erläuterungen. Er möchte kurz zum Schulhaus Brunnmatt Stellung nehmen. Dieses steht unter Denkmalschutz. Das Krienser Fachgremium und man auch eine Fachbegleitung wurden beigezogen. Enrico Ercolani hat den Einwohnerratsmitgliedern wieder ein E-Mail zukommen lassen, was der sogenannte anonyme Experte der SMGV sagt. Auch der Postulant äusserte dazu seine Meinung. Dies brach den Sprechenden dazu beim zuständigen Architekten eine Antwort einzuholen, die wie folgt lautet: „*Wie vom Experten SMGV bestätigt, entspricht das Leistungsverzeichnis grundsätzlich dem heutigen Standard. Er bemängelt eigentlich einzig, dass die Abdekarbeiten pauschal ausgeschrieben*“

sind, aber auch hier weist er darauf hin, dass dies heute üblich ist. Wir schreiben dies so aus, nicht weil der Aufwand bei der Ausschreibung hoch ist, sondern weil das Ausmessen der Abdeckerarbeiten einen unverhältnismässig hohen Aufwand bedeuten würde bzw. dies kaum nachzuprüfen ist. Das Leistungsverzeichnis ist sehr detailliert ausgeschrieben und mit 44 Seiten umfangreich beschrieben. Zusätzliche Positionen wie das Abdecken werden heute von erfahrenen Malern über einen Prozentanteil der Auftragssumme eingetragen. Hier kommt auch die unternehmerische Freiheit zum Tragen, was der Unternehmer für diese Position an Personalkosten einsetzt. Zudem sind ausreichend Planunterlagen beigelegt, um dies abschätzen zu können. Wie auch der Experte sagt, halten wir den Einsatz eines Fachexperten als nicht notwendig. Die inneren Malerarbeiten sind nicht speziell anspruchsvoll in diesem Fall. Jedes qualifizierte Malergeschäft mit eigenem Personalbestand kann diese Arbeiten ausführen. Wir haben kein Problem damit, wenn ein Fachexperte beigezogen wird. Es ist einfach die Frage, ob die Bauherrschaft die Kosten dafür ausgeben will und diese sind so natürlich nirgends vorgesehen.“ Der Gemeinderat hat es verstanden und hat auch dazugelernt. Beim Innenausbau des Zentrum Pilatus wurde ein Fachplaner und Fachexperte beigezogen. Wenn der Bedarf da ist, wird der Gemeinderat solche Fachplaner und Fachexperten zukünftig hinzuziehen.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

7. Bericht dringliches Postulat Portmann: Sichere Fuss- und Radwegverbindungen in Kriens Nr. 075/17

Laut Rolf Schmid ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Michael Portmann war mit dem Bericht zuerst überhaupt nicht zufrieden. Damit Fussgänger ihre Querungsabsichten zeigen können, müssen sie für die schnelleren Autofahrer sichtbar sein. Diese Sichtbarkeit war nicht gewährleistet als der Bericht zum Postulat zugesandt wurde. Da die Sichtbarkeit messbar ist, wollte er es genauer wissen und hat nachgefragt. Seither hat sich die Situation deutlich verbessert. Gestern wurde mit den zuständigen Stellen im Kanton eine Begehung gemacht und das Verbesserungspotential an die Baufirmen weitergeleitet. Der Sprechende möchte sich an dieser Stelle für den grossen Einsatz bedanken. Offenbar beurteilten selbst die Fachleute vom Kanton die Sichtbarkeit an dieser Ecke des Mattenhofkreises auf dieser Kantonsstrasse bis gestern als verbesserungswürdig, so dass nun letzte Verbesserungen durch die Baufirmen angebracht werden müssen. Deshalb möchte Michael Portmann sich an dieser Stelle trotz seiner anfänglichen Unzufriedenheit für den Bericht bedanken, der deutlich zeigt, wie die Verkehrssicherheit um Baustellen in Kriens geplant wird. Am Mattenhof ist auf der Seite des Bahnhofs Mattenhof alles vorbildlich organisiert. Auch das Vorgehen beim Planen der Verkehrssicherheit findet er sauber und klar geregelt. Er sieht den Bericht als IST-Zustand und hat erlebt, dass er nach seinem Nachfragen am Mattenhof tatsächlich zu einer Verbesserung der Verkehrssicherheit für Fussgänger geführt hat. Ob es sinnvoll ist, wenn nun zusätzlich auch Velofahrer über den Fussgängerstreifen in die Strasse einbiegen müssen, wagt er sehr zu bezweifeln. Der Sprechende ist nur einmal auf dieser Route mit seiner Familie über den Kreisel in Richtung Bruder Klaus gefahren. Seither vermeiden sie diese gefährliche Stelle und umfahren diese Stelle via Bahnhof Mattenhof, wie es ja auch die Busse tun. Eine entsprechende Informationstafel bei der Ecke Brändi wäre ganz bestimmt kein Luxus und würde sicher in der Kompetenz des Gemeinderates liegen.

Judith Mathis-Wicki dankt im Namen der CVP/JCVP-Fraktion dem Gemeinderat für die durchaus engagierte Beantwortung des Postulates. Man hat die Problematik erkannt und aus sicherheitstechnischem Denken Lösungen erarbeitet. Dies mag auf den ersten Blick Sinn machen. Wer will sich schon freiwillig Gefahren aussetzen und sich gegen Lösungen aussprechen, die der Sicherheit dienen? Nun kommt aber die entscheidende Frage: Welche Brille hatten die Verantwortlichen auf der Nase, als sie zu den im Moment bestehenden Lösungen gekommen sind? Die Sprechende wagt zu behaupten, ganz sicher nicht die der Velofahrenden. Und genau dort liegt der springende Punkt. Velofahrende sind ernstzunehmende Verkehrsteilnehmende, die nicht plötzlich zu Fussgängern gemacht werden wollen. Sie fahren Velo, weil sie in angemessener Zeit von A nach B kommen wollen. Bei der aus Sicherheitsgründen vorgelegten Lösung, wird aber genau dies erneut gemacht. Die Velofahrenden haben, wie es in der Antwort dargelegt wird, am Fussgängerstreifen abzusteigen, die Strasse zu Fuss zu überqueren, 150 m zu laufen um dann erneut die Strasse zu überqueren, um sich dann wieder in den Verkehr einzufädeln. Oder sie quetschen sich, auf der im Moment viel zu schmalen Fahrbahn, an den Rand des MIV. Dass in der Beantwortung lakonisch gesagt wird, der besagte Abschnitt sei nur schwach von Velofahrenden frequentiert, liegt wohl auf der Hand. Wenn die Verhältnisse für die Radfahrenden grundsätzlich schlecht sind, suchen sie sich gezwungenermassen und aus Sicherheitsgründen andere Verbindungen. Der Einwohnerat behandelt nun den dritten Vorstoss, der die gleiche Problematik anspricht. Die angebotenen Lösungen konnten bis anhin nicht wirklich überzeugen. Die Baustellenvielfalt in Kriens bleibt noch eine recht lange Zeit bestehen. Die CVP/JCVP-Fraktion verlangt deshalb vom Gemeinderat gute Lösungsansätze aus Sicht der Radfahrenden frühzeitig in Betracht zu ziehen und zeitnah die Umsetzung zu kontrollieren. Eine kompetente Fachberatung für konstruktive Lösungsansätze kann bei Pro Velo eingefordert werden.

Laut Hans Fluder, SVP-Fraktion, wissen alle, dass in Kriens zurzeit rege Bautätigkeit herrscht. Im Mattenhofkreisel wachsen die Gebäude und die ganzen Baustellen nehmen Formen an. Wie man gut sehen kann, ist der Lagerplatz entlang der Nidfeldstrasse sehr eng. Ein Sicherheitsdienst steht vor Ort und weist die Lastwagen auf die Baustelle, dass diese das Material auf- und abladen und problemlos sich wieder in den Verkehr eingliedern können. Wenn der Sprechende mit dem Rad ins Kuonimattgebiet fahren muss, benutzt er den Weg östlich der Autobahn in die Horwerstrasse und nachher in die Schweighofstrasse. Die andere Variante ist über den neuen Radweg bei der Allmend bis zum Mattenhof zu fahren. So kann man die ganze Baustelle umfahren, ohne in Schwierigkeiten zu geraten. Wenn man unbedingt über die Nidfeldstrasse fahren will, muss man wie es im Bericht zum Postulat beschrieben ist, die zwei Fussgängerstreifen benutzen. Diese Baustelle wird in wenigen Monaten fertig sein und die ganze Verkehrslage pendelt sich wieder ein.

Daniel Rösch, FDP-Fraktion, führt aus, dass momentan in Kriens sehr viel verdichtet gebaut wird. Bauen ist in der Regel eine befristete Angelegenheit und kann temporär zu Einschränkungen führen. Bauplätze sind entsprechend eng und verlangen ein hohes logistisches Geschick, damit die Sicherheit für die Umgebung einerseits wie auch auf dem Bauplatz jederzeit gewährleistet ist. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass hier sehr gute Arbeit geleistet wird. Sie sieht deshalb keinen Anlass an temporär herrschenden Verkehrsregimes etwas zu ändern. In der Antwort vom Gemeinderat werden zudem entsprechende Erwägungen und Alternativrouten in insgesamt von Velofahrenden schwach befahrenen Gebieten beschrieben. Die FDP-Fraktion stellt deshalb ein gutes Zeugnis für die Verantwortlichen aus, dankt dem Gemeinderat für den Bericht und unterstützt diesen vollumfänglich.

An erster Stelle möchte Raoul Niederberger im Namen der Grüne/GLP-Fraktion dem Postulanten für seinen Vorstoss danken und es ist erfreulich, dass sich die Situation jetzt anschei-

nend verbessert hat. Der Postulant spricht ein wichtiges Anliegen an. Dies zeigt sich insbesondere auch darin, dass dies nicht der erste Vorstoss ist, der sich mit dem gleichen oder einem sehr ähnlichen Anliegen befasst. Man kann fast schon von einem eigentlichen Dauerbrenner sprechen. Der Sprechende verzichtet an dieser Stelle jedoch darauf noch einmal alle Vorstösse aufzuzählen. Indes muss man leider feststellen, dass die Antworten des Gemeinderates zu diesen Vorstössen immer sehr ähnlich gelagert sind. So zusagen "im Westen nichts Neues" und so heisst es denn immer, dem Gemeinderat sind die Hände gebunden, es ist kaum möglich die Situation für die Fussgänger und Radfahrer kurzfristig zu verbessern. Sie müssen Umwege in Kauf nehmen und regelmässig mit einer gefährlicheren Verkehrsführung leben, bis die jeweiligen Bauarbeiten beendet sind. Für die Grüne/GLP-Fraktion ist das Vorgehen des Gemeinderates enttäuschend. Hier gibt es deutliches Verbesserungspotenzial. Man scheint aus den Fehlern der Vergangenheit, speziell bei der Zentrumsüberbauung, nichts gelernt zu haben. Sie erwartet in Zukunft ein gezielteres und klareres Vorgehen des Gemeinderates. Das Ziel muss zukünftig ein gutes Miteinander aller Verkehrsteilnehmer sein und gefährliche Situationen für Fussgänger und Radfahrer müssen verhindert werden. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, braucht es einen "gesamtheitlichen" Ansatz, ein Konzept. Die bisherige "Pflasterli-Politik" kann und darf nicht fortgeführt werden. Dies gilt insbesondere, da in absehbarer Zeit kein Ende der regen Bautätigkeit in Sicht ist.

Gemäss Matthias Senn ist jede Baustelle so gut, wie die Leute organisiert sind. In Kriens sind die Baustellen mehrheitlich hervorragend organisiert, aber es gibt auch chaotische Baustellen. Diese halten sich nicht an Vereinbarungen bezüglich Freihaltung, welche mit der Gemeinde getroffen wurden. Die Mitarbeitenden des Bau- und Umweltschutts versuchten jeweils mit den Bauherrschaften, Planern und Bauunternehmungen eine bestmögliche Lösung zu suchen. Manchmal sind es einfach Randbedingungen, welche keine bessere Lösung ermöglichen. Sobald sich eine bessere Lösung abzeichnet, versucht man diese auch umzusetzen. Von der Mobimo kam die Rückmeldung, dass sie versucht die Umgebungsarbeiten des Matenhofs auf der Seite des Kreises zu forcieren, damit der Radweg wieder geöffnet werden kann. Dies ist im September der Fall. Dass es Randbedingungen gibt, beweist auch beispielsweise das Projekt Renggloch, welches nun öffentlich aufliegt. Die Rengglochstrasse wird für 1 ½ Jahre gesperrt. Da kann man auch kritisieren, dass die Politik zu wenig geschaut hat, dass der Verkehr durchfahren kann. Dort ist es halt auch eine Randbedingung, dass die Strasse gesperrt wird.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

8. Bericht dringliches Postulat Tschümperlin: Anpassung der Geschäftsordnung des Gemeinderates **Nr. 079/17**

Laut Rolf Schmid ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Gemäss Erich Tschümperlin findet die Grüne/GLP-Fraktion den Bericht zu seinem Postulat inakzeptabel. Warum?

1. Der Einwohnerrat hat das Postulat Tschümperlin überwiesen. Der Gemeinderat beantwortet jedoch das nicht überwiesene Postulat Graber. Weshalb er das macht, ist dem Sprechenden schleierhaft.
2. Man kann die vorgeschlagene Lösung mit dem Pool gut finden oder nicht, er möchte das hier nicht weiter ausführen. Das überwiesene Postulat verlangt jedoch etwas anderes.
3. Was das Postulat nicht verlangt hat und gar nicht wollte, ist diese spezielle Übergangslösung. Und die ist nun das Herzstück der neuen Lösung und widerspricht dem Postulat ganz und gar.
4. Der Gemeinderat hat an der Sitzung vom 28. September 2017 darum gebeten, keine Änderung des Besoldungsreglements zu überweisen, sondern mit einem Postulat die vom Einwohnerrat gewünschte Lösung anzuzeigen. Deshalb hat sein Kollege Bruno Bienz seine Motion zurückgezogen und die SVP hat ihr Postulat zugunsten seines Postulats zurückgezogen. Der Gemeinderat schreibt nun, dass es sich ja nur um ein Postulat handelt und deshalb für ihn sowieso nicht bindend ist. Mit dieser Aussage hat der Gemeinderat den Postulaten über den Tisch gezogen und sein Vertrauen in die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat ist auf den absoluten Tiefpunkt gesunken.
5. Der Gemeinderat verspricht etwas und macht dann etwas ganz anderes. So macht Politisieren keinen Spass. So wird der Einwohnerrat überflüssig und so entsteht Politikverdrossenheit, wenn Politiker machen was sie wollen.
6. Und der Gemeinderat nützt dieses Thema auch gleich noch für eine öffentliche Abrechnung mit dem Gemeindepräsidenten. Also eine Retourkutsche für den Grünen Gemeindepräsidenten, weil sich die Grünen mit einem konkreten Vorschlag durchgesetzt haben. Und dies ist auch gleich die Überleitung zur „Mitteilung des Gemeinderates an den Einwohnerrat“.

Hier handelt es sich um einen Frontalangriff auf den Gemeindepräsidenten, weil er diesen Bericht nicht vertreten will. Vermutlich findet er diesen auch nicht besonders toll, sonst hätten die anderen Gemeinderäte nicht derart reagiert. Der Gemeindepräsident hat an der Sitzung vom 28. September 2017 den Einwohnerrat gebeten, dem Gemeinderat eine Richtung vorzugeben, damit das Lohngezänk endlich ein Ende findet. Der Einwohnerrat hat das gemacht und dieses Postulat überwiesen. Wenn dies die übrigen Gemeinderäte nicht wollen, ist es verständlich, dass der Gemeindepräsident dies nicht auch noch vertreten will. Und dies ist auch in der Geschäftsordnung des Gemeinderates so vorgesehen. Eine besondere Ironie hat die Begründung der Kollegen und Kolleginnen des Gemeindepräsidenten, dass die Kollegialität verletzt worden ist. Und dann ziehen sie über ihren Kollegen her. Bei dieser Mitteilung muss man von einem Racheakt der anderen Gemeinderäte sprechen. Anders ist es nicht zu erklären, dass sie einen internen Zwist öffentlich machen und sich sogar zu einer Amtsgeheimnisverletzung hinreissen lassen. Da wird ein Gemeinderatsbeschluss mit Stimmverhältnis in einer Medienmitteilung veröffentlicht. Sowas gab es noch nie. Stimmverhältnisse sind geheim und dürfen nicht einmal protokolliert werden. Der Gemeinderat hat bei diesem Geschäft jegliche Souveränität verloren und stellt seine persönliche Befindlichkeit über das Wohl der Gemeinde. Ein grösseres PR-Desaster auf Gemeinde- oder Kantonsebene muss man lange suchen. So viele Presseanfragen an einem Tag, wie nach dieser Medienmitteilung hatte Erich Tschümperlin bisher noch nie. Das Medienecho war sehr gross. Im Sinne der Gemeinde wäre es gewesen, wenn ein anderer Gemeinderat das Geschäft übernommen und dies mit ein paar Worten begründet hätte, wie oben beschrieben. Es gibt auch im Kanton Luzern gute Beispiele, wie dies gehandhabt werden kann. Nämlich so, dass dies gar kein Thema wird. Wer die Politik etwas genauer verfolgt kennt solche Beispiele. Hier aber wurde die Eskalation gesucht. Mit Kriens verbindet man nun das Bild, dass sich Politiker vor allem mit sich und ihrem Lohn beschäftigen statt mit ihren Aufgaben. War es das wert, fragt er den Gemeinderat? Nun etwas zur Pool-Lösung. Wie bereits erwähnt könnte auch eine Pool-Lösung ein gangbarer Weg sein. Nach der unglücklichen Debatte im Einwohnerrat im Rahmen der Lohninitiative musste schnell eine gangbare Lösung auf den Tisch. Und hier gibt es einen klaren Zusammenhang mit der Lohninitiative. Wenn der Einwohnerrat der Lohnsenkung zustimmt und den Titel

„Fr. 160'000.00 sind genug“ ernst nimmt, dann musste eine Lösung her, die einen kalkulierbaren maximalen Lohn für die gemeinderätlichen Arbeiten ergibt. Deshalb das vorliegende Postulat. Es ging Erich Tschümperlin nie darum den Gemeinderat in seinem Engagement einzugrenzen, sondern dass alle Einnahmen, die sich aus der Gemeinderatstätigkeit ergeben, klar abgegrenzt werden. In seinem Postulat steht, dass es um Tätigkeiten im Zusammenhang mit gemeinderätlichen Tätigkeiten geht. Wenn der Gemeinderat im Bericht schreibt, der Postulant kann seine 20 % Nebenerwerb nicht regeln, dann hat er Recht, aber der Gemeinderat hat sein Postulat nicht verstanden oder verstehen wollen. Wie die Gemeinderäte die restlichen 20 % ihrer Zeit einsetzen, ist ihnen überlassen. Das kann zum Beispiel ein zusätzliches Vorstandsmandat im VVL, oder für ein Velogeschäft oder auch für ein Rasenmäher-Geschäft sein. Es ist auch nicht klar, weshalb die Tätigkeit von Cyrill Wiget in seinem Geschäft ein Problem oder eine Bevorzugung ist und diejenige von Franco Faé nie zur Diskussion stand. Es kommt dem Sprechenden ein bisschen vor wie die Schelte an Cyrill Wiget, weil er bei einer Abstimmung einem Komitee beigetreten ist. Dass gleichzeitig zwei andere Gemeinderäte dasselbe taten war kein Problem. Auch hier verlangt die Grüne/GLP-Fraktion, dass bei allen derselbe Massstab angelegt wird. Das heisst, sie hätte sich auch eine Pool-Lösung vorstellen können, der Gemeinderat hat es jedoch verpasst eine Lösung vorzulegen. Und noch wichtiger sie wollte explizit eine klar definierte Lohnsumme für den Gemeinderat nach Annahme der Lohninitiative. Nicht zuletzt auch um keiner Partei weitere Angriffsfläche für eine weitere Lohninitiative zu bieten und das Thema bis zu den nächsten Wahlen zu bewirtschaften. Die Grüne/GLP-Fraktion ist sehr gespannt, ob dies dem Einwohnerrat mit den heutigen Entscheiden gelingt. Wenn nicht, dann hat man einen wesentlichen Anteil daran, dass das Thema weiterhin den Einwohnerrat und den Gemeinderat beschäftigt. Ein Problem ist und bleibt die Übergangslösung. Der Grüne/GLP-Fraktion ist kein Gemeinderatsbeschluss bekannt, der die spezielle Übergangslösung rechtfertigt. Wenn sich der Gemeinderat auf die Gemeinderats-Sitzung vom 3. Juni 2015 beruft, dann hätte er auch das entsprechende Protokoll liefern müssen. Ein Gremium kann sich in der Öffentlichkeit nicht auf einen Entscheid berufen, der nicht öffentlich ist. Entweder wird er veröffentlicht, dann kann man ihn verwenden, oder er ist geheim, dann kann man sich aber nicht auf ihn berufen. Denn auch der Sprechende würde gerne aus dieser Sitzung zitieren und kann dies nicht. Diese Ungleichbehandlung ist stossend. Die Grüne/GLP-Fraktion ist auch sehr erstaunt, dass diese Sonderlösung nie kommuniziert wurde und sich der Einwohnerrat dazu äussern konnte. Und es ist auch so, dass sich alle Gemeinderäte im Jahre 2016 für ein 80 % Pensum beworben haben und niemand hat gesagt, dass der Lohn nicht reicht. Es ist klar, dass zwei Gemeinderäte im Rahmen der Departementsreform Stellenprozente und damit einen merklichen Teil ihres Lohnes verloren haben. Dass sie trotzdem der Reform zugestimmt haben, zeugt von einer gewissen Grösse und dient der Gemeinde. Dass die Reduktion des Lohns vielleicht im ersten Moment nicht zur gleich grossen Reduktion der Pensen geführt hat, kann auch sein. Andererseits sind Schwankungen der Belastung in solchen Kaderstellen üblich und gehören zum Job. Dass die Gemeinderäte Lothar Sidler und Matthias Senn jedoch zu wenig entlastet wurden, sieht die Grüne/GLP-Fraktion nicht so. Die Immobilienverwaltung wechselte von Matthias Senn ins Finanzdepartement. Wie alle wissen, und Franco Faé wohl bestätigen wird, ist dies eine ziemlich aufwändige Sache. Dafür hat Matthias Senn die Umweltabteilung übernommen. Dies war ein altes Anliegen gerade der FDP und hat die Schnittstellen und Verfahren massiv vereinfacht, so jedenfalls die Begründung. Lothar Sidler hat vor einiger Zeit auch einen aufwändigen Aufgabenbereich abgegeben, nämlich die Vormundschaftsbehörde mit Kindes- und Erwachsenenschutz und Pflegekinderwesen. Diese Aufgabe macht heute die KESB. Früher mussten viele Entscheide im Gemeinderat und vom Sozialvorsteher behandelt werden. Mit der Auslagerung der Heime fällt nun auch der operative Teil dieser Arbeit weg. Der Gemeinderat war auch für den operativen Betrieb mit 380 Mitarbeitenden verantwortlich. Dass durch die Auslagerung der Heime die Belastung des zuständigen Sozialvorstehers bereits an der Sitzung vom 3. Juni 2015 ein Thema war, wurde leider nicht erwähnt. Es wäre nicht mehr als fair gewesen, dies auch zu erwähnen. Genau darum ist das Zitieren aus geheimen Protokollen problematisch. Und auch der strategische Teil der Arbeit muss Lothar Sidler nun nicht mehr alleine bewältigen, denn ihm stehen

noch sechs Mitglieder im Verwaltungsrat zur Seite. Auch hier sieht die Grüne/GLP-Fraktion eine deutliche Entlastung. In der Medienmitteilung zur Departementsreform vom 19. Juni 2015 steht unter anderem folgendes: *«Mit dieser ausgeglichenen Aufgabenbündelung wurde es möglich, dass alle Pensen der Gemeinderatsmitglieder auf 80 Stellenprozente festgelegt werden konnten (heute zwischen 62 % und 92 %). Mit der zunehmend strategischen Tätigkeiten der Gemeinderatsmitglieder sei dies machbar, befand der Gemeinderat vor allem mit Blick auf jene Mitglieder, deren Pensum heute höher ist. Dazu wurde diesem Umstand bei der Zuteilung von Ressourcen für die operative Tätigkeit Rechnung getragen.»* Zum letzten Punkt muss gesagt werden, dass das Sozialdepartement in der Übergangsphase der Heimauslagerung, zusätzlich mit einem reduzierten Pensum personell unterstützt wurde. Nachdem die Departementsreform 2016 eingeführt worden ist, ist der Zeitpunkt gekommen eine Standortbestimmung zu machen und zu schauen, ob die Aufgabenverteilung noch immer stimmt oder nicht. Ein solcher Transformationsprozess verlangt sicher eine Nachjustierung. Zum heutigen Zeitpunkt sollte die Aufgabenverteilung somit mehr oder weniger ausgeglichen sein. Die gleichmässige Pensenverteilung findet die Grüne/GLP-Fraktion nach wie vor eine gute Lösung. Zusammengefasst ist sie der Ansicht, dass die Sonderlösung allenfalls als Bonus für die zurückliegende Umsetzung der Departementsreform betrachtet werden kann. Sie sieht jedoch keinen Grund die Sonderlösung für die kommenden Jahre auszuzahlen. Und hier noch ein Wort zum Vorschlag des Gemeinderates. Nach der Übergangslösung soll das Verwaltungsratsmandat in der normalen Arbeitszeit bewältigt werden. Da die Gemeinderäte gemäss heutiger Regelung nur zwei Jahre im Verwaltungsrat sein können, führt dies dazu, dass mit dem austretenden Sozialvorsteher sein Verwaltungsrats-Pensum zu einem anderen Gemeinderat wechselt. Der Sozialvorsteher verliert also wesentliche Aufgaben und der neue Verwaltungsrat bekommt mehr Arbeit. Nun müssten also alle zwei Jahre die Aufgaben im Gemeinderat neu verteilt und austariert werden. Das kann noch nicht die endgültige Lösung sein. Zusammengefasst ist die Grüne Partei Kriens die einzige Partei im Einwohnerrat die auch in der Exekutive vertreten ist und die keine befristete Lohnerhöhung für eine gemeinderätliche Tätigkeit unterstützt. Auch der Gemeinderat bestätigt im Bericht, dass es sich um eine solche handelt. Seiner Ansicht nach aber erst in der nächsten Legislatur. Die Grüne/GLP-Fraktion versteht, dass die Lohnkürzungen im Rahmen der Departementsreform und der SVP-Initiative für einige Mitglieder schmerzlich waren. Löhne bemessen sich jedoch an Aufgaben und Pensen. Dass bürgerliche Parteien hier de facto für eine Lohngarantie eintreten erstaunt sie sehr. Für das angeblich versprochene Zückerchen mit dem Verwaltungsrats-Honorar der Heime AG gibt es weder einen Gemeinderatsbeschluss noch eine stichhaltige Begründung. Darum lehnt die Grüne/GLP-Fraktion dies ab. Mit dem überwiesenen Postulat wäre diese Forderung auch so umgesetzt worden. Gerade die Grünen werden immer wieder für alle möglichen Ausgaben verantwortlich gemacht. Hier verzichten FDP und CVP freiwillig auf beträchtliche Einnahmen. Die Grüne/GLP-Fraktion verzichtet auch auf einen Antrag zur Nichtabschreibung, weil auf das Postulat nicht eingegangen wurde. Sie stellt fest, dass der Gemeinderat nicht gewillt ist diesen Auftrag umzusetzen und das Postulat ernst zu nehmen.

Gemäss Erich Tschümperlin, Vizepräsident KFG, wurde der Bericht in der KFG lebhaft diskutiert und Fragen wurden von den anwesenden Gemeinderäten beantwortet. Erwartungsgemäss gingen die Meinungen zu diesem Bericht weit auseinander. Auf der einen Seite wurde die Pool Lösung als ausgewogene Lösung gelobt. Andererseits wurde bemängelt, dass dies nicht dem überwiesenen Postulat entspricht. Die Gemeinderäte stellten dann die Pool Lösung im Detail vor und erklärten wie es zu dieser Lösung kam. Auch die Übergangslösung und was der Ansicht des Gemeinderates nach zu seinen Aufgaben gehört und was eben nicht wurden im Detail vorgestellt. Zu intensiven Diskussionen führte auch die vorgeschlagene Übergangslösung. Auch hier wurde sich die Kommission nicht einig, ob diese nun gerechtfertigt ist oder nicht. Es wurde auch erwähnt, dass man nicht zurück schauen will, sondern vorwärts und dieses Thema endlich abhaken soll. Auf der anderen Seite wollte man gerade für die Bewertung der Übergangslösung genau hinschauen und wissen, was damals abgemacht oder verspro-

chen wurde. Die lange Diskussion führte zu keiner einheitlichen Sicht der Kommission, die verschiedenen Meinungen haben sich nicht angenähert und blieben kontrovers. So konnte sich die KFG zu keiner gemeinsamen Stellungnahme einigen.

Gemäss Andreas Vonesch, CVP/JCVP-Fraktion, legt der Gemeinderat mit dem Bericht zum Postulat dar, wie er die Nebenerwerbseinkünfte der Gemeinderäte regeln wird. Das kann der Gemeinderat machen und das ist legitim, denn diese Regelung liegt in seiner eigenen Kompetenz. Für die CVP/JCVP-Fraktion führt die nun vorliegende Regelung zu einem richtigen Ergebnis. Sie ist transparent, nachvollziehbar und plausibel hergeleitet. Die CVP/JCVP-Fraktion steht hinter dieser neuen Regelung. Jedes Gemeinderatsmitglied erzielt einen Lohn aus seinem 80 %-Pensum, also seinem Haupterwerb. Diese Debatte ist vom Tisch, das Besoldungsreglement wird angepasst, das liegt in der Kompetenz des Einwohnerrates. Jedem Gemeinderatsmitglied verbleiben somit 20 % frei verfügbare Zeit. Wie er diese ausgestaltet, ist seine Sache. Wenn er also aus einem Nebenerwerb Lohn erzielt, dann hat der Einwohnerrat darüber also gar keine Regelungskompetenz. Hier beginnt aber eine Ungleichbehandlung der Gemeinderatsmitglieder: Mit dem Postulat Tschümperlin hätten die Einkünfte aus den Nebenerwerbstätigkeiten in Verbänden beschränkt werden sollen. Aber Nebenerwerbstätigkeiten in privaten Geschäften/Unternehmungen wären dagegen keinen Beschränkungen unterworfen gewesen. Das ist eine Ungleichbehandlung für die es keine vernünftigen Gründe gibt. Sie führt sogar zu einer willkürlichen Ungleichbehandlung der Gemeinderäte. Mit der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Lösung ist nun diese willkürliche Ungleichbehandlung beseitigt. Der Gemeinderat hat mit seiner Lösung auch eine Klärung vorgenommen. Er sagt nämlich, welche Tätigkeiten in Institutionen und Organisationen im Rahmen der Haupterwerbstätigkeit erbracht werden, und welche Tätigkeiten im Rahmen einer Nebenerwerbstätigkeit erfüllt werden. Der Gemeinderat schlägt in seiner Lösung auch vor, was mit den Entschädigungen passiert. Das war bis jetzt nicht so und ist demnach neu. Die Regelung ist komplex. Der Gemeinderat hat sich die Mühe gemacht, in einer Zusammenstellung, basierend auf dem Jahr 2017, alle Mandate in Organen aufzuführen, sie nach dem neuen Modell zu ordnen und sogar die Entschädigungen aufzuführen. Wenn man dieses Papier studiert, dann ist die angedachte Regelung in sich schlüssig und auch richtig und schafft so Klarheit und Rechtssicherheit. Insbesondere ist auch richtig, dass das neue Modell personenunabhängig funktioniert, also eine zukunftsfähige Lösung darstellt. Die Regelung sieht auch vor, dass Entschädigungen aus Nebenerwerbstätigkeiten zu 60 % an den tätigen Gemeinderat gehen und 40 % in einen Pool fliessen. Hier ist es am Gemeinderat zu definieren, wie diese Pool-Auszahlungen zu erfolgen haben. Es ist eine gute und faire Lösung für das Gesamtkollegium Gemeinderat. Und auch hier gilt: Einkünfte aus privaten Nebenerwerben fallen nicht unter diese Pool-Lösung. Die CVP/JCVP-Fraktion möchte nochmals betonen, dass sie es als äusserst wichtig empfindet, wenn sich Gemeinderatsmitglieder in kantonalen oder kommunalen Gremien engagieren. Alle wissen, welchen Nutzen die Gemeinde daraus zieht, oder welchen Einfluss man als Gemeinde geltend machen kann. Und um nochmals auf die Liste zurückzukommen: Darauf steht keine einzige Organisation, wo man sagen könnte, ein Engagement ist überflüssig. Dass die Konflikte im Gemeinderat in Zusammenhang mit dieser Debatte um die Entschädigungen in der Öffentlichkeit ausgetragen wurden, hat einen grossen Imageschaden und Vertrauensverlust bei der Bevölkerung angerichtet. Der Gemeinderat muss diesen Konflikt rasch lösen. Es stehen zukunftsweisende Projekte an. Dazu braucht es ein Gremium, das zusammenarbeiten kann und das die grossen Herausforderungen, für die Bevölkerung spürbar, anpacken kann. Die CVP/JCVP-Fraktion dankt allen Gemeinderatsmitgliedern, die sich mit viel Engagement über ihr Pensum hinaus für Kriens einsetzen. Sie anerkennt und schätzt die Arbeit des Gemeinderates sehr.

Laut Alfons Graf, SVP-Fraktion, steht der Frühling vor der Türe. In der Krienser Exekutive herrscht aber ein frostiges Klima. Es ist zu hoffen, dass der Forst von der Wärme besiegt wird

und es nicht zu einer Eiszeit kommt. Wenn der Gemeinderat Mühe bekundet einen Volkswillen zu akzeptieren und einen Mehrheitsentscheid des Einwohnerrates ignoriert und wenn vier Mitglieder dieser Exekutive ihren Präsidenten öffentlich in der Presse schlecht machen, ist das beschämend. Es ist ein himmeltrauriges Beispiel, bei dem zu hoffen ist, dass es in der Schweizer Demokratie keine Schule macht. Aber der Reihe nach. Es gab eine Volksabstimmung zur Lohndeckelung der Gemeinderäte. An einer Einwohnerratssitzung wurde das Postulat Tschümperlin mit der Forderung von max. Fr. 5'000.00 für Mandatseinkünfte mit einer Mehrheit beschlossen und dem Gemeinderat zur Prüfung übergeben. Und was macht der Gemeinderat? Der Gemeindepräsident wollte das Begehren umsetzen, aber die restlichen vier Mitglieder wollen unter keinen Umständen dieses Postulat umsetzen. Was wird gemacht? Jetzt wird wieder am Volksentscheid und dem Mehrheitsentscheid vom Einwohnerrat rumgeschraubt und der Gemeinderat bringt einen Vorschlag der seinem Anliegen wieder näher kommt. Alfons Graf glaubt, man muss dem Gemeinderat wieder einmal erklären, was Demokratie ist. Das Volk ist der Chef und nicht der bezahlte Politiker. Der Gemeinderat kann seinen Lohn nicht selber bestimmen. Die Stimmbürger von Kriens haben klar und deutlich zur Reduktion der Löhne ja gesagt. Also soll der Gemeinderat dieses Begehren endlich umsetzen und nicht versuchen mit mehr Spesen und Mandatsbeiträgen wieder annähernd an den Lohn, welcher jetzt bezogen wird, zu kommen. Fr. 160'000.00 für ein 80 % Pensum ist ein gutes Gehalt mit dem man leben kann. Der Sprechende hat weniger und es geht im gut. Im Gemeinderat tätig zu sein ist ein Ehrenamt. Jeder kann stolz sein überhaupt ein solches Amt ausüben zu dürfen. Natürlich trägt der Gemeinderat viel Verantwortung, aber er soll auch ehrlich sein. Ohne fachkompetente Kaderangestellte würden die Gemeinderatsmitglieder oftmals im Schilf stehen. Alfons Graf kann da einige Beispiele nennen. Anstatt nur an die eigenen Bedürfnisse zu denken, täte der Gemeinderat gut daran auch einmal an die Angestellten in der unteren Lohnklasse zu denken und ihnen nach vielen Jahren wieder ein Lohnprozent mehr zu geben. Auch das übrige Personal macht seine Arbeit zum Wohle von Kriens sehr gut. Der Sprechende muss Cyrill Wiget ein Kompliment aussprechen. Er wollte das Postulat von Erich Tschümperlin umsetzen. Davor zieht er den Hut. Was die übrigen vier Mitglieder gemacht haben ist ein Vorgehen, was jenseits von Gut und Böse ist. Es ist ein absolutes No-Go. Den Gemeindepräsident öffentlich an den Pranger zu stellen ist schlicht und einfach eine Frechheit und hat mit dem Kollegialitätsprinzip nichts mehr zu tun. Wenn der Gemeinderat uneinig ist, soll er das untereinander regeln und nicht die Probleme in der Presse ausschlachten. Von einer Exekutive kann man das erwarten. Alles andere stellt ein Armutszeugnis dar. Mit diesem Vorgehen hat der Gemeinderat das Vertrauen der Bevölkerung verloren. Ja, er hat sich selber mit diesem Vorgehen ins Abseits gestellt. Sollte es zu einer neuen Lohndeckelungs-Initiative kommen, muss er nochmals Federn lassen. Das ist so wahr, wie das Amen in der Kirche.

Laut Roger Erni, FDP-Fraktion, war der Ablauf hier ähnlich wie bei dem B+A zu den Tagesstrukturen. Es wurde auch anlässlich der KFG-Sitzung darüber diskutiert und am Anfang der Sitzung wurde eine entscheidende Aktennotiz ausgeteilt. Das Votum wird er auch gleich für das nächste Traktandum halten. Endlich drei Jahren nachdem die Abmachung getroffen wurde, sind sämtliche Fakten auf dem Tisch. Ein Kompromiss war es also. Zwei Gemeinderäte hatten ein 60 % Pensum und zwei Gemeinderäte hatten ein 100 % Pensum. Es ging darum, dass zwei Gemeinderäte etwa Fr. 30'000.00 - 40'000.00 mehr Lohn erhalten haben. Diese waren natürlich dafür und diejenigen, welche weniger verdienten, waren natürlich dagegen. In der Mitte war der damalige Gemeindepräsident Paul Winiker. Der Gemeinderat versuchte eine Lösung zu finden. Dies führte zu dieser Abmachung, welche der Einwohnerrat nach mehreren Debatten zu diesem Thema erst drei Jahre später endlich erhalten hat. Vermutlich konnten damals alle fünf Gemeinderatsmitglieder dieser Abmachung zustimmen. Dass es eine zeitlich befristete Übergangslösung gibt, wusste man bis zur Vorlage dieser Aktennotiz nicht. Was nun der Gemeinderat auf den Tisch gelegt hat, ist diesem Druck zu schulden. Irgendeinmal kommt dies aus. Wenn es um Geld geht, schaut jeder einzelne Gemeinderat für sich und setzt sich aus seiner Sicht für die beste Lösung ein. Der Einwohnerrat tut sich nun schwer daran

dies alles zu fassen. Die Facts kamen nur nach und nach auf den Tisch und machen nicht glücklich. Trotzdem ist der Gemeinderat mindestens ab 2020 mit seinem Vorschlag weitergegangen als gefordert. Die FDP-Fraktion kann dies nachvollziehen und ist mit der Beantwortung auch einverstanden. Bekanntlich liegt diese Regelung in der Kompetenz des Gemeinderates. Der zusätzliche Fact, dass der Gemeindepräsident dieses Geschäft nicht vertreten will, macht die ganze Sache noch verwickelter und ist überhaupt nicht förderlich. Auf der einen Seite liegen die Facts auf dem Tisch und auf der anderen Seite sind die fünf Gemeinderäte, welche zusammen ein Problem haben. Daran hat die FDP-Fraktion gar keine Freude. Sie fordert den Gemeinderat auf kollegial zusammenzustehen, sich zusammenzureissen und nach vorne zu schauen. Sie hofft, der Gemeinderat packt dies. Sie unterstützt den Gemeinderat gerne dabei, hat aber Bedenken, dass er es schafft.

Raphael Spörri, SP-Fraktion, möchte zu diesem Traktandum nicht gross Stellung nehmen. Er erlaubt sich aber bei der Begründung zu seiner Motion detailliert auf dieses Geschäft einzugehen. Seiner Meinung nach sind die zwei dringlichen Motionen unter Traktandum 9a und 9b eng miteinander verbunden. Zusammengefasst ist aber die SP-Fraktion zum Bericht Postulat Tschümperlin folgender Meinung: Der Bericht zeigt klar auf, welche Mandatsentschädigungen wohin fließen. Positiv erachtet sie, dass z.B. das Honorar des Heime-AG-Verwaltungsratsmandats in die Gemeindekasse fliesst. Die Poolregelung schafft mehr Gerechtigkeit in der Verteilung der Mandatsentschädigungen. Mit der abschliessenden Regelung schafft man die Voraussetzung, im Gemeinderat wieder nach vorne zu schauen und Ruhe einkehren zu lassen. Unglücklich findet die SP-Fraktion die Übergangslösung, aber akzeptiert, dass Lothar Sidler mit der Heimauslagerung eine grosse Arbeitsauslastung hatte, die nicht abgegolten wurde. Da der Bericht im Kompetenzbereich des Gemeinderates ist, hat man wohl keine Möglichkeit diesen zu beeinflussen bzw. der Sprechende wird dies mit seiner Motion versuchen.

Gemäss Martin Zellweger hat das Postulat Tschümperlin mit der Mehrheit des Einwohnerrats grundsätzlich eine andere Regelung gefordert, als der vom Gemeinderat erarbeitete Vorschlag. Grundsätzlich kann der Einwohnerrat ja so mit der vorgeschlagenen Lösung nicht zufrieden sein. Es zeigt sich ja jetzt, dass das alte Besoldungsreglement aus dem alten Jahrtausend ein Flickwerk zu werden scheint. Ebenso gibt es scheinbar vermehrt Diskussionen zu der 80 % Pensenverteilung der Gemeinderäte nach der Departementsreform. Dies scheint ja auch noch nicht stimmig zu sein, hat aber einen direkten Zusammenhang. Die neue Regelung und die Übergangsmodi liegen nicht in der Kompetenz des Einwohnerrates, auch wenn sie uns nicht passen. Der Sprechende plädiert deshalb, möglichst rasch auf die dringlichen Motionen Camenisch und Spörri sprechen zu kommen. Hier wird sich hoffentlich ein Weg formen lassen, der auch dem Willen des Einwohnerrates entspricht. Noch ergänzend zur Übergangsregelung: Die Übergangsregelung, wie sie in der Antwort auf die Vorstösse Tschümperlin und Zellweger dargelegt wird, sichert den beiden Gemeinderäten Matthias Senn und Lothar Sidler die volle Vergütung aus dem Verwaltungsrats Honorar der Heime Kriens während zweier Jahre zu. In der Antwort zum Postulat Tschümperlin bezeichnet der Gemeinderat die betroffene Aufgabe als zum Aufgabenbereich des Gemeinderats gehörend. Es ist somit ein Teil der zu leistenden 400 %. Betrachtet man jetzt die Situation des Gesamt-Gemeinderates dann kriegt dieser für 2 Jahre neu für seinen Gesamtauftrag von 400 % Fr. 800'000.00 plus die Verwaltungsrats-Honorare, welche eigentlich bereits mit den Fr. 800'000.00 abgegolten wären. Insgesamt wird also nicht eine Mehrleistung erbracht, sondern eine zusätzliche Vergütung. Bei dieser Vergütung handelt es sich gemäss den Ausführungen nicht um einen Leistungsentgelt für Leistungen welche über die 80 % herausgehen, sondern um eine Abfindung für verlorene Stellenprozente ohne entsprechende Gegenleistung, da diese ja innerhalb der 400 % geleistet werden. Diese Vergütung ist somit ein Zusatz zu den neu geltenden Fr. 800'000.00 für ein 400 % Pensum. Eine andere Wahrnehmung würde höchstens darauf hindeuten, dass die gleichmässige Verteilung der 80 % auf fünf Gemeinderäte nicht ausgewogen ist und nachgebessert

werden muss. Die Übergangsregelung ist seines Erachtens nicht die richtige Lösung und wurde auch, gemäss Antwort zu seiner Interpellation seines Erachtens nicht genügend präzise festgehalten. Er kommt im nächsten Traktandum darauf zu sprechen.

Matthias Senn stellt fest, dass die Informationen vom Gemeinderat an den Einwohnerrat für einiges an Unmut gesorgt haben. Dem Gemeinderat wird vorgeworfen, dass er seine Probleme intern lösen soll und er gegen das Kollegialitätsprinzip verstossen hat. Die Departementsreform war wirklich in vielen Bereichen ein Kompromiss. Die Demokratie in der Schweiz funktioniert mit der Konkordanz, indem mehrere Parteien in die Regierungen eingebunden sind. Es ist eine Stärke der Demokratie, dass Kompromisse ausgehandelt werden können und man auch dahinter stehen kann, auch wenn es nicht von Anfang an die eigene Meinung war. Gerade bei der Departementsreform gab es Gewinner und Verlierer. Es geht nicht nur um die erwähnten Pensen, sondern es erfolgten auch Abteilungsverschiebungen und sonstige verschiedenste Veränderungen, welche auch nicht für alle leicht waren. In der Zwischenzeit hat man sich aber gefunden. Wird jetzt plötzlich ein Teil dieses Kompromisses von jemandem aus der Exekutive nicht mehr akzeptiert, ist der gesamte Kompromiss gefährdet. Der Gemeindepräsident war nicht bereit den Bericht zum Postulat Tschümperlin im Einwohnerrat zu vertreten. Diese Situation wäre spätestens letzte Woche in den Kommissionen an den Tag gekommen, weil der Sprechende und Lothar Sidler dieses Geschäft vertreten haben. Heute wäre es öffentlich bekannt geworden. Spätestens heute hätte der Gemeinderat dies begründen müssen. Der Gemeinderat wollte aufgrund der Erfahrung der letzten Lohndebatte im Einwohnerrat proaktiv handeln und mit der Information vom Gemeinderat an den Einwohnerrat den Inhalt der Aussagen verbindlich festlegen. Das es schlussendlich zum Desaster wurde hat auch damit zu tun, dass sich der Gemeindepräsident nicht an die vereinbarten Regeln gehalten hat. Er gab selber Interviews und beschuldigte die anderen Gemeinderatsmitglieder, sie haben das Kollegialitätsprinzip verletzt. Das ist nicht akzeptierbar.

Gemäss Lothar Sidler hat man heute verschiedenste Interpretationen gehört, was das Postulat Tschümperlin aussagen soll. Die Kernaussagen und Lösungsansätze möchte der Sprechende noch kurz präsentieren. Auf persönliche Angriffe möchte er nicht weiter eingehen. Worum geht es beim Postulat Tschümperlin? Es geht nicht um die Frage, wie viel ein Gemeinderat mit seinem Pensum von 80 % bzw. im Haupterwerb als Lohn verdient. Das wurde bereits mit der Volksinitiative verbindlich geregelt. Im vorliegenden Postulat geht es um die Frage, wie viel ein Gemeinderat im frei verfügbare Pensum von 20 % bzw. den Nebenerwerb zusätzlich zum Lohn verdienen darf. Der Postulant schlägt im Grundsatz vor, dass die Gemeinderäte im frei verfügbaren Pensum von 20 % höchstens Fr. 5'000.00 verdienen dürfen. Das, was mehr verdient wird, muss der Gemeinde abgegeben werden. Es gibt Ausnahmen, nämlich dann, wenn man im frei verfügbaren Pensum von 20 % in einem privaten Unternehmen arbeitet, dann darf alles behalten werden, auch wenn es die Fr. 5'000.00 übersteigt. Der Standpunkt zum Gemeinderat war, dass er das Postulat abgelehnt hat. Die verlangte Forderung kann der Einwohnerrat nicht umsetzen, da dies im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegt. Der Gemeinderat entscheidet was in den 20 % gearbeitet werden kann und wie viel dazu verdient werden darf. Es sind frei verfügbare 20 Stellenprozente. Darum hat der Gemeinderat gesagt, dass dies gar nicht umgesetzt werden kann, denn es verletzt auch die Gleichheit der Gemeinderäte. Die Gemeinderäte, welche in einem privaten Unternehmen arbeiten, dürfen alles behalten und die anderen, welche in Verbänden und Organisationen arbeiten, müssen den Lohn abliefern. Das wäre eine Ungleichheit und das wollte man auch nicht akzeptieren. Diese beiden Gründe haben den Gemeinderat dazu bewogen das Postulat nicht so umzusetzen, wie gefordert wurde. Dieses Recht steht dem Gemeinderat auch zu. Der Gemeinderat hat das Postulat nicht abgelehnt, sondern hat sich noch Gedanken gemacht und einen Lösungsvorschlag unterbreitet. Es wurden neue Regeln erarbeitet, was mit dem Nebenverdienst passiert. Vor seiner Zeit durfte der Gemeinderat seinen Nebenverdienst zu 100 %

behalten und musste nichts abgeben. Später wurde dann die 60/40-Regel eingeführt. Das bedeutet, dass davon 60 % behalten werden dürfen und 40 % in die Gemeindekasse fließen. Nun wurde ein neuer Vorschlag unterbreitet und die Regeln total auseinander genommen. Es wurde geschaut zu welchem Zweck der Nebenverdienst ist. Je nach Zweck gehört es in den Haupterwerb von 80 % oder ins frei verfügbare Pensum von 20 %. Nebenverdienste aus Aufgaben, die im Pensum von 80 % zu erledigen sind, gehören in die Gemeindekasse. Für diese 80 % erhält der Gemeinderat ja Lohn. Nebenverdienste aus Aufgaben, die im frei verfügbaren Pensum von 20 % zu erledigen sind, gehören den Gemeinderäten. Etwas anderes kann man nur machen, wenn der Gemeinderat ein 100 % Pensum hat. Dann fliesst das gesamte Geld aus Verbänden und Organisationen in die Gemeindekasse. Das ist jedoch nicht der Fall. Es gibt aber auch die Übergangsregelung, welche viel zu diskutieren gab. Dazu nimmt er im nächsten Traktandum ausführlich Stellung.

Wenn laut Erich Tschümperlin der Gemeinderat heute sagt, dass der Sprechende mit seinem Postulat regulieren wollte, was der Gemeinderat während den 20 % generell verdient, dann stimmt das nicht. Der Antrag lautete wie folgt: „*Vergütungen und Entschädigungen der Gemeinderäte aus Mandaten und Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit gemeinderätlichen Tätigkeiten stehen, fliessen bis auf jährlich max. Fr. 5'000.00 pro Gemeinderat in die Gemeindekasse...Unter gemeinderätliche Tätigkeiten fallen alle Tätigkeiten, die sich daraus ergeben, dass das Mitglied Gemeinderat Kriens ist.*“ Die genannten Beispiele waren nicht abschliessend. Es war nie die Meinung, dass Gemeinderäte, wenn sie sich irgendwo freiwillig engagieren, wie beispielsweise in einem Vorstand, unter diese Regelung fallen. Es tut ihm leid, aber er hat das Gefühl diese Missinterpretation ist dem Gemeinderat entgegengekommen das ganze Bach ab zu schicken und zu sagen, dass es nicht möglich und rechtswidrig ist. In der Diskussion im Einwohnerrat wurde auch nie behauptet, dass wenn sich ein Gemeinderat ausserhalb der Gemeindeaufgaben engagiert, diese Entschädigungen auch darunter fallen. Wenn man bei den Fr. 5'000.00 geblieben wäre, hätte alles gezählt, wie auch die Verwaltungsrats-Mandate. Es hätte auch keine Übergangslösung gegeben. Das war nie seine Absicht und er staunt, dass man es so verstanden hat. Der Sprechende möchte gerne noch ein Wort zur Amtsgeheimnisverletzung hören. Er wirft dem Gemeinderat eine solche vor, aber die wird mit keinem Wort erwähnt. Das ist schon sehr speziell. Es geht nicht an, dass eine Amtsgeheimnisverletzung gemacht wird und man sich nicht dazu äussert. Gemeinderatsbeschlüsse werden nicht einmal mit Stimmenzahl protokolliert. Man darf nicht wissen, wie die Gemeinderäte abgestimmt haben. Für ihn ist das klar eine Amtsgeheimnisverletzung und dafür braucht es auch eine Entschuldigung.

Enrico Ercolani stellt fest, dass anlässlich der letzten KFG-Sitzung mehrere Gemeinderäte anwesend waren. Es gab ein Gespräch und eine Auseinandersetzung. Wenn man das Protokoll liest, sieht man nichts davon. Weshalb ist dieses Gespräch nicht protokolliert? Geht das auch unter Amtsgeheimnis?

Erich Tschümperlin, Vizepräsident KFG, hat die Sitzung geleitet. Es gab zwei Teile. Der eine Teil war die Diskussion über das Postulat und der zweite Teil war die Diskussion über die Medienmitteilung an den Einwohnerrat. Bei dieser Auseinandersetzung fielen interne Vorwürfe der Gemeinderatsmitglieder aus Gemeinderatssitzungen. Das wurde wohlweislich nicht protokolliert. Interne Gemeinderatsdiskussionen gehören auch nicht in ein KFG-Protokoll.

Davide Piras bittet um Hilfe von Erich Tschümperlin. Das Postulat ist eine Prüfung einer Sache. Der Postulant gab einen Auftrag die Mandate und Tätigkeiten auf Fr. 5'000.00 zu deckeln. Jetzt sagt der Gemeinderat, dass gewisse Mandate und Tätigkeiten nicht unter diese

Fr. 5'000.00 fallen dürfen, sondern gehören direkt in die Gemeindekasse. Nun hat der Gemeinderat einen genauen Vorschlag unterbreitet was in die Gemeindekasse gehört und was die Gemeinderatsmitglieder behalten dürfen. Der Gemeinderat hat schon das Postulat zur Hand genommen, konnte dies jedoch nicht so umsetzen. Gewisses Geld dürfen die Gemeinderatsmitglieder ja gar nicht behalten. Es ist nicht das erste Postulat, welches zur Überprüfung an den Gemeinderat überwiesen wurde und der Gemeinderat gesagt hat, dass es eine gute Idee ist, aber er dies anders umsetzt, weil es im Kompetenzbereich des Gemeinderates ist. In diesem Fakt gibt es Mandate und Tätigkeiten, die nicht einmal in den Nebenerwerb gehören, sondern genau in diese 80 %. Für diese 80 % werden die Gemeinderatsmitglieder ja entlohnt. Deshalb wurde eine Auslegeordnung gemacht. Gewisse Tätigkeiten gehören in die Lohnsumme und dafür werden sie nicht entschädigt. Für alles Zusätzliche braucht es eine Regelung. Dies hat der Gemeinderat nun präsentiert. Er versteht, wenn der Postulant bemängelt, dass nicht das umgesetzt wurde was drin steht. Es liegt im Detail, dass Mandate und Tätigkeiten im Zusammenhang mit gemeinderätlichen Tätigkeiten stehen. Es sind eben genau die Mandate und Tätigkeiten, welche unterschieden werden müssen. Genau das hat der Gemeinderat auseinander genommen. Der Postulant soll fair bleiben, weil der Gemeinderat einen Teil gemacht hat und sogar etwas weiter gegangen ist.

Martin Zellweger möchte als Präsident der KFG kurz zur Aussage von Enrico Ercolani betreffend der fehlenden Protokollierung Stellung nehmen. Er selber war an der besagten Sitzung abwesend. Der Einwohnerrat soll doch aber jetzt nicht den gleichen Fehler machen, der dem Gemeinderat vorgeworfen wird und seine Wäsche in der Öffentlichkeit waschen. Wenn es im Protokoll der KFG fehlende Aussagen gibt, dann wählt doch bitte den offiziellen Weg. Derjenige, welcher diese Feststellung gemacht hat, bringt dies in der nächsten KFG Sitzung ein, wenn das Protokoll wie das üblich geprüft und abgenommen wird. Die Diskussion wird nicht jetzt geführt, sondern dort. Ergänzend hat der Sprechende noch eine Anmerkung zum Plädoyer von Matthias Senn mit der Begründung wieso der Gemeinderat direkt an die Öffentlichkeit gelangt ist. Der Gemeinderat plädiert doch dafür, dass wichtige Themen immer zuerst an die Kommissionen gelangen sollten, zur Vorbehandlung bevor dann alles im Einwohnerrat diskutiert wird. Wieso um alles in der Welt geht der Gemeinderat denn nicht zuerst an die Kommission, sondern direkt an die Presse? Martin Zellweger versteht das überhaupt nicht. Er bittet den Gemeinderat sich doch an seine eigenen Vorschläge zu halten.

Gemäss Bruno Bienz wurde noch eine Frage gestellt, zu welcher der Gemeinderat noch keine Antwort abgegeben hat.

Lothar Sidler führt aus, dass eine Unterstellung betreffend Amtsgeheimnisverletzung strafrechtliche Konsequenzen hat. Sollte der Gemeinderat eine solche begangen haben, hat dies strafrechtliche Konsequenzen für ihn. Wenn aber festgestellt wird, dass dies nicht der Fall ist, dann hat derjenige der behauptet hat ein Problem. Dieser hat den guten Ruf der Gemeinderatsmitglieder in Frage gestellt. Deshalb ist es sehr heikel solche Sachen hier offen darzulegen. Der Gemeinderat hat in der Verlautbarung an den Einwohnerrat dargelegt, wie diese Situation entstanden ist. Spätestens anlässlich der Einwohnerratssitzung wäre dies zum Vorschein gekommen. Da der Präsident dagegen ist, wollte er das Geschäft nicht vertreten. Mit der Aussage, dass er das Geschäft nicht vertritt, hat er seinen Standpunkt öffentlich kundgetan. Hier stellt sich die Frage, wer zuerst das Amtsgeheimnis verletzt hat. Derjenige der sagt, dass er das Geschäft nicht vertritt oder diejenigen, die sagen, dass es nicht möglich ist, das Geschäft nicht zu vertreten. Das sind ganz heikle Fragen und man soll aufpassen was man sagt.

Roger Erni stellt einen Ordnungsantrag, dass nicht weiter über eine Amtsgeheimnisverletzung diskutiert und zu Traktandum 9 gegangen wird.

Abstimmung über Ordnungsantrag Erni

Der Ordnungsantrag wird mit 15:10 Stimmen abgelehnt.

Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Estermann, Yvette	nein
Fluder, Hans	nein
Gisler, Kurt	ja
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	nein
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	ja
Zellweger, Martin	nein

Erich Tschümperlin wurde aufgefordert vorsichtig zu sein, was er behauptet, denn es kann Verleumdung sein. Seines Wissens sind Gemeinderatsbeschlüsse geheim. Wenn diese nach aussen getragen werden, vor allem das Stimmenverhältnis, ist es für ihn eine Amtsgeheimnisverletzung. Wenn ein Entscheid mit Stimmenverhältnis schriftlich in einer Medienmitteilung festgehalten wird, möchte er vom Gemeinderat wissen, ob dies eine Amtsgeheimnisverletzung ist oder nicht. Kann in Zukunft erwartet werden, dass keine weiteren Gemeinderatsbeschlüsse bekannt gegeben werden?

Rolf Schmid führt aus, dass eine Amtsgeheimnisverletzung eine strafrechtlich relevante Sache ist. Wenn dieser Vorwurf kommt, gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder macht man eine Anzeige oder eine interne Überprüfung von einer speziellen Kommission. Das ist der Weg und alles andere ist nicht obsolet. Der Gemeinderat ist nicht genötigt eine Antwort zu geben.

Raphael Spörri fragt sich, was man davon hat eine Antwort auf diese Frage zu erhalten? Bringt es einem im Problem näher oder dividiert man sich noch weiter auseinander? Diese Frage muss jeder für sich selber stellen und er ist froh, wenn dies jeder selber reflektiert.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

9. Beantwortung Interpellation Zellweger: Absprachen über Sondervergütungen im Gemeinderat Nr. 081/17

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Rolf Schmid fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Martin Zellweger wünscht eine Diskussion.

Rolf Schmid stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Martin Zellweger ist sich nach der Diskussion der letzten Minuten nicht mehr so sicher, welche Fragen man überhaupt noch stellen darf. Das Thema der Löhne wurde im vorangehenden Traktandum diskutiert. Eine Lösung erhofft er sich mit den dringlichen Motionen zu erreichen. Der Sprechende möchte zu seiner Interpellation die Diskussion mit einem etwas anderen Fokus führen. Eigentlich möchte er sich für die Beantwortung der Interpellation ja bedanken, aber zu allererst irritiert ihn die Antwort des Gemeinderates. Anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 28. September 2017 hat er sich beim Gemeinderat für die Offenheit bedankt. Diese Offenheit sollte dann aber nicht stehen bleiben, wenn dann vielleicht weitergehende und auch unangenehmere Fragen gestellt werden. Ansonsten mutiert Offenheit mehr zu einem Selbstzweck, als zu einer lösungsorientierten Auseinandersetzung. In den ersten 3 Sätzen der Antwort auf seine Interpellation schreibt der Gemeinderat, dass die Interpellation Unterstellungen, Vorwürfe und Kritiken enthält. Diese Antwort kann nur von einer enormen, durch persönliche Betroffenheit verzerrten Wahrnehmung der Fragestellungen gelenkt sein, denn es sind lediglich Fragen. Fragen nach Risiken können mitunter unangenehm sein, da sie auf heikle Themen hinweisen. Es besteht tatsächlich die Gefahr, dass man dies persönlich nimmt und als Vorwurf erachtet. Es muss aber weiterhin die Möglichkeit bestehen, dass der Einwohnerrat Fragen stellen darf, ohne dass der Gemeinderat sofort einen indirekten Vorwurf wittert. Martin Zellweger stellt zuerst mal fest, dass eine persönliche Betroffenheit durchaus auch die politische Handlung des Gemeinderats beeinflussen könnte. Dies scheint sich doch eben genau im Rahmen der selbst veröffentlichten gemeinderätlichen Auseinandersetzungen zu bewahrheiten. Das aktuelle, vom Gemeinderat publizierte interne Zerwürfnis zeigt einmal mehr, dass das Thema der Entlohnung einen starken persönlichen Bezug der Betroffenen ausweist. Der persönliche Bezug scheint also mitunter auch ein Grund oder Verstärker der Auseinandersetzung darzustellen. Es zeigt sich hier also möglicherweise auch, dass wenn politische Entscheide die persönliche Situation betreffen, die Entscheide auch durch die persönliche Situation beeinflusst werden könnten. Wenn er jetzt in seiner Interpellation den Gemeinderat fragt, wie der Gemeinderat mit solchen Risiken umgeht, und er dann anstelle einer Antwort zuerst hören muss, dass er dem Gemeinderat einen Vorwurf macht, dann läuten bei ihm die Alarmglocken. Anstelle der präzisen Beantwortung seiner Frage, macht man ihn sogar noch darauf aufmerksam, dass es ja keinem Einwohnerrat während der gesamten Debatte zur Heimauslagerung auch nur in den Sinn gekommen wäre, dem Gemeinderat oder einem Gemeinderatsmitglied zu unterstellen aus persönlichen oder finanziellen Motiven die Verselbständigung vorgeschlagen zu haben. Das hat er auch nicht gemacht. Etwas vereinfacht heisst diese Antwort: „Wie kann man auch nur so was unanständiges fragen?“. Diese Antwort zeigt, dass der Gemeinderat nicht die Frage nach dem Umgang mit dem Risiko gelesen und beantwortet hat. Er wollte nicht wissen, wieso dass der Gemeinderat die Auslagerung der Heime vorgeschlagen hat, das war ihm zur Genüge bekannt. Martin Zellweger wollte vielmehr wissen, wie der Gemeinderat mit den von ihm genannten Risiken umgegangen ist. Die Antwort zeigt, dass der

Gemeinderat die Fragen mit einem grossen Filter der persönlichen Betroffenheit gelesen hat, ansonsten hätte er realisiert, dass er weder eine Wertung, noch Kritiken oder Behauptungen geäussert hat. Der Gemeinderat bestätigt mit seiner Antwort jedoch klar, dass diese Risiken in keiner Weise in Betracht gezogen wurden. Seines Erachtens zeigt es sich mit dem aktuellen Zerwürfnis, dass der Gemeinderat sich möglicherweise tatsächlich besser mit solchen Risiken auseinandersetzen würde bevor der Scherbenhaufen da ist. Bei der ersten Frage stellt der Interpellant aufgrund der Antwort fest, dass im Gemeinderatsprotokoll lediglich der Beschluss der 80 % Pensen protokolliert wurde. Er fragte nach einer präzisen Widergabe der protokollierten Vereinbarung. Gemäss der Beantwortung muss man davon ausgehen, dass es keinen klaren Beschluss gibt, die Pensenreduktion mit der Vergütung des Verwaltungsrat-Mandats auszugleichen, resp. wie vom Gemeinderat bezeichnet: es gibt keinen Beschluss „über eine im Rahmen der Departementsreform getroffene Regelung“. Ansonsten wäre ein solcher Beschluss in der Antwort sicher aufgeführt oder die Antwort wäre unvollständig. Aufgeführt wird sinngemäss die Versprechung an Lothar Sidler in der Heime AG als Verwaltungsrat Einsitz nehmen zu können, um insbesondere Lohnneinbussen teilweise zu kompensieren. Es wird wie gesagt kein protokollierter Beschluss oder Entscheid aufgeführt. Alle Gemeinderäte wussten zu diesem Zeitpunkt genau, dass sie sich im Mai 2016 erneut den Wahlen stellen mussten. Sie wussten ebenso, dass die politische Zusammensetzung des Gemeinderates zum Zeitpunkt der Umsetzung des Versprechens völlig anders aussehen hätte können. Trotzdem scheinen solche wichtigen Themen, wie sie jetzt sogar zu einem Zerwürfnis des Gemeinderats führen, nicht als präzise Entscheide protokolliert worden zu sein. Auf die Frage hin, was denn bei einer nicht-Auslagerung der Heime geschehen wäre, antwortet der Gemeinderat, dass er keinen Alternativplan für eine entsprechende Ersatzentlohnung von Lothar Sidler vorgesehen hatte. Er begründete dies mit dem Hinweis auf die Haltung aller Fraktionen, welche sich zum gleichen Zeitpunkt im Mai 2015 auf Grund des Planungsberichts zur Heimverselbstständigung eine Verselbstständigung vorstellen konnten. In der Tat ein grosses Vertrauen in einen politischen Werdegang, berücksichtigt man dazu noch, dass der Auslagerung letztendlich nur mit 52.3 % Ja-Stimmen zugestimmt wurde. Also tatsächlich auch ein Risiko, welches nicht adressiert wurde. In der Antwort auf seine Frage nach der Entlohnung des zweiten Verwaltungsrat-Mandats, ob denn dies auch als Kompensationszahlung gedacht sei, begründet der Gemeinderat diese damit, dass diese Entschädigung nicht zum Aufgabengebiet des Bau- und Umweltdepartements gehören und deshalb als Entschädigung für die Nebenerwerbstätigkeit zu deklarieren sind. Zum einen steht dies im Widerspruch zu der in dem Bericht zum Postulat Tschümperlin beschriebenen Lösung, in der diese Tätigkeit zum Haupterwerb gezählt wird. Im Weiteren wird hier der 2. Verwaltungsrats-Sitz bereits mit dem Vorsteher Bau- und Umweltdepartement argumentiert, obwohl dies nicht so gefragt wurde. Das liest sich, als ob auch die Vergabe des 2. Verwaltungsrat-Mandats auch schon 2015 festgelegt wurde. Diese Antwort lässt für ihn einfach Fragen offen. Die Antwort i) besagt, dass der Gemeinderat tatsächlich im Vorgang zu der Einwohnerratssitzung vom 28. September 2017 ein Dokument verfasst hatte. Bezeichnenderweise wurde dies den Gemeinderats-Parteien FDP, SP und CVP vorher zugänglich gemacht. Das Papier wurde weder der SVP noch der dafür zuständigen Finanzkommission zugestellt, obwohl das Traktandum in der KFG behandelt wurde. Wie bezeichnet man dies eigentlich, wenn vertrauliche Informationen nur selektiv einzelnen Fraktionen zugänglich gemacht werden? Es ist seines Erachtens eine Unterlassung die einmal mehr Fragen generiert anstatt beantwortet. Zusammenfassend bleibt ihm, nach der Lektüre der Antwort auf die Interpellation, ein schaler Nachgeschmack zurück. Er könnte jetzt sagen es liegt an ihm, aber er ist sich nicht sicher, ob er bei sich die Ursache des Problems findet. Zusammenfassend bitte er den Gemeinderat um zwei Punkte:

- Spricht doch im Rahmen eures Corporate oder Public Governance auch Risiken an, welche für euch persönlich unangenehm sind und wittert dahinter nicht einfach persönliche Unterstellungen. Setzt euch lieber mit diesen Risiken auseinander.

- Verzichtet bitte zukünftig bei der Beantwortung von Vorstössen aus dem Einwohnerrat doch darauf, irgendwelche Inhalte in die Fragen herein zu interpretieren. Beantwortet doch einfach nur die Fragen. Sie wurden sehr präzise gestellt.

Insofern bedankt sich Martin Zellweger für die Interpretation seiner Interpellation. Und zum Schluss nimmt er nochmals die vom Gemeinderat verfassten Leitlinien der Gemeinde Kriens zum Thema Streit zur Hand. Hier steht zum Thema „Mensch“: *„Herausforderungen werden in Kriens im Dialog und auf der Basis von gegenseitigem Vertrauen zwischen Bevölkerung, gesellschaftlichen Gruppierungen und politischen Behörden angegangen.“* Sein Antrag an den Gemeinderat auf neu-Deutsch lautet: *„Eat your own dog food“*.

Die CVP/JCVP-Fraktion nimmt laut Andreas Vonesch den Bericht des Gemeinderates zur Kenntnis. Von „Geheimpakt“, „Riesenschlungg“ und „Frechheit“ wurde von Parteiexponenten in den Medien geschrieben und in die Öffentlichkeit getragen. Gepaart mit postwendenden Drohungen von erneuten Lohndeckelungs-Initiativen. Dabei zeigt sich bei nüchterner und sachlicher Betrachtung von den vorliegenden Fakten zur Departementsreform, dass dahinter eine nachvollziehbare Vereinbarung steht, die in den Kompetenzbereich des Gemeinderates fällt. Er kann seine 400 Arbeits- und Lohnprozente selber verteilen. Hand aufs Herz: Wer in diesem Saal würde in seinem Job einfach eine Lohnreduktion von 12 % hinnehmen, ohne im selben Umfang auch Aufgaben abgeben zu können? Niemand! Umgekehrt: Wer würde nicht gerne eine Lohnerhöhung von 13 – 18 % annehmen, ohne dass im gleichen Umfang Aufgaben übernommen werden müssen? Alle! Vier Gemeinderatsmitglieder, die bei der Departementsreform 2015 sehr direkt betroffen waren, sind noch im Amt. Dass man nun gerade von jenen Zwei, die Lohnprozente abgegeben haben in der Bevölkerung das Bild des geldgierigen Gemeinderates zeichnet, ist nicht akzeptierbar. Die im Bericht zum dringlichen Postulat Tschümperlin gemachten Erklärungen zur Departementsreform und zur auf zwei Jahre befristeten Übergangsregelung beschreiben umfassend den damaligen Findungsprozess. Die Fragen im Bericht zur Interpellation Zellweger werden offen und klärend beantwortet. Die Umverteilung von Lohnvolumen und Arbeitsvolumen war ein gemeinsamer Prozess, der von allen damaligen Gemeinderatsmitgliedern, inklusive dem ehemaligen Gemeindepräsidenten Paul Winiker mitgetragen wurde. Dazu sollten auch heute noch die vier Anwesenden stehen. Und der Einwohnerrat sollte nicht Spielregeln ändern, die andere in ihrem Kompetenzbereich gemeinsam und wohlüberlegt festgesetzt haben.

Lothar Sidler möchte zuerst eine persönliche Bemerkung loswerden. Matthias Senn und der Sprechende musste im Rahmen der Departementsreform 12 % Lohn abgeben. Dafür wurde ein Lösungsvorschlag unterbreitet, damit alle Gemeinderatsmitglieder ein 80 % Pensum erhalten. Mit diesem Vorschlag konnten alle leben. Für genau das wird der Gemeinderat nun angegriffen. Das hat ihn unglaublich enttäuscht und verletzt. Im Besten Fall konnte er es mit Galgenhumor nehmen. Wenn an der guten Arbeit des Gemeinderates nichts ausgesetzt werden kann, dann probiert man an seiner Glaubwürdigkeit zu kratzen. Eine kurze Zusammenfassung, was der Gemeinderat von dieser Interpellation hält. Um was geht es? Im Kern geht es um die Beantwortung der Frage, ob die Tätigkeit im Verwaltungsrat der Heime Kriens AG im Rahmen des Pensums von 80 % oder im Rahmen des frei verfügbaren Pensums von 20 % zu erbringen ist. Dazu wollte der Interpellant noch die Rechtsgrundlage wissen. Der Standpunkt des Gemeinderates zur Tätigkeit im Verwaltungsrat ist wie folgt: Die Aufgaben des Verwaltungsrates der Heime Kriens AG waren bis zur Verselbständigung Aufgaben des Gemeinderates. Vor allem die strategischen Aufgaben wurden an den Verwaltungsrat abgegeben. Die Tätigkeit im Verwaltungsrat ist deshalb grundsätzlich im Pensum von 80 % zu erbringen. Das Verwaltungsratshonorar gehört grundsätzlich in die Gemeindekasse. Es gibt aber eine Übergangslösung wegen der Departementsreform und weil die Übertragung der Aufgaben mit einer Lohnreduktion verbunden war. Der Lösungsansatz des Gemeinderates ist die befristete

Übergangslösung, welche allen dient. Bei der Departementsreform wurde der Lohn von Matthias Senn und dem Sprechenden je um mehr als Fr. 25'000.00 reduziert. Matthias Senn konnte für die Lohnreduktion nur teilweise Aufgaben abgeben. Bei Lothar Sidler wurde der Lohn reduziert, weil er mit der Verselbständigung der Heime Aufgaben an den Verwaltungsrat abgeben konnte. Da er nun in den Verwaltungsrat geht, übernimmt er die Aufgaben wieder und darf deshalb das Honorar behalten. Der Lohn, welcher Lothar Sidler abgegeben hat ging jedoch nicht in den Verwaltungsrat, sondern in den Gemeinderat. Der Gemeinderat hat Fr. 25'000.00 in den Pool bekommen, welche ohne Arbeit hinterlegt ist, weil die Arbeit beim Verwaltungsrat ist. Eigentlich hätte der Gemeinderat eine andere Lösung treffen müssen. Die verlorenen 12 Lohnprozente müssen irgendwo anders sein, allenfalls einem Pool. Aber genau das wollte man nicht, weil das Ziel der Departementsreform war, dass alle fünf Gemeinderäte je ein 80 % Pensum haben. Das wurde über alles gestellt und deshalb ist man auf die nun vorliegende Lösung gekommen. Jede andere Lösung hätte das 5x 80 %-Prinzip verletzt. Es kam allen zu Gute, dass diese Lösung umgesetzt wurde. Erich Tschümperlin meinte vorher noch, dass der Sprechende schon viele Aufgaben vorher abgeben konnte, wie das Vormundschaftssekretariat. Das ist korrekt, denn die KESB übernimmt nun diese Aufgabe. Die KESB ist immer noch in seinem Aufgabenbereich, aber gibt nicht mehr so viel zu tun, wie das Vormundschaftssekretariat. Es ging aber vergessen, dass er auch andere Arbeiten übernehmen musste, wie die Pflegefinanzierung und das Asyl- und Integrationswesen. Dafür hat er keine zusätzlichen Stellenprozente erhalten. Lothar Sidler macht nun eine Aufzählung zu den strategischen Aufgaben in Bezug auf die Heime Kriens:

Aufgaben des Verwaltungsrats

- Sicherstellung des Betriebs in organisatorischer, inhaltlicher und qualitativer Hinsicht
- Weiterentwicklung des Betriebs in organisatorischer, inhaltlicher und qualitativer Hinsicht
- Erfüllung des gesetzlichen Versorgungsauftrags
- Integration in Versorgungskette Gesundheitsversorgung, Zusammenarbeit mit kommunalen Partnern der Gesundheitsversorgung, Zusammenarbeit mit interkommunalen und regionalen Partnern und Anbietern
- Mitwirkung in der Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung in Kriens und Region Luzern
- Sicherstellung der rechtlichen Grundlagen für Betrieb (Leistungsvereinbarung)
- Sicherstellung der finanziellen Grundlagen für Betrieb und Investitionen (Voranschlag, Businessplan, Geschäftsbericht)
- Bau Pflegewohngruppen Lindenpark und Schweighof, neues Grossfeld
- Unterhalt Grundstücke und Gebäude Zunacher und Kleinfeld
- Berichterstattung an Generalversammlung, Gemeinderat

Aufgaben des Sozialvorstehers im Verwaltungsrat

- Vertretung des Gemeinderates und der Interessen der Gemeinde (als Vertragspartnerin und als Aktionärin) im Verwaltungsrat
- Unterstützung des Verwaltungsrates in Erfüllung der Aufgaben gemäss Gründungsvertrag, in Integration Versorgungskette, regionale Zusammenarbeit, Vertretung der Interessen gegenüber Gemeinderat und Gemeinde, gegenüber kantonalen Behörden, in regionalen Gremien (Planungsregion)
- Kontrolle Umsetzung Gründungsvertrag, insbesondere auch hinsichtlich Personal (Implementieren Personalvertretung, Besitzstandwahrung, Mitarbeiterbefragung GAV)
- Kontrolle Umsetzung Eignerstrategie und Leistungsvereinbarungen

Aufgaben des Sozialvorstehers im Gemeinderat

- Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen des Gemeinderates (Eignerstrategie)
- Erarbeitung Regelung des Verhältnisses Gemeinde - Heime Kriens AG (Leistungsvereinbarung Pflege, Leistungsvereinbarung Querschnittsdienstleistungen)
- Ausarbeitung und Umsetzung Massnahmen Aufsicht, Berichterstattung an Einwohnerrat

- Repräsentationen (Vertretung Gemeinderat Bescherungsfahrt, Tag der Kranken, 1. Augustfeier, Personalanlässe, Samichlaus, Galaabend für Freiwillige, Geburtstage)

All diese Aufgaben bleiben beim Sprechenden. Es ist also nicht so, dass er mit der Verselbständigung der Heime gar nichts mehr zu tun hat. Um ein Missverständnis aufzuklären, ist es nicht so, dass nun sieben Verwaltungsratsmitglieder die Arbeiten von einer Person übernehmen müssen. Schon vorher war der gesamte Gemeinderat als Gremium involviert und somit waren fünf Personen beteiligt. Die Rechtsgrundlage dieser Regelung ist das Geschäft des Gemeinderates vom 3. Juni 2015. An der KFG-Sitzung wurde dieses Protokoll vorgelegt. Dieses wird aber nicht öffentlich gemacht. Die Interpretationshoheit dieses Protokolls liegt auch beim Gemeinderat. Das Geschäft betraf die Departementsreform. Ziel des Geschäfts war es allen Gemeinderäten ein 80 %-Pensum zu ermöglichen. Es ist keine Umgehung der Lohninitiative, weil dies zeitlich früher beschlossen wurde. Die Übergangsregelung gilt längstens bis Ende dieser Legislatur und somit bis Ende August 2020. Danach gibt es diese nicht mehr.

Laut Erwin Schwarz steht Kriens Kopf, weil man eine Stadt wurde. Kriens steht aber auch Kopf, weil die SVP-Fraktion den grünen Gemeindepräsident verteidigt. Alfons Graf singt sogar ein Loblied auf ihn, ansonsten nutzt er jede Gelegenheit um ihm ans Bein zu pinkeln. Die SP-Gemeinderätin verbündet sich mit den bürgerlichen Gemeinderäten gegen einen grünen Gemeinderat. In Kriens ist momentan alles etwas komisch. Besserung ist in Aussicht. Wie kommt es dazu? Liegt der Fehler bei den vier Gemeinderäten oder beim Gemeindepräsident? Das ist ein breites Feld, worüber diskutiert werden kann. Der Sprechende hat im Herbst diesbezüglich einen Leserbrief gemacht. Erich Tschümperlin wollte damals eine Entschuldigung dafür, aber der Sprechende hat sich nie entschuldigt. Auch heute wollte er dies wieder. Erwin Schwarz hat es nicht eskalieren lassen, weil er dann in die Ferien fuhr. Die Luzerner Zeitung wollte ein Interview machen, aber er lehnte dies ab, weil er seine Ferien geniessen wollte. Der Sprechende wiederholt nochmals die Kernaussagen des Leserbriefs. Es ging um die Lohndebatte, welche die SVP angerissen hat. Die SVP macht das in allen Gemeinden, bei denen sie nicht in der Exekutive vertreten ist. In Horw und in Emmen wird darüber nicht diskutiert. Wie kann diesen Diskussionen ein Ende gesetzt werden? Bei den nächsten Wahlen soll ein guter SVP-Vertreter in die Exekutive gewählt werden, dann ist dieses Problem vom Tisch. Wie kann die Debatte und Unstimmigkeit im Gemeinderat geändert werden? Man muss eine Ehrlichkeit und Gerechtigkeit einführen. Matthias Senn und Lothar Sidler sind mit einem Vollamt in das Gemeinderats-Mandat gestartet und haben ihre private Tätigkeit aufgegeben. Es war sehr ausführlich, was Lothar Sidler vorhin erzählt hat. Daran sieht man, wie tief er durch diese Debatte verletzt ist. Matthias Senn und seine Frau sind aus ihrer eigenen Firma raus. Dann kam die Pensen- und Lohnreduktion von 12 %. Das macht niemand gerne. Andere Gemeinderatsmitglieder haben mehr Pensen erhalten, unter anderem auch der Gemeindepräsident. Das ist die ganze Ungerechtigkeit in dieser Debatte. Die Gemeinderäte, die auf Lohn verzichten mussten und sich in ihrer Freizeit und Tätigkeit in Verbänden einsetzen, denen wird der Lohn gedeckelt. Cyrill Wiget, der auch 80 % hat und als Gemeindepräsident die Aufgabe zur Führung des Gemeinderates hat, hat deshalb auch mehr Pensen erhalten. Er ist neben diesem 80 % Pensum alleinhaftender Unternehmer mit Einzelunterschrift von ca. 30 Mitarbeitenden. Chapeau dafür, aber vielleicht setzt er sich zu wenig für den Gemeinderat ein oder führt zu wenig, da nun dieses Chaos herrscht. Es kann nicht sein, dass der Lohn von den Leuten gedeckelt wird, die sich für die Gemeinde einsetzen und bei den anderen nicht. Das ist eine Ungerechtigkeit. Man soll dies nicht persönlich nehmen, aber für den Sprechenden stimmt es einfach nicht. Sein Wunsch ist, dass sich Cyrill Wiget zukünftig strategisch vermehrt um den Gemeinderat kümmert, dass keine weitere solcher Debatten in der Presse geführt werden müssen.

Erich Tschümperlin muss nach diesem Votum doch noch etwas sagen. Erwin Schwarz muss vielleicht die Medienmitteilung zur Departementsreform von 2015 durchlesen. Er hat Matthias

Senn mit Cyrill Wiget verglichen. Cyrill Wiget hat zusätzliche Prozente erhalten und muss nichts machen, dieser Ärmste. Erwin Schwarz hat darauf geschlossen, dass es nicht so ist. Die Immobilienverwaltung gibt sicher viel zu tun und das sind sicher 12 %. Wenn man spekulieren will, ist die Immobilienabteilung vorher schon nicht so rund gelaufen. Die Abteilung hat aber viel zu tun und es gibt viele Vorstösse aus der Reihe der FDP. Mit dieser Schuldzuweisung kommt man nicht weiter. Wenn die FDP keine Unternehmer mehr im Gemeinderat haben möchte, dann muss genau das gemacht werden. Franco Faé stand nie zur Diskussion, obwohl auch er in einem Unternehmen tätig ist. Das ist halt typisch. Es ist ein Angriff auf eine einzelne Person und man kann stundenlang darüber diskutieren. Bei der Departementsreform hat man sich Synergien erhofft und die Gemeinderäte sollen weniger operativ arbeiten. Damit sollte es eigentlich eine Nivellierung geben. Verschiebungen gibt es immer. Lothar Sidler hat vorhin ausgeführt, was alles zu seinen Aufgaben hinzukam. Es ist ein laufender Prozess und es braucht eine Nivellierung. Die Lösung ist nicht, dass es Vollämter und Halbämter gibt. Das hatte man vorher und da haben die Gemeinderäte im Halbamt nichts zu sagen. Man muss nun wieder auf die Sache zurückkommen und nicht spekulieren, ob Cyrill Wiget zu viel oder zu wenig im Velociped ist. Oder wieso es zur Eskalation gekommen ist. Man kann sagen, dass der Gemeindepräsident besser führen muss, aber vielleicht sind die anderen nicht gut führbar. Der Angriff bringt den Einwohnerrat nicht weiter.

Bruno Bienz findet es interessant, worauf nun geschossen wird. Der Sprechende hat eine Motion eingereicht, welche schärfer war und mit Hilfe der FDP durchkam. Die FDP wollte eigentlich eine schärfere Regelung. Erst dann als der Gemeinderat sie ins Gebet genommen hat, hat sie zurückbuchstabiert. Der Sprechende hat auch mit ihnen gesprochen und es war eine wohlwollende Unterstützung da. Jetzt hat es aber plötzlich gekehrt und man tut so, als ob man unschuldig ist.

Franco Faé hatte bereits schon in einem anderen Gemeinderat Einsitz. Er hatte ein Pensum von 57 % und seine Firma. Er wusste worauf er sich einlässt, wenn er in den Gemeinderat Kriens kommt. 2015 hörte er von der Departementsreform. Vor seinem Amtsantritt am 1. November 2015 wurde er eingeladen, um ihm den Einstieg zu erklären. Ihm wurde auch gesagt, was er mit seiner Firma am besten macht. Es wurde empfohlen den Posten als Geschäftsführer abzugeben und im Handelsregister auszutragen. Das hat der Sprechende dann umgehend umgesetzt. Er wusste auch wenn er 80 % im Gemeinderat arbeitet, schafft er die Arbeiten im Unternehmen nicht mehr. Franco Faé spricht nur von sich und es hat keinen Zusammenhang mit Cyrill Wiget. Der Sohn vom Sprechenden hat die Firma dann übernommen. Er arbeitet noch zu 10 % im Geschäft. Von Montagmorgen bis Freitagmittag macht der Sprechende seine Arbeit auf der Gemeinde Kriens. Diese Belastung ist nicht einfach, aber er geht auch auf den Gemeinderat zu, wenn es für ihn nicht mehr stimmen sollte. Er hat Mühe damit, wenn gewisse Einwohnerratsmitglieder den Gemeinderat als Abzocker bezeichnen. Das trifft ihn sehr und er fühlt sich überhaupt nicht so. Diejenigen, die ihn kennen, wissen das auch. Es tut einem schon weh, auch wenn Kollegen angegriffen werden. Die Kollegialität wurde auch angesprochen, worauf man sicher ein Auge haben und sorgsam damit umgehen muss. Wenn aber Vereinbarungen getroffen werden, soll man auch dazu stehen. Damit hatte er in der letzten Zeit Mühe, was er offen und ehrlich zugibt. Franco Faé hofft, dass man nun für Kriens eine gute Lösung findet. Wenn jemand das Gefühl hat, dass Gemeinderatsaufgaben einfach so nebenbei gemacht werden können, können diese weiterträumen.

Erwin Schwarz's Kernanliegen wurde von Erich Tschümperlin noch nicht verstanden. Er greift Cyrill Wiget nicht persönlich an oder sagt, dass er sich zu wenig für die Gemeinde einsetzt oder zu viel in seinem Geschäft ist. Sein Kernanliegen ist, dass die Nebeneinkünfte von denjenigen Gemeinderatsmitgliedern, die sich in den 20 % für die Gemeinde einsetzen, gedeckelt

wird und dass Cyrill Wiget als Unternehmer das gesamte Geld behalten darf. Er gönnt ihm das. Aber den anderen Gemeinderatsmitgliedern soll zugestanden werden, dass sie ihr Geld aus Nebeneinkünften auch behalten dürfen.

9a. Dringliche Motion Spörri: 500 Prozent Stadtrat Nr. 107/18

9b. Dringliche Motion Camenisch: Anpassung des Besoldungsreglementes des Gemeinderates vom 28. Januar 1999 Nr. 108/18

Gemäss Matthias Senn empfiehlt der Gemeinderat dem Einwohnerrat die Überweisung beider Motionen. Das ist vielleicht nun etwas überraschend, da der Gemeinderat im September 2018 nicht wollte, dass das Besoldungsreglement angepasst wird. Der Gemeinderat wird mit der Überweisung einer oder beider Motionen verpflichtet, dem Einwohnerrat einen Bericht und Antrag zur Änderung des Besoldungsreglements des Gemeinderates vorzulegen. Beide Motionen verlangen, dass der Haupt- und Nebenerwerb des Gemeinderates im Besoldungsreglement geregelt wird und beide verlangen, dass die Stellenprozente des Gemeinderates zumindest überprüft werden. Der Gemeinderat bittet, dass heute nicht über Varianten und Pensen debattiert und entschieden wird, sondern dass die beiden Motionen als Gesamtpaket überwiesen werden, damit der Gemeinderat dem Einwohnerrat eine Gesamtschau vorlegen und seinen Arbeitsaufwand analysieren kann. Das heutige 80%-Pensum ist eine Variable für die Berechnung des Lohnes des Gemeinderates. Sie stimmt mit der effektiven Arbeitszeit eines Gemeinderatsmitglieds nicht überein. Die Mitglieder des Gemeinderats erfassen ihre Arbeitszeit seit Beginn der Legislatur mit dem elektronischen Zeiterfassungssystem der Gemeinde. Der Sprechende erfasste im Kalenderjahr 2017 ca. 2'300 Stunden inklusiv Repräsentationen, was einem Pensum von 111 % entspricht. Dazu kamen die Mandate, die weder vom Einwohnerrat noch vom Gemeinderat delegiert sind, im Umfang von ca. 8 %. Ein Gemeinderatsmitglied ist in jedem Fall deutlich über 100 % für die Gemeinde unterwegs. Für eine allfällige Anpassung von Pensen wird entscheidend sein, ob der Gemeinderat heute mehr Aufgaben hat als 1999 bei der Verabschiedung des Besoldungsreglements. Das muss klar mit Ja beantwortet werden. Nur schon in den letzten 10 Jahren sind für den Gemeinderat zahlreiche Aufgaben und Gremien dazugekommen, die dauerhaft sind und nicht als zeitlich befristete Projekte bezeichnet werden können:

- Kooperationsmodell K5: Gremien wie Steuerungsorgan, Bereiche Finanzen, Sport, Soziales, Mobilität, Bildung; Veranstaltungen
- LuzernSüd: Gremien wie Steuerungsgruppe, Beirat Städtebau, Planungsbereiche; Veranstaltungen, kooperative Planungsprozesse
- Fachgremium Gemeinde Kriens
- Tagesstrukturen: Betreuungsgutscheine, Schülerhorte, Infrastruktur
- Asylwesen: Koordination mit Kanton
- Stiftung Wirtschaftsförderung: Bilateraler Austausch und Veranstaltungen
- Investitionen generell: Investitionsvolumen von 10 - 30 Mio. Franken pro Jahr, statt 0 - 10 Mio. Franken wie noch vor zehn Jahren

Auf der anderen Seite stellt sich auch die Frage, ob es Entlastungen gegeben hat. Lothar Sidler hat vorhin ausführlich ausgeführt, welche Aufgaben er trotz Heimauslagerung noch machen muss. Es zeigt, dass es keine grossen Entlastungen gab. Der Gemeinderat als Gremium wurde einzig als Vormundschaftsbehörde in den letzten 10 Jahren entlastet. Die strategischen Aufgaben, die Vertretung der KESB gegenüber dem Gemeinderat und gegenüber anderen Abteilungen des Sozialdepartements, bleiben insbesondere beim Sozialvorsteher.

Zur Motion Spörri Nr. 107/2018

Es ist ein konstruktiver Vorschlag von Raphael Spörri, der in die richtige Richtung geht und aktuelle Diskussionen der Lohndebatte fair erledigen könnte. Der Gemeinderat anerkennt, dass bei einem Vollpensum von 100 % oder gegen 100 % jedes Mitglied dem Haupterwerb verpflichtet ist. Mandate in gemeindenahen Verbänden und Organisationen sind in der Arbeitszeit des Haupterwerbs wahrzunehmen, so dass allfällige Entschädigungen aus diesen Tätigkeiten dem Arbeitgeber, also der Gemeinde Kriens, gehören. So hat es auch die Stadt Luzern geregelt. Entsprechende Regelungen für Tätigkeiten im Nebenerwerb braucht es nicht mehr. Stephan Dähler lancierte die Idee mit seinem Kommentar „Vollzeitpensum ist die fairste Lösung“ in der Luzerner Zeitung vom 24. Februar 2018. Die SP-Fraktion spielt nun den Winkelried für ein Thema, das der Gemeinderat nicht aus eigenem Antrieb vorgeschlagen hätte. Der Gemeinderat würde sich freuen, wenn mit diesem Befreiungsschlag die unseligen Diskussionen im Zusammenhang mit der Lohndebatte einem Ende zugeführt werden können.

Zur Motion Camenisch Nr. 108/2017

Die Motion Camenisch verlangt wie die Motion Spörri eine Anpassung des Besoldungsreglements des Gemeinderats mit einer Regelung der Mandatsentschädigungen. Die Pensen der Gemeinderäte sollen überprüft werden. Ob der Motionär zur Erhöhung der Pensen des Gemeinderates bereit ist, ist im Antrag und der Begründung nicht klar lesbar. Für den Gemeinderat ist selbstverständlich, dass der Haupterwerb des Gemeinderates je nach resultierendem Pensum neu definiert werden kann. Im Besoldungsreglement nicht geregelt werden kann der Nebenerwerb, sollte für die Mitglieder des Gemeinderates weiterhin kein 100%-Pensum vorgesehen sein. Der Gemeinderat kann nur unter diesen Bedingungen für eine Überweisung der Motion Camenisch stehen.

Es ist dem Gemeinderat wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, dass die für die aktuelle Legislatur gültige Übergangslösung auf dem Kompromiss der Departementsreform beruht, der letztendlich zu ausgeglichenen Pensen aller Gemeinderatsmitglieder geführt hatte. Mit der Überweisung der beiden Motionen wird dieser Kompromiss nicht ausgehebelt, wenn der Einwohnerrat bei der Beratung des Bericht und Antrages in der zweiten Hälfte 2018 immer noch zu konstruktiven Lösungen bereit ist.

Rolf Schmid stellt fest, dass der Gemeinderat für die Überweisung dieser Motionen ist. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Der Überweisung der Motion Spörri wird opponiert.

Gemäss Raphael Spörri verlor Winkelried sein Leben. Er hofft nicht, dass ihm nun dasselbe passiert. Vieles ist bereits gesagt und anfügen will er nicht mehr viel. Die Geschichte hinter der Misere in der man steckt wurde heute schon mehrmals aufgerollt. Andreas Vonesch hat den Vergleich schon gebracht, dass sich nicht jeder einverstanden erklären würde, wenn die Arbeitszeit erhöht würde und gleichzeitig der Lohn sinkt. Etwas mitschuldig an dieser Misere ist wohl auch der Sprechende. Brachte er doch mit seinem Rückkommen den Stein erst ins Rollen. Auf ein Postulat folgt ein Bericht und dieser Bericht liegt nun vor. Für die Einen wird er passen, die anderen sind wohl nicht einverstanden. Doch ist dies wirklich die Lösung? Die SP-Fraktion war der Meinung, dass dies nicht der Fall ist und man es anders lösen kann und zwar mit den 100 % Pensen. Ihr ist auch klar, dass dies mit Kosten verbunden ist. Aber ist es einem das nicht wert, damit man wieder arbeiten kann? Die Presse hat diese Lösung schon vor der SP-Fraktion erfasst, obwohl man dieser auch nicht immer trauen sollte. Diese Lösung mag zwar unpopulär sein, doch wäre sie die fairste. Im Gegensatz zur von Rätö Camenisch hat die vorliegende Motion der SP einen gewichtigen Vorteil. Sie verlangt eine Teilrevision des Besoldungsreglements mit der Grundlage einer Pensen-Erhöhung aller Gemeinderäte auf 100 %.

Raphael Spörri erinnert an das politische Vorgehen. Wenn die Motion überwiesen wird, erarbeitet der Gemeinderat in einem B+A die Teilrevision des Besoldungsreglementes und legt diesen dem Einwohnerrat vor. Dieser kann dann in einem demokratischen Verfahren mittels zwei Lesungen seine Ideen und Anliegen gemeinsam mit dem Gemeinderat gestalten und beschliessen. Der Sprechende dankt dem Gemeinderat für die Annahme der Motion. Weiter empfiehlt er diese Variante offen zu lassen.

Laut Andreas Vonesch, CVP/JCVP-Fraktion, hat Kriens am letzten Sonntag über die neue Gemeindeordnung abgestimmt und ob Kriens sich fortan „Stadt“ nennen will. Die Bevölkerung hat deutlich Ja gesagt. Die wichtigsten Argumente dazu waren das Wachstum von Kriens und der Aufbruch in ein urbanes und modernes Kriens. Somit werden auch Aufgaben und der Zeitaufwand für einen Gemeinderat zunehmen. Das rechtfertigt ein 100 %-Pensum. Natürlich ist das ein recht grosszügiger Schritt. Aber es ist wichtig und richtig, dass darüber nachgedacht wird, insbesondere auch, ob die Aufgaben in den Departementen richtig und ausgleichend verteilt sind. Bei 100 % Pensen wird die Diskussion um den Nebenerwerb obsolet. Heute leidet der Gemeinderat unter dem Tagesgeschäft. Es bleibt keine Zeit strategisch zu denken, Visionen zu entwickeln und Weitblick zu zeigen. Man steht vor grossen Herausforderungen für die Zukunft von Kriens. Und nicht zuletzt kann man mit diesem Schritt die leidige Lohndebatte endlich abschliessen.

Auch die SVP-Fraktion ist gemäss Räto Camenisch der Meinung, dass das Besoldungsreglement geändert werden soll. Aber es gibt einen Unterschied. In der Motion Spörri steht, der Gemeinderat muss einen Vorschlag mit 500 % bringen. Mit dem Vorstoss des Sprechenden kann der Gemeinderat diesen Vorschlag bringen. Genau das macht den Unterschied. Wenn die Diskussion endlich beendet werden soll, schafft man es mit der Überweisung dieser Motion nicht. Die Diskussionen starten erst recht. Zwei Initiativen sind in der Vorbereitung und wenn man hört was diese fordern, ist das der Horror. Man muss aufpassen. Dem Gemeinderat soll der Auftrag für die Revision des Besoldungsreglementes gegeben werden. Dies dauert zwei Jahre. Der Gemeinderat muss dann einen Vorschlag unterbreiten. Er macht die Abklärungen zuerst. Vielleicht schlägt er auch das Pensum von 500 % vor und begründet es. Dann kann der Einwohnerrat gerne darüber reden. Aber wenn dies als Knochen ins Käfig geschmissen wird, gibt es ein grosses Theater. Darum ist es nicht gescheit, wenn es so gemacht wird. Besser wird einfach eine Revision verlangt. Der Einwohnerrat soll das Heft in die Hand nehmen und dem Gemeinderat sagen, dass er seine Übergangslösung behalten kann, aber in Zukunft braucht es ein Reglement, welches nicht wie ein löcheriges Sieb daherkommt. Das 20-jährige Reglement ist nichts wert. Über die Nebeneinkünfte steht gar nichts. Dieser Befreiungsschlag wird jetzt gebraucht, den der Reputationsschaden der Gemeinde ist gross. Kriens hat sich lächerlich gemacht und wurde in der Presse umhergeschleift. Das muss ein Ende haben. Jetzt wo Kriens eine Stadt wird, braucht es eine saubere Regelung. Das Besoldungsreglement muss blitzartig revidiert werden. Wenn der Einwohnerrat dies nun heute beschliesst, heisst es, dass der Einwohnerrat das Heft in die Hand genommen hat. Die Motion des Sprechenden ist völlig ergebnislos. Sie blockiert keine Lösung und favorisiert auch keine. Sie sagt nur, dass wenn 500 % kommen, fällt eine Regelung mit den Nebeneinkünften ohnehin weg. Wenn es bei 400 % bleibt, braucht es eine Regelung und diese muss nach Standards passieren. Die Lohndeckelung muss ohnehin ins Besoldungsreglement aufgenommen werden. Dann können auch die Pensen geregelt werden. Weiter braucht es eine klare Regelung der Spesen. Es gibt keine Abrechnungs- und Dokumentationspflicht, sondern es gilt einfach ein Prozentsatz. Zwischen den beiden Motionen besteht ein klarer Unterschied. Sie wollen zwar dasselbe, aber die eine will die Vorgabe von 500 % und die andere ohne Vorgaben.

Rolf Schmid kommt auf die Aussage zum Reputationsschaden zurück. Es kann auch Reputationsschaden für die Demokratie sein, wenn man mit solchen Drohgebärden auffährt. Er weiss nicht, ob das die Art und Weise ist, wie man hier politisiert.

Die FDP-Fraktion ist laut Daniel Rösch grundsätzlich auch der Meinung, dass die Pensen der Gemeinderäte untersucht und allenfalls angepasst werden müssen. Die Pensen sollen den anfallenden Aufgaben entsprechen. Aus diesem Grund wird sie mehrheitlich beide Motionen überweisen. Die Thematik soll gesamtheitlich angeschaut und gelöst werden. Die FDP-Fraktion ist der gleichen Meinung wie der Gemeinderat und war auch in der Vergangenheit auf der gleichen Linie mit dem Gemeinderat. Sie erhofft sich, dass die Diskussion um die Löhne und Pensen konstruktiv beendet werden können.

Gemäss Michael Portmann hat sich die SP-Fraktion bei ihrer Motion auch etwas überlegt. Für sie liegt der Knackpunkt in den 100 %. Der Lohn soll dafür Fr. 200'000.00 nicht übersteigen. Wenn man dies anschaut, kann der Lohn natürlich auch tiefer ausfallen.

Für die Grüne/GLP-Fraktion sieht dies laut Bruno Bienz nach vorausschauendem Gehorsam aus. Für alle Gemeinderäte sollen einfach 100 Stellenprozente verteilt werden, ohne dass es irgendwie ausgewiesen ist. Das ist ihrer Meinung nach unseriös. Der Gemeinderat muss zuerst aufzeigen, dass er wirklich 100 Stellenprozente braucht. So läuft es eigentlich in jeder seriösen Firma. Sie schliesst nicht aus, dass die 100 Stellenprozente gerechtfertigt sind. Aber das muss seriös geklärt werden. Auch der Forderung von Fr. 200'000.00 für ein 100 % Pensum kann die Grüne/GLP-Fraktion so nicht unterstützen. In der Stadt Luzern hat der Stadtrat Fr. 200'000.00 Lohn bei ca. dreimal mehr Bewohnern. Dies muss ihrer Meinung nach in der Lohnfindung berücksichtigt werden. Finanziell gesehen, ist diese Forderung für die Gemeinde auch sehr problematisch. Einfach so pro Jahr Fr. 200'000.00 Mehrausgaben bei den Löhnen, bei dem engen Korsett im Budget? Spart man dieses Geld dann bei den längst fälligen Sanierungen oder bei der Schule? Es tut dem Sprechenden leid, aber solche unausgegorenen Forderungen kann die Grüne/GLP-Fraktion nicht unterstützen. Sie unterstützt das Vorgehen der Motion Camenisch, denn diese ist ergebnisoffen. Die Grüne/GLP-Fraktion lehnt die Motion Spörri ab.

Yasikaran Manoharan glaubt, dass alle damit einverstanden sind, dass Mandate zukünftig keine Lohnkompensation darstellen dürfen. Gerade dieser Eindruck wird in der Öffentlichkeit erzeugt und das gibt ein schlechtes Bild ab. Löhne sollen aufgrund der geleisteten Arbeit ausbezahlt werden. Auch wenn alle Gemeinderäte ein 80 % Pensum haben, ist es kein Geheimnis, dass jeder Gemeinderat mehr arbeitet und teilweise auch mehr als 100 %. Wenn man die Initiative der SVP nochmals anschaut, verlangt dies Fr. 160'000.00 für ein 80 % Pensum. In Anbetracht der geleisteten Arbeitspensen müsste diese Forderung konsequenterweise Fr. 160'000.00 für ein 100 % Pensum lauten. Eine Begründung seitens der Initianten lautet ja auch, dass der Gemeinderat nicht mehr als der Stadtrat in Luzern verdienen darf. Jedoch vergisst man auch immer wieder, dass der Stadtrat in Luzern eine erheblich grössere Verwaltung hat. Es ist ein wesentlich grösserer Verwaltungs-Apparat dahinter. Gleichzeitig hat der Gemeinderat aber auch ähnlich anspruchsvolle Aufgaben und Herausforderungen zu bewältigen. Daher hinkt dieser Vergleich. Der Einwohnerrat und die Bevölkerung möchten, dass der Gemeinderat ein vertrauenswürdiger Dienst leistet und sich immer für das Beste für die Gemeinde einsetzt. Das ist in einer so grossen und wachsenden Gemeinde nur möglich, wenn die Gemeinderäte zu 100 % angestellt sind. Nebentätigkeiten sollten somit nicht mehr möglich sein. Mit der Lösung 5x 100 % sollte es möglich sein, dass die Gemeinderäte in den Verbänden aktiv sind, die der Gemeinde zu Gute kommen und nicht Mandate aus monetären Inte-

ressen ausüben. Der Vorstoss ist ein Schritt, der schon lange nötig ist. Deshalb hofft der Sprechende auf Unterstützung. Es sollen nicht mehr solche Erpressungen ausgesprochen werden, dass noch mehr Initiativen lanciert werden, wenn es nicht angenommen wird. Das hat mit Demokratie nicht viel zu tun.

Enrico Ercolani kommt auf die Aussage von Lothar Sidler zurück, dass geschaut wurde, dass alle gleich viel verdienen. Er hat aber nicht gehört, dass alle gleich viel Arbeit haben. Der österreichische Bundeskanzler ist noch nicht einmal 40-jährig. Weiter wird der Sprechende von Unternehmer sprechen, womit er auch Landwirte, Juristen etc. meint. Darin sind alle selbständig Erwerbstätigen enthalten. Dazu gehören auch führende Leute in der Wirtschaft. Seit dem Entscheid, dass Kriens eine Stadt wird, hat sich offenbar auch die finanzielle Situation sprunghaft städtisch verändert. Wie kann es sonst sein, dass eine Motion eingereicht wird, die die Pensen des Gemeinderates auf 500 % aufstocken will. Überall wird nach Sparmöglichkeiten gesucht. Man wäre aber notabene bereit ohne erkennbare und notwendige Fakten, für die Saläre des Gemeinderates, Fr. 200'000.00 mehr zu bezahlen. Im gesamten Budget kein grosser Betrag, aber mit den Finanzaussichten der Gemeinde ein fatales Signal nach aussen. Der Sprechende ist bereits heute davon überzeugt, dass Kriens nicht wie für 2018 budgetiert einen kleinen Gewinn, sondern einen grossen Verlust ausweisen wird. Nebst den finanziellen Aspekten gibt es weitere Fakten, die gegen fünf Vollämter sprechen. Es kann und darf nicht sein, dass der Einwohnerrat die heutigen Probleme des Gemeinderates lösen will, indem man alle Pensen um 20 % aufstockt. Dies würde die heute verfahrenere Situation nicht lösen. Alle Exekutivmitglieder verdienen gleich viel. Das dürfte auch ein massgeblicher Mitgrund für das Geknatsche sein. Wie Enrico Ercolani in seinem Leserbrief schrieb ist er fest davon überzeugt, dass die Arbeitsbelastungen der einzelnen Mitglieder unterschiedlich sind. Deshalb ist die Forderung von Raphael Spörri gerechtfertigt, dass die Pensen dem tatsächlichen Aufwand angepasst werden sollen. Selbstverständlich erwartet er nicht, dass der Gemeinderat die Aussage der unterschiedlichen Belastung bestätigt. Nebenbei ist das ein internes Problem, das innerhalb des Gemeinderates gelöst werden muss. Dass dies nicht einfach ist, dürfte allen klar sein. Gemeinderäte sollten gute Führungseigenschaften und Organisationstalent haben. Leider kann man weder das eine noch das andere lernen. Diese Eigenschaften bekommt man bei der Geburt mit auf den Lebensweg geschenkt. Der Sprechende ist fest davon überzeugt, dass mit entsprechenden Führungseigenschaften und Organisationstalent die 400 Stellenprozente, auch für die Zukunft, mehr als ausreichen die zukünftige Stadt Kriens zu regieren. Wie man auch lesen konnte, ist er dafür, dass das alte Pensen-Modell 3x 100 % und 2x 50 % wieder eingeführt wird. Entscheidend dabei ist, dass die Arbeiten entsprechend gerecht verteilt werden. Ob der Gemeinderat dazu eventuell Hilfe von aussen braucht? Es gibt Bürgerinnen und Bürger, die sich gerne in der Exekutive engagieren würden. Viele davon sind aber nicht bereit, ihre Stelle oder ihr Geschäft ganz dafür aufzugeben. Dies ist auch verständlich denn, wenn sie z.B. mit 40 Jahren gewählt werden, müssen diese Personen auch daran denken, was sie zwischen 50 und 70 Jahren machen werden. Mit einem 50 % Amt könnten sie mit gutem Gewissen und entsprechender Organisation ihren Job oder ihr Geschäft weiterführen. Mit 80 % ist das praktisch nicht möglich, mit 100 % unmöglich. Es soll deshalb die Chance genutzt werden zu einem sehr erfolgversprechenden System für die Zukunft zurückzukehren. Ein System, das es auch der wichtigen Menschengattung Unternehmer erlaubt, sich politisch zu engagieren. Mit der heutigen Situation oder noch schlimmer, mit 5x100 % wird ein Grossteil möglicher Kandidaten für ein Exekutivamt ausgeschlossen. In einer Exekutive sollten aber nicht nur Parteien gerecht vertreten sein, man muss auch dafür sorgen, dass es allen Interessierten möglich ist, ein solches Amt anzunehmen. Enrico Ercolani wünscht der Exekutive, dass sie in Zukunft gute Entscheidungen trifft. Entscheidungen die den Einwohnern und Einwohnerinnen von Kriens dienen. Dafür müssen vielfach Eigeninteressen hintenangestellt, und auch ausserordentlicher Aufwand betrieben werden. Wer sich für ein Exekutivamt wählen lässt, muss sich diesen Tatsachen bewusst sein.

Rolf Schmid erinnert daran, dass es bei dieser Diskussion nur um die Überweisung geht. Es geht nicht darum, ob die Pensen gerechtfertigt sind oder nicht. Wenn eine oder beide Motionen überwiesen werden, arbeitet der Gemeinderat einen B+A aus, der in 2. Lesungen im Einwohnerrat behandelt wird. Dann kann über die Pensen diskutiert werden.

Erich Tschümperlin geht es genau um diesen Punkt. Der Einwohnerrat hat am 27. September 2017 gesagt, dass Fr. 160'000.00 für ein 80 % Pensum genug sind. Mit der Motion Spörri wird heute impliziert, dass es Fr. 200'000.00 für 100 % sind. In diesen fünf Monaten ist die Arbeitsbelastung vermutlich nicht so stark angestiegen. Damit wird die Initiative ausgehebelt. Der klare Auftrag an den Gemeinderat ist wichtig. Gewisse Leute waren der Meinung, dass der Auftrag vom Gemeinderat nicht ganz verstanden wurde. Wenn nun zwei Motionen überwiesen werden, fühlt sich niemand verstanden. Jeder wird monieren und sagen, dass er dies nicht wollte. Es muss nur eine Motion überwiesen werden. Es braucht diejenige der SVP, weil diese bezüglich des Lohnes und der Stellenprozente ergebnisoffen ist. Wenn die Stellenprozente nicht erhöht werden, braucht es eine Regelung der Nebeneinkünfte. Wenn beide Motionen überwiesen werden, stellt sich die Frage, was der Gemeinderat macht. Die ausgesendeten Signale sind fatal, denn das heisst, der Einwohnerrat möchte Fr. 200'000.00 für die Gemeinderäte. Man hat immer den Einsatz des Gemeinderates beispielsweise im Verbundrat gelobt. Ein Vorstandspräsidium, welches nebenbei ausgeführt wird, kann bei einem 100 % Pensum gar nicht mehr gemacht werden. Das freiwillige Engagement ist dann wahrscheinlich schwieriger. Vielleicht muss man dies ergebnisoffen lassen und schauen, ob es Platz hat oder nicht. Wenn heute schon Sachen zementiert werden, wird man mit der Antwort nicht zufrieden sein. Wird nur eine Motion überwiesen, hat der Gemeinderat einen klaren Auftrag.

Anita Burkhardt-Künzler ist der Meinung, dass der Gemeinderat bereit ist beide Motionen zu überweisen. Er kann dann zu beiden Motionen Stellung nehmen. Der Gemeinderat bietet Hand, dass er das Besoldungsreglement in die Finger nimmt und dann dem Einwohnerrat vorgelegt. Schlussendlich kann es dem fakultativen Referendum unterstehen. Wieso diskutiert man nun so lange darüber? Erich Tschümperlin sagte vorhin, dass keine freiwilligen Einsätze mehr möglich sein werden. Diese sind dann aber in den 100 Stellenprozente enthalten. Die dafür erhaltene Besoldung gehört dann der Gemeinde. Das hat der Gemeinderat bisher versichert und sie glaubt ihm das auch. Im September wurde ganz klar ja gesagt zu Fr. 160'000.00 bei einem 80 % Pensum. Sollte man den 100 Stellenprozente zustimmen, steigt der Lohn nach ihrer Berechnung dann auf Fr. 200'000.00 an.

Gemäss Martin Zellweger muss heute etwas überwiesen werden, um einen Auftrag zu erteilen. Er steht der Diskussion offen entgegen, aber mit diesen 500 % soll nichts vorweg genommen werden. Es macht auch keinen Sinn zwei Motionen zu überweisen. Damit sagt der Einwohnerrat, dass eine Lösung für 500 Stellenprozente gesucht werden muss. Das kann es nicht sein. Diese Zahl ist ganz einfach aus der Luft gegriffen und beinhaltet keine seriöse Analyse der effektiven Arbeitsbelastung und Arbeitsinhalte. Sollte es tatsächlich eine höhere Belastung als 400 % sein, dann ist auch noch nicht gesagt, ob es tatsächlich mehr politische oder eventuell fachliche Führungsverantwortung braucht. Und dann sind eventuell andere Pensen als die Gemeinderatspensen betroffen. Der einzige Weg nach vorne sieht er persönlich in der Unterstützung der SVP Motion, in welcher eine transparente Überarbeitung des Besoldungsreglements erzielt wird. Deshalb plädiert er dazu die Motion Camenisch zu überweisen.

Yasikaran Manoharan möchte wissen, ob es möglich ist zwei dringliche Vorstösse in einem B+A zu behandeln.

Gemäss Guido Solari würden sicherlich beide Motionen in einem B+A behandelt werden, denn beide Motionen haben den gleichen Inhalt.

Matthias Senn ist der Meinung, dass es auch mit dem 100 % Pensum möglich ist ein Verbandsmandat zu führen. Adrian Borgula ist Verbandspräsident von REAL. Da wird bei ihm auch Zeit beansprucht, aber es gehört in seinen Haupterwerb hinein. Nun zum erwähnten Modell 3 x 100 % und 2 x 50 %. Mit einem 50 % Pensum ist es heute nicht möglich Gemeinderat zu sein und gleichzeitig ein Departement zu führen. So hätte man faktisch zwei Beisitzer und drei Departementsvorsteher. Das ist wahrscheinlich auch nicht die goldige Lösung. Der Gemeinderat möchte gerne eine Auslegeordnung und Gesamtschau machen. Er wird dem Einwohnerrat den Vorschlag unterbreiten und er hat die Kompetenz über das Besoldungsreglement zu entscheiden. Deshalb ist es möglich beide Motionen zu überweisen.

Abstimmung über die Überweisung der Dringlichen Motion Spörri: 500 Prozent Stadtrat (Nr. 107/18)

Die Motion wird mit 12:11 Stimmen bei einer Enthaltung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Rätö	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Gisler, Kurt	ja
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	Enthaltung
Nyfelner, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	ja
Zellweger, Martin	nein

Abstimmung über die Überweisung der Dringlichen Motion Camenisch: Anpassung des Besoldungsreglementes des Gemeinderates vom 28. Januar 1999 (Nr. 108/18)

Die Motion wird mit 23:0 Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	Enthaltung
Camenisch, Rätö	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Gisler, Kurt	ja

Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Zellweger, Martin	ja

10. Beantwortung Interpellation Graber: Projektierung Süd-Allee und Rolle von Kriens

Nr. 077/17

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

11. Beantwortung Interpellation B. Bienz: Natur und Naherholungs- raum

Nr. 082/17

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

12. Postulat Ercolani: Parkinggebühren

Nr. 098/17

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

13. Postulat Portmann: Seniorenfreundliches Kriens

Nr. 103/18

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

14. Fragestunde

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

15. Verabschiedung

Gemäss Rolf Schmid muss leider zum Schluss der heutigen Sitzung mit Davide Piras ein Jung-Parlamentarier verabschiedet werden, der die letzten vier Jahre im Einwohnerrat den Ratsbetrieb aktiv und engagiert mitgestaltet hat. Als JCVP-ler ist Davide Piras mit seinen 36

Jahren langsam zu alt, um im Dienste der Jungpartei zu politisieren, weshalb er auf Ende März seinen Rücktritt als Einwohnerrat und Mitglied der CVP/JCVP-Fraktion eingereicht hat. Davide Piras, Maschineningenieur und junger Familienvater mit 2 Kindern, trat am 1. Januar 2014 als Nachfolger von Daniel Piazza, in den Einwohnerrat ein. 2014 - 2016 war er Mitglied der BiK, seit Beginn der neuen Legislatur Mitglied der KBSG. Davide machte sich rasch einen Namen als pointierter Debattierer, der genau recherchierte und Fakten auf den Tisch legte. Zudem war er ein fleissiger Verfasser von Vorstössen. Der Jugend eine Stimme zu geben, Gemeinde-App und der Zustand der Schulanlagen waren ihm unter anderem wichtige Anliegen. Im Namen der Krienser Bevölkerung, des Einwohner- und Gemeinderates dankt der Sprechende Davide Piras für sein grosses politisches Engagement und seinen Einsatz für die Jugend in den vergangenen vier Jahren. Er wünscht ihm von Herzen alles Gute, sowohl privat, beruflich und politisch. Er soll die zusätzliche Freizeit mit seiner jungen Familie geniessen und es sich gut gehen lassen. Als Abschiedsgeschenk hat er sich eine Krienser Maske gewünscht.

Davide Piras möchte sich zuerst einmal bei seiner Fraktion für die Unterstützung und Geduld während den letzten vier Jahren bedanken. Es ist nicht immer einfach sich als Junger durchsetzen zu können. Der Dank geht auch an alle anderen Einwohnerratsmitglieder. Es ist eine gesunde, ab und zu harte oder schwere Politik. Ab und zu schafft man es auch zu einer Sachpolitik. Das macht den Krienser Einwohnerrat stark. Weiter bedankt er sich für die überparteiliche Unterstützung seiner Vorstösse. Es ging nur, weil alle mitgeholfen haben. Er stand auch manchmal in Kritik, aber das macht einen grösser. Beim Gemeinderat bedankt er sich für die vielen geführten Gespräche. Sie waren immer wieder lehrreich. Weiter dankt er Guido Solari und Janine Lipp für ihre Unterstützung und Hintergrundarbeit. Zuletzt dankt er auch der JCVP Kriens für die Unterstützung. Davide Piras wünscht viel Erfolg in den zukünftigen Debatten. Bitte denkt daran Sachpolitik zu führen, denn das bringt Kriens vorwärts.

Andreas Vonesch dankt im Namen der CVP-Fraktion für alles was er gemacht und wofür er sich eingesetzt hat. Sie wird ihn und seine Voten vermissen. Sie wünscht ihm alles Gute und hofft er bleibt politisch aktiv. Davide Piras hat auch immer wieder in privaten Gesprächen gesagt, wie viel Freude er an seiner jungen Familie hat. In diesem Sinne schenkt sie ihm eine Familienabo für den Tierpark Goldau.

Schluss

Rolf Schmid bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren.

Die nächste Einwohnerratssitzung ist am 26. April 2018. Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Wichlern.

Heinz Erhardt hat wie üblich während seines Präsidialjahres das Schlusswort:
«Solange es Haare gibt, liegen sich die Menschen in denselben!»

Er wünscht allen einen schönen Frühlingsanfang und dann in knapp einem Monat frohe Osterreise!

Die Sitzung schliesst um 19:15 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:



Rolf Schmid

Der Gemeindeschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerin:



Janine Lipp